

# AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

## Demokratie in Gefahr?

*Susanne Pickel*

WAS IST DEMOKRATIE?

*Veith Selk*

DEMOKRATISCHE MALAISE

*Wolfgang Merkel*

WIE RESILIENT IST UNSERE  
DEMOKRATIE?

*Paula Diehl*

RECHTSPOPULISMUS  
UND DEMOKRATIE

*Beate Küpper · Andreas Zick*

DEMOKRATIEDISTANZ  
DER MITTE

*Steven Levitsky · Daniel Ziblatt*

ZUR ZUKUNFT DER  
AMERIKANISCHEN  
DEMOKRATIE

*Lea Ypi*

FREIHEIT, KAPITALISMUS  
UND DEMOKRATIE

# APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE  
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



# Demokratie in Gefahr?

APuZ 27/2024

**SUSANNE PICKEL**

## WAS IST DEMOKRATIE?

Die Idee davon, was Demokratie ist oder sein soll, hat sich seit der Antike verfestigt. In jüngster Zeit mischen sich in (liberal-)demokratische Vorstellungen jedoch populistische und autoritäre Komponenten, wodurch die Legitimität der Demokratie zunehmend infrage steht.

Seite 04–11

**VEITH SELK**

## DEMOKRATISCHE MALAISE

Der optimistische Diskurs über die Vorzüge demokratischer Herrschaft ist keineswegs verstummt, doch wirkt er mitunter pflichtschuldig und zweckoptimistisch. Ist der Glaube an die Sache der Demokratie wirklich so tief verankert, wie uns oft suggeriert wird?

Seite 12–17

**WOLFGANG MERKEL**

## WIE RESILIENT IST UNSERE DEMOKRATIE?

Die liberale Demokratie steht unter Druck, ihre Qualität hat in den vergangenen Jahren weltweit teils signifikant nachgelassen. Gleichwohl sind Demokratien der Regression nicht hilflos ausgeliefert. Sie besitzen Resilienzpotenziale, die aber aktiviert werden müssen.

Seite 18–25

**PAULA DIEHL**

## RECHTSPOPULISMUS UND DEMOKRATIE

Die Wirkungen des Populismus auf die Demokratie sind ambivalent, die Effekte des Rechtspopulismus wegen seiner Verknüpfung mit rechtsextremen Ideologemen aber deutlich negativ. Die größte Gefahr besteht in einer Normalisierung rechtsextremer Inhalte.

Seite 26–31

**BEATE KÜPPER · ANDREAS ZICK**

## DEMOKRATIEDISTANZ DER MITTE

Die „gesellschaftliche Mitte“ galt lange als Stabilitätsanker der Demokratie, der Krisen und Herausforderungen trotzen konnte. Doch diese Mitte zeigt mehr und mehr demokratiedistante und -feindliche Merkmale, die für die liberale Demokratie gefährlich werden können.

Seite 32–40

**STEVEN LEVITSKY · DANIEL ZIBLATT**

## ZUR ZUKUNFT DER AMERIKANISCHEN DEMOKRATIE

Während die Denker des 19. Jahrhunderts die größte Gefahr für die Demokratie in der „Tyrannei der Mehrheit“ erblickten, ist die Demokratie in den Vereinigten Staaten heute vor allem von einer „Tyrannei der Minderheit“ bedroht. Nötig sind Verfassungsreformen.

Seite 41–48

**LEA YPI**

## FREIHEIT, KAPITALISMUS UND DEMOKRATIE

Freiheit ist ein Schlüsselbegriff nahezu aller Konzeptionen von Demokratie. Allerdings hat die politische Linke die Deutungshoheit über den Begriff verloren. Wie könnte eine solide Idee von Freiheit für die Linke aussehen – und wie könnte man sie zurückgewinnen?

Seite 49–53

# EDITORIAL

Um die Demokratie scheint es in diesen Tagen nicht gut bestellt zu sein. Die Erfolge populistischer und extremistischer Parteien bei nationalen und europäischen Wahlen, das sinkende Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungsfähigkeit demokratischer Akteure und die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft zeichnen das Bild einer Demokratie, die mit den Herausforderungen der Zeit nur suboptimal zurechtkommt. Während in den Vereinigten Staaten ein rechtspopulistisches Revival nach den kommenden Präsidentschaftswahlen nicht ausgeschlossen ist, ringen progressive und reaktionäre Kräfte auch im Rest der demokratischen Welt um den richtigen Kurs.

Für einen Abgesang auf die Demokratie ist es gleichwohl zu früh. Weder sind die USA, Brasilien oder Polen nach den jüngsten populistischen Episoden in die Autokratie abgedriftet, noch ist dies derzeit für andere etablierte Demokratien zu erwarten, deren Institutionen und Gesellschaften sich bisher als durchaus resilient gegenüber autoritären Versuchungen erwiesen haben. Das gilt auch für die deutsche Demokratie, deren institutionelle Stabilität grundsätzlich nicht infrage steht. Anders als die Weimarer Republik befindet sie sich weder im Zangengriff radikaler Antisystemparteien, noch fehlt es ihr an genereller Unterstützung durch eine vitale Zivilgesellschaft. Dass insbesondere die liberalen Komponenten der Demokratie unter Druck stehen, ist jedoch offenkundig – und dies nicht nur von den extremistischen Rändern her, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft.

Der drohende Verlust liberaler Zivilitätsnormen muss beunruhigen, auch wenn die Demokratie als Regierungsform nicht unmittelbar in Gefahr ist. Menschen zur „Remigration“ drängen zu wollen, sie wegen ihrer Herkunft, ihres sozialen Status oder ihrer sexuellen Orientierung abzuwerten oder wegen „abweichender Meinungen“ aus dem Diskurs auszuschließen, hat mit der Demokratie des Grundgesetzes, die in diesen Tagen allenthalben beschworen wird, nichts zu tun. Verlöre der demokratische Rechtsstaat seine liberalen Bestandteile, wäre das, was wir seit nunmehr gut 75 Jahren unter „Demokratie“ verstehen, Geschichte.

*Sascha Kneip*

# WAS IST DEMOKRATIE?

## Vom substanziellen Streit zum autokratischen (Miss-)Verständnis

*Susanne Pickel*

Die Frage, was Demokratie bedeutet, ist nicht einfach zu beantworten. So klar manche Definitionen erscheinen, so variabel sind inhaltliche Gestaltungen um den Kern demokratischer Eigenschaften herum. Wann diese definitorische Gestaltungsfreiheit den demokratischen Rahmen verlässt, ist nicht immer eindeutig. Die Geschichte der Entwicklung des Konzepts „Demokratie“ zeigt ein Ringen um den Begriff – und den Wandel konkreter Vorstellungen in Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Die griechischen Philosophen Platon und Aristoteles waren die ersten, die die Idee der Herrschaft des Volkes unter den Begriff „Demokratie“ fassten (*demos* = Volk, *kratein* = herrschen). Allerdings verstand Aristoteles unter Demokratie eine verfehlte, schädliche Variante der Beteiligung vieler; sein Idealbild einer guten Verfassung war die „Politie“, die am ehesten den heutigen Standards einer Demokratie entspricht. Dort waren nicht das Volk beziehungsweise der „Plebs“ zur direkten Herrschaft berufen, sondern die „Tüchtigen“ und die „Vernünftigen“ als Repräsentanten des Volkes.

Dieses Verständnis von Demokratie hat sich über die Schriften klassischer politischer Denker wie Rousseau, Hobbes, Locke, Montesquieu, Tocqueville oder die Autoren der *Federalist Papers* bis zum liberalen, repräsentativen Verständnis der Gettysburg Address Abraham Lincolns weiterentwickelt. Demokratie wird dort zum politischen Herrschaftssystem, das „of, by and for the people“ ausgeübt wird.

### WAS ALSO IST DEMOKRATIE?

Sowohl der antike Begriff der „Politie“ als auch die zentralen Aspekte der „Herrschaft des Volkes“ haben als Kernbestandteile eines modernen Demokratieverständnisses überlebt. Sie finden

in unterschiedlichem Umfang Eingang in gegenwärtige Demokratiedefinitionen. Der Ökonom Joseph Schumpeter, einer der Väter der *minimalistischen* Demokratiedefinition, versteht Demokratien als Konkurrenzsysteme, deren funktionale Leistungsfähigkeit durch klare Führungsstrukturen, Entscheidungsbefugnisse und die Durchsetzungsfähigkeit der Regierenden gewährleistet wird.<sup>01</sup> Die politischen Eliten werden durch einen zentralen politischen Prozess ausgewählt, kontrolliert und gegebenenfalls durch freie und faire Wahlen ausgetauscht; ansonsten bleibt der Einfluss des Volkes gering.

Andere Definitionen von Demokratie beachten auch die Bedingungen, unter denen Wahlen stattfinden, und berücksichtigen stärker die Rechte der Bürger:innen und die Konsequenzen des allgemeinen Wahlrechts. Der Demokratieforscher Robert Dahl<sup>02</sup> zum Beispiel versteht unter einer „Polyarchie“ oder „polyarchischen Demokratie“ den Realtyp einer theoretisch beschriebenen idealen Demokratie. Polyarchien sind institutionelle Arrangements, die Wettbewerb um politische Ämter und Partizipation der Bürger:innen an der politischen Entscheidungsfindung ermöglichen. Sie variieren in ihrer institutionellen Gestalt zwar je nach historischem Kontext, setzen aber immer ein System bestimmter politischer Rechte und Institutionen sowie politische Kontrolle durch wettbewerbsorientierte Wahlen voraus. Darin unterscheiden sie sich unzweideutig von autokratischen politischen Systemen: Das Wahlrecht der Bürger:innen steht im Mittelpunkt der Demokratie, wird aber durch weitere institutionalisierte Rechte wie die Meinungs-, Informations- und Organisationsfreiheit, das Recht der Parteien, um Unterstützung zu werben, und die Kontrolle der Regierenden durch die Wähler:innen ergänzt.<sup>03</sup>

In der Gegenwart dominieren solche Demokratiedefinitionen *mittlerer Reichweite*. Sie erscheinen zunächst umfangreich, reduzieren sich aber zumeist auf drei wesentliche Eigenschaften demokratischer politischer Systeme: Freiheit, Gleichheit und Kontrolle.<sup>04</sup> Freiheit bezeichnet im Wesentlichen die von Dahl definierten politischen Freiheiten; Gleichheit meint zunächst politische Gleichheit, im liberalen und libertären Verständnis zudem Chancengleichheit, im sozialistischen soziale Gleichheit; Kontrolle bezieht sich auf die horizontale Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative und die vertikale Kontrolle der Regierenden durch Wahlen und/oder föderale Strukturen. Minimalistische und mittlere Definitionen beschreiben ausschließlich Institutionen und Prozesse der Demokratie, sie bringen also ein prozedurales Demokratieverständnis zum Ausdruck.

Die *maximalistische* Definition von Demokratie schließlich berücksichtigt auch die inhaltliche Ausrichtung der Politik und transportiert insofern ein substanzielles oder instrumentelles Demokratieverständnis. Wird dieses Verständnis geteilt, dann erwarten die Menschen von der Demokratie etwas, das sie für vorteilhaft für sich selbst (und andere) halten. Oft handelt es sich hierbei um Vorstellungen einer sozialen Demokratie mit umfangreichen sozialstaatlichen Sicherungen.

## NORMATIVE VARIANTEN

Um den Kern demokratischer Herrschaft „durch das Volk“ und „für das Volk“ sind diverse Modelle demokratischer politischer Systeme entstanden, die je nach inhaltlicher Ausrichtung variieren. Sie formulieren spezifische normative Ansprüche an die Demokratie und zeigen, wie Demokratie sein soll, damit sie eine gute Herrschaftsform ist (*Abbildung 1*).<sup>05</sup>

**01** Vgl. Gert Pickel/Susanne Pickel, *Demokratie*, Stuttgart 2022, S. 25.

**02** Vgl. Robert A. Dahl, *On Democracy*, New Haven 1998, S. 90.

**03** Vgl. ebd., S. 220f.

**04** Vgl. Hans-Joachim Lauth, *Demokratie und Demokratiemessung*, Wiesbaden 2004, S. 100.

**05** Vgl. Pickel/Pickel (Anm. 1), S. 19; Dieter Fuchs, *Das Konzept der politischen Kultur. Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht*, in: ders./Edeltraud Roller/Bernhard Weißels (Hrsg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*, Wiesbaden 2002, S. 27–49.

*Volksdemokratien* streben die unbegrenzte Souveränität des Volkes an und sehen den Volkswillen als alleinige Grundlage für politische Entscheidungen. Vorausgesetzt wird, dass sich das Volk immer auf die richtige Entscheidung einigen kann und die Bürger:innen keine spezifischen Einzelinteressen vertreten.

Die *liberale Demokratie*, die auf individueller Freiheit und dem Schutz von Einzelinteressen basiert, gilt als Standardmodell einer demokratischen politischen Ordnung und wird oft mit einem „westlichen“ Verständnis von Demokratie gleichgesetzt. Ihm werden nicht-westliche Verständnisse entgegengehalten, die weniger Wert auf bürgerliche Freiheiten legen und zum Beispiel dem Wert der (Volks-)Gemeinschaft Vorrang einräumen.<sup>06</sup> Die liberale Demokratie betont den Pluralismus und den Interessenausgleich durch Aushandlungsprozesse. Um eine „Willensbildung des Volkes“ auch angesichts der vielfältigen Interessen seiner Mitglieder herbeizuführen, stützt man sich zumeist auf Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip. Kontrollmechanismen und Vetorechte schützen Minderheiten vor einer zu starken Einschränkung durch die Mehrheitsinteressen.

Das *libertäre Demokratiemodell* priorisiert individuelle Freiheit noch stärker als das liberale Modell und reduziert die Rolle des Staates auf die Bereitstellung grundlegender Infrastrukturen. Minderheiten erfahren keinen Schutz, es gilt das Mehrheitsprinzip. Die Verantwortung für das Lebensschicksal wird allein dem Individuum zugewiesen. Es trägt alle Risiken, kann aber auch ohne Einschränkungen seinen Nutzen suchen und finden. Ein solches Demokratieverständnis, das den Aspekt der Freiheit absolut setzt, den der sozialen Gleichheit aber weitgehend ignoriert, führt in der Praxis oft zu sozialer Ungleichheit.

Die *sozialistische Demokratie* strebt nach Gleichheit und Solidarität durch Ressourcenumverteilung. Rechtsstaatliche Prinzipien und individuelle Freiheiten bleiben auch in der sozialistischen Demokratie erhalten. Bei der Verteilung der Ressourcen greift der Staat jedoch lenkend ein, um soziale Ungleichheiten der industriellen und postindustriellen Gesellschaft auszugleichen. Soziale und politische Gleichheit

**06** Vgl. Sophia Schubert/Alexander Weiß (Hrsg.), *Demokratie jenseits des Westens. Theorien, Diskurse, Einstellungen*, Baden-Baden 2016.

Abbildung 1: Normative Ausprägungen der Demokratie

AUSRICHTUNG DER DEMOKRATIE	AUSPRÄGUNG	DOMINANTER ASPEKT
Volksdemokratie	Zentrale Bestimmung aller Entscheidungen direkt durch das Volk mit unbegrenzter Befugnis, Staat nur ausführendes Organ	Volkssouveränität
Libérale Demokratie	Vorrang der Individualrechte und deren Schutz durch einen Rechtsstaat	Individuelle Freiheit
Libertäre Demokratie	„Nachtwächterstaat“	Absolute Freiheit
Sozialistische Demokratie	Vorrang des Rechts auf Gleichheit gegenüber den Individualrechten und dem Recht auf Eigentum	Gleichheit
Republikanische Demokratie	Vorrang bürgerlicher Beteiligung und der Individualrechte in einem kollektiv durch tugendhafte Bürger:innen lenkbaren Staat	Partizipation
Partizipative Demokratie	Vorrang der Selbstbestimmung und aktiven Beteiligung der Bürger:innen	Selbstbestimmung
Feministische Demokratie	Gleichberechtigung für Frauen und marginalisierte Gruppen durch staatliche Intervention	Ermächtigung zur Partizipation

Quelle: Eigene Zusammenstellung

sind in diesem Modell die dominierenden Eigenschaften der Demokratie.

Das *republikanische Modell* setzt auf partizipative Selbstbestimmung und aktive Beteiligung der Bürger:innen am politischen Prozess und kritisiert das reine Repräsentationsprinzip. Individuen und Gruppen konkurrieren nicht in wettbewerblichen Auseinandersetzungen um Ressourcen und politische Macht, sondern die Entscheidungen werden im politischen Raum zwischen allen Akteuren im Diskurs ausgehandelt. Eine Reduktion der Mitbestimmung auf Wahlen lehnen Anhänger:innen dieses Modells ab. Sie wollen weitreichende Mitbestimmungsformen für alle Bürger:innen.

In *partizipativen Demokratien* spielen direkte Volksabstimmungen eine zentrale Rolle bei der Entscheidungsfindung. Sie ermöglichen ihren Bürger:innen, direkt über politische Fragen, Gesetzesänderungen oder wichtige politische Entscheidungen abzustimmen. Dazu können Verfassungsänderungen, Haushaltsfragen oder bestimmte politische Programme gehören. Die Mehrheit entscheidet, Quoren sind für die Beteiligung und eine qualifizierte Mehrheit möglich. Plebiszite können auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene stattfinden.

*Feministische Ansätze* schließlich sprechen die Geschlechterungleichheit in Demokratien an und fordern gleiche Teilhaberechte für Frauen und andere marginalisierte Gruppen.<sup>07</sup> Staatliche Interventionen sind hier notwendig, um Ungleichheiten auszugleichen, auch wenn dies vorübergehend zu anderen Ungleichbehandlungen führen kann. Machtstrukturen und Diskurse werden kritisch betrachtet, die Ermächtigung zu politischem und partizipatorischem Handeln steht im Zentrum.

Um als demokratisch zu gelten, müssen alle Modelle den Kern der Demokratie – Freiheit, Gleichheit und Kontrolle – berücksichtigen und anerkennen. Die Auseinandersetzung um die „richtige“ Gewichtung der unterschiedlichen Aspekte von Demokratie bleibt jedoch legitim, solange dieser Kern nicht durch eine ideologische Überbetonung einzelner Aspekte gefährdet wird. Je nach gesellschaftlichem Kontext kann diese Gewichtung unterschiedlich ausfallen.

<sup>07</sup> Vgl. Claudia Ritz, Politische Gerechtigkeit durch (Un-)Gleichheit? Zur feministischen Demokratietheorie, in: Oliver W. Lembcke/dies./Gary S. Schaal (Hrsg.), Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien, Wiesbaden 2012, S. 63–96.

## WANN SIND „DEMOKRATIEN“ NICHT MEHR DEMOKRATISCH?

Die genannten Differenzierungen setzen voraus, dass die Minimal Kriterien einer Demokratie erfüllt bleiben. Ist das nicht (mehr) der Fall, sprechen wir von defekten Demokratien, hybriden Regimen oder Autokratien. Wenn politische Systeme die Kernkriterien der minimalistischen Demokratiedefinition – freie und faire Wahlen – weitgehend erfüllen, umfangreiche bürgerliche Freiheiten und Rechte jedoch nur mit Abstrichen gewähren, spricht man von „elektoralen Demokratien“. Die von der NGO Freedom House etablierte Bezeichnung verlangt „nicht nur faire Wahlverfahren und einen grundlegenden politischen Wettbewerb, sondern auch die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten wie der Versammlungsfreiheit“.<sup>08</sup>

Werden Wahlen nur unregelmäßig durchgeführt oder Parteien bei der Gründung, Betätigung oder im Wettbewerb um Wählerstimmen beschränkt, dann sind diese politischen Systeme keine Demokratien mehr. Häufig verletzen sie weitere Kerninstitutionen der Demokratie und schränken beispielsweise bürgerliche Freiheiten und politische Rechte ein, beschneiden das Wahlrecht für Teile der erwachsenen Bevölkerung, überlassen wirtschaftlichen oder militärischen Eliten, die nicht durch Wahlen legitimiert sind, Entscheidungsbefugnisse oder Vetorechte, umgehen bei der Entscheidungsfindung das Parlament oder wirken auf illegitime Art und Weise auf die Justiz ein.<sup>09</sup> Solche Systeme tragen so viele Eigenschaften autokratischer politischer Systeme in sich, dass sie als „hybride Regime“ oder „elektorale Autokratien“ bezeichnet werden. Oft geben sie sich fantasievolle Adjektive als Eigenbezeichnung, um den Anschein zu erwecken, noch den Standards demokratischer Herrschaft zu entsprechen. Sie tun es nicht. Weder „illiberale“ (Ungarn), „gelenkte und souveräne“ (Russland) noch „nationale“ Demokratien (Türkei) sind (vollständig) demokratische politische Ordnungen. Aus

diesen und ähnlichen „Demokratie“-Formen werden auch durch die Betonung des „Nicht-Westlichen“ keine Demokratien. So wie ein Tisch kein Stuhl ist, trifft die Bezeichnung Demokratie nicht zu, wenn die grundlegenden Definitionsmerkmale nicht vorhanden sind. Das Konzept wird überdehnt und verliert seine eigentliche Bedeutung und Funktion.

Das Kontinuum politischer Regime (*Abbildung 2*) reicht auf der theoretisch-konzeptionellen Ebene von einer idealen Demokratie, die allen Merkmalen einer Demokratie vollumfänglich entspricht (aber eben unterschiedliche Schwerpunkte setzen kann) über defekte und elektorale Demokratien (die deutliche Einschränkungen der Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen aufweisen), offene und elektorale Autokratien (die zwar Wahlen durchführen, deren Wettbewerbscharakter aber ebenso einschränken wie politische Rechte und bürgerliche Freiheiten) bis hin zu geschlossenen Autokratien (die keine oder nur deutlich eingeschränkte Wahlen durchführen und kaum politische Rechte und bürgerliche Freiheiten gewähren).

Die Realität politischer Regime kann mithilfe der Daten des Freedom-House-Index veranschaulicht werden.<sup>10</sup> Erreichen politische Systeme ausreichend hohe Werte für die Verwirklichung politischer Rechte und bürgerlicher Freiheiten und sind sie zugleich elektorale Demokratien, werden sie, unabhängig von ihrer konkreten inhaltlichen Ausprägung, als „frei“ kategorisiert. Viele westliche Demokratien fallen in diese Kategorie. Die gewählten Beispiele zeigen die Bandbreite der Qualität der liberalen Demokratie innerhalb der EU, der westlichen Welt und einiger Nachbarstaaten auf. Die Gründungsmitglieder der EU sind alle freiheitliche Demokratien, aber auch später aufgenommene Staaten wie Spanien oder Rumänien erzielen hohe Werte. Polen hat die deutlichsten Einschränkungen im Wahlverfahren, die USA weisen insgesamt größere Demokratiedefizite auf.

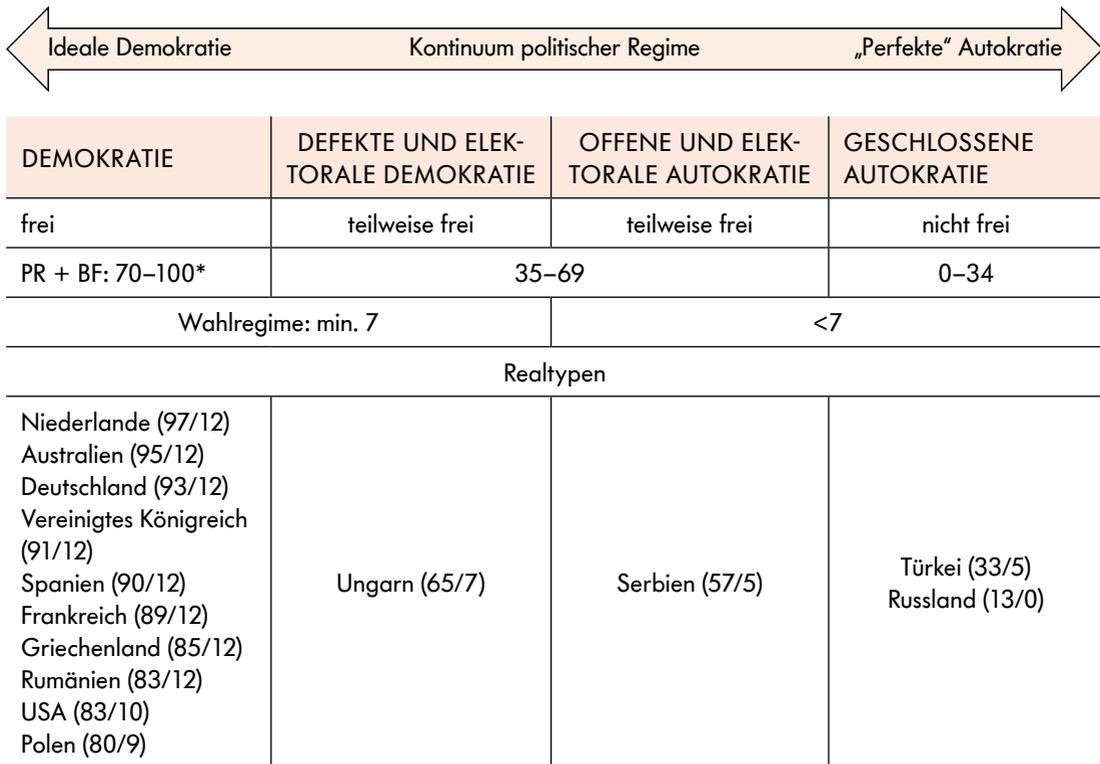
Defekte und elektorale Demokratien werden als „teilweise frei“ eingestuft. Ungarn fällt als einziges EU-Mitgliedsland in diese Kategorie: Seit 2022 haben sich die Werte für das Wahlregime nochmals verschlechtert, sodass das Land als elektorale, defekte Demokratie zu bezeichnen ist.

**08** Der sogenannte Freedom-House-Index misst die Umsetzung der demokratischen Grundwerte „politische Rechte“ und „bürgerliche Freiheiten“ in der Realität; vgl. <https://freedomhouse.org/reports/freedom-world/freedom-world-research-methodology>.

**09** Vgl. Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 38f.

**10** Vgl. <https://freedomhouse.org/explore-the-map?type=fiv&year=2024>.

Abbildung 2: Politische Systeme und ihr Demokratiegrad nach Freedom House, 2023



Quelle: eigene Zusammenstellung

\* Punkte nach Freedom House: Maximale Punktzahl = 100; politische Rechte (PR) max. 40 Punkte, bürgerliche Freiheiten (BF) max. 60 Punkte; elektorale Demokratie = min. 7 von 12 Punkten im Wahlregime.

Offene und elektorale Autokratien sind ebenfalls „teilweise frei“, erreichen aber nicht den Mindestwert für elektorale Demokratien. Innerhalb der EU gibt es keinen solchen Fall, aber Serbien fällt in diese Kategorie. Der EU-Beitrittskandidat ist nach Freedom House als elektorale Autokratie zu werten.

Geschlossene Autokratien sind „nicht frei“, können aber unter Umständen noch eingeschränkt freie Wahlen abhalten. Die Türkei fällt trotz halbfreier Wahlen ebenso wie Russland mit unfreien Wahlen in diese Kategorie. Bis 2017 galt die Türkei noch als „teilweise freies“ politisches Regime.

### WAS VERSTEHEN MENSCHEN UNTER DEMOKRATIE?

Freedom House und andere Indizes zur Bestimmung der Qualität politischer Systeme betrachten die Länder vor allem unter konzeptionellen Gesichtspunkten. Ob eine Demokratie als Demokratie überleben kann, hängt jedoch nicht

nur von ihrer institutionellen Gestaltung und deren Funktionsfähigkeit ab, sondern in starkem Maße auch von der Akzeptanz durch die Bürger:innen. Diese Anerkennung wird von der subjektiven Vorstellung beeinflusst, wie eine Demokratie sein *sollte*. Das Demokratieverständnis der Bürger:innen wirkt sich maßgeblich auf die Zufriedenheit mit dem politischen System des jeweiligen Landes aus. Viele Menschen haben oftmals nur eine oberflächliche Kenntnis von den Eigenschaften liberaler Demokratien und beziehen sich in ihren Bewertungen auf allgemeine Grundprinzipien.<sup>11</sup> Individuelle Freiheit, insbesondere Meinungsfreiheit, spielt hier eine dominierende Rolle, aber auch autoritäre Attribute werden unter Umständen als demokratisch betrachtet oder (vorübergehend) akzeptiert.

Mithilfe der Daten des World Values Survey, einer international vergleichenden Studie zur

<sup>11</sup> Vgl. Gert Pickel/Susanne Pickel, Die Bürger in der Demokratie, Stuttgart 2023, S. 40–44.

Messung politischer Werte und Einstellungen, lassen sich liberale Vorstellungen von Demokratie von anti-liberalen (autoritären), nicht-liberalen (populistischen) und sozialen unterscheiden.<sup>12</sup> Zu den Eigenschaften der liberalen Demokratie gehören nach diesem Konzept freie Wahlen und bürgerliche Freiheitsrechte, aber auch Geschlechtergleichheit. Der Wunsch nach Referenden und anderen direktdemokratischen Beteiligungsformen wird als Ausdruck einer partizipativen Vorstellung von Demokratie interpretiert (Volksdemokratie). Gehorsam gegenüber Autoritäten, die Akzeptanz von Eingriffen religiöser Instanzen in die Interpretation von Gesetzen oder der Wunsch nach einer Herrschaft des Militärs im Krisenfall beschreiben eine (anti-liberale) autoritäre Vorstellung von Demokratie. Die populistische (nicht-liberale) Variante wird durch hohe Erwartungen an wirtschaftliches Wohlergehen und Law-and-Order-Politiken erfasst. Wünsche nach ökonomischer Umverteilung, Einkommensgleichheit und sozialer Fürsorge schließlich bilden soziale Aspekte ab, die prinzipiell mit jedem Demokratieverständnis kombiniert werden können.

Der World Values Survey ermittelt die subjektive Bedeutung dieser Eigenschaften von Demokratie seit 2005 über eine wechselnde Anzahl von Ländern hinweg.<sup>13</sup> Die Mittelwerte der einzelnen Komponenten weisen für die vergangenen knapp 20 Jahre Veränderungen in den Demokratieprioritäten der Bürger:innen aus; das Verständnis von Demokratie hat sich in Teilen gewandelt (*Abbildung 3*).<sup>14</sup>

In den europäischen Demokratien halten die Bürger:innen nach wie vor alle Merkmale der liberalen Demokratie für wesentlich. Die entsprechenden Mittelwerte sind hoch und indizieren die hohe Bedeutsamkeit der jeweiligen Eigenschaft. Feministische Aspekte werden gleichbleibend unterstützt, in Deutschland steigt die Bedeutung

sogar leicht an. Das partizipative beziehungsweise volksdemokratische Element der Referenden wird als sinnvolle Ergänzung der repräsentativen Demokratie angesehen, erfährt aber nicht die gleiche Bedeutsamkeit wie die übrigen Charakteristika der liberalen Demokratie. Populistische, nicht-liberale Aspekte genießen jedoch ebenso eine gewisse Wertschätzung bei den Bürger:innen, wie auch die Sozialfürsorge, deren Bedeutsamkeit tendenziell aber eher abnimmt. Autoritäre Merkmale sind nahezu unerwünscht. Sie erzielen nur in den ostmitteleuropäischen Ländern etwas höhere Werte. Hervorzuheben ist hier die Entwicklung in Rumänien: Trotz recht guter Demokratiewerte bei Freedom House nimmt die Bedeutung der liberalen Freiheitsrechte seit 2005 teils dramatisch ab. Der Wert für freie Wahlen, bürgerliche Rechte und Geschlechtergleichheit sank bis 2017 um 1 bis 1,5 Skalenpunkte. Die Überzeugung, Demokratie sei eine politische Ordnung, die ihren Bürger:innen umfangreiche Freiheiten und Rechte einräumt, geht zunehmend verloren, verbleibt aber auf einem Niveau, das immer noch über dem der USA liegt. Dafür stehen populistische Komponenten hoch im Kurs, die Werte sind die höchsten innerhalb der demokratischen Länder. Die elektorale Demokratie Ungarn fällt vor allem bei der Wertschätzung populistischer Eigenschaften aus dem Rahmen der anderen EU-Mitgliedsländer.

Die westlichen Demokratien außerhalb der EU zeigen ein eher gleichbleibendes, leicht niedrigeres Niveau der Bedeutungszuschreibung liberaler politischer Eigenschaften. Geschlechtergleichheit sticht im Vereinigten Königreich heraus, der Wert ist einer der höchsten in den hier gewählten Beispielen. Die Wertschätzung von Umverteilung wiederum ist in den USA recht deutlich angestiegen (von 5,0 auf 5,7), insgesamt orientieren sich die Bürger:innen in den Ländern außerhalb Europas gleichwohl weniger an sozialen oder sozialistischen Demokratieaspekten; ihre Demokratien sind libertärer ausgeprägt. Anti-liberale und populistische Eigenschaften werden der Demokratie ähnlich häufig zugeschrieben wie in Europa.

Außerhalb der westlichen Demokratien verändert sich das Bild, das die Menschen von der Demokratie haben. In Serbien etwa zeigt sich eine durchweg geringere Wertschätzung gegenüber liberalen Aspekten, aber eine recht hohe gegenüber sozialen Inhalten. In der Türkei verlieren seit 2005 alle Merkmale der liberalen Demokratie an Rele-

<sup>12</sup> Vgl. Alejandro Moreno Alvarez/Christian Welzel, How Values Shape People's Views of Democracy. A Global Comparison, [www.democracy.uci.edu/files/docs/conferences/2011/Moreno%20Welzel\\_Chapter.pdf](http://www.democracy.uci.edu/files/docs/conferences/2011/Moreno%20Welzel_Chapter.pdf). Alvarez und Welzel bezeichnen die soziale Komponente als „neutral“, weil sie mit jedem anderen Ansatz von Demokratie kombiniert werden kann.

<sup>13</sup> Vgl. [www.worldvaluessurvey.org/WVSContents.jsp](http://www.worldvaluessurvey.org/WVSContents.jsp).

<sup>14</sup> Die hier präsentierten Daten stammen aus den Wellen 5 bis 7 der Befragung und wurden somit vor den jüngsten Krisen erhoben. Die derzeit laufende Welle 8 (2024–2026) dürfte größere Verschiebungen des Demokratieverständnisses ausweisen, das bleibt vorerst aber Spekulation.

Abbildung 3: Demokratieverständnis in ausgewählten Ländern 2005 und Entwicklung 2005–2019

	FREIE WAHLEN	BÜRGERLICHE RECHTE	GESCHLECHTERGLEICHHEIT	REFERENDEN	RELIGIÖSE AUTORITÄTEN	MILITÄR	GEHORSAM	WIRTSCHAFT	LAW AND ORDER	UMVERTEILUNG	SOZIALFÜRSORGE	EINKOMMENGLEICHHEIT
Australien	8,8 →	7,5 →	9,2 ↓	8,3	2,4 →	3,3 →	5,0 →	7,2	7,2	6,1 →	6,5 ↓	4,2
Deutschland	9,2 ↑	8,9 →	9,2 ↑	8,6	2,1 ↓	2,1 ↓	2,4 →	7,5	8,0	7,2 ↓	8,1 ↑	5,6 ↓
Frankreich	8,2 ↓	7,9 ↓	8,7 ↓	7,5	2,9 ↓	3,4 ↑	5,5	6,6	7,4	6,3 ↓	6,9 →	
Griechenland	9,3	8,2	9,4		3,2	2,4	5,5			6,6	8,5	6,0
Niederlande	8,3 ↑	8,3 ↓	9,1 →	7,1	2,5 →	3,3 →	4,5 →	7,1	7,7	6,5 ↓	7,8 ↓	5,1 ↓
Polen	8,7 →	8,5 →	9,0 →	8,4	4,2 ↓	3,3 ↑	4,2 ↓	8,2	7,7	6,2 ↓	7,3 ↓	5,3 →
Rumänien	9,5 ↓	9,3 ↓	9,3 ↓	8,5	4,7 ↓	4,7 →	5,5 →	9,5	9,4	6,8 →	8,9 ↓	6,3 ↓
Russland	8,3 ↓	8,2 ↓	8,4 ↓	8,5	3,8 ↓	4,9 ↑	6,5 ↑	9,5	8,6	7,7 ↓	8,0 ↓	7,4 ↓
Serbien	8,2	7,5	8,4		2,9	4,4	4,0			5,8	7,0	6,0
Spanien	8,6 →	8,1 ↓	8,9 ↓	8,5	3,1 ↑	2,7 ↑	6,2 →	7,5	7,6	6,6 →	8,0 →	6,7 →
Türkei	8,5 ↓	8,3 ↓	8,7 ↓	8,4	4,9 →	5,4 ↓	5,8 ↓	8,5	7,8	7,2 ↓	8,3 ↓	7,6 ↓
Ungarn	8,5 ↑	7,8 →	9,1 ↓	8,0	3,3 ↑	2,7 ↑	5,1	8,4	8,6	7,4 ↓	6,8 →	5,1
USA	8,3 →	8,0 ↓	8,5 →	7,4	3,2 →	3,9 →	5,2 →	6,9	6,6	5,0 ↑	5,8 →	3,8 ↑
Vereinigtes Königreich	8,5 →	7,5 →	9,1 →	7,0	3,5 ↓	4,2 ↑	5,1	7,1	7,7	6,1 →	6,7 →	4,8
	liberal				anti-liberal/autoritär			populistisch		sozial/sozialistisch		
		fem.	part.									

Quelle: World Values Survey, Befragungswellen 5–7; European Values Study 2017–2019.

Veränderungen der Mittelwerte einer Skala von 0 (gehört nicht zur Demokratie) bis 10 (wesentliches Merkmal der Demokratie). Daten 2005–2009 (Welle 5) bzw. erste Erhebung, Pfeil = Veränderung über Welle 6 (2009–2014) bis Welle 7 (2017–2019); Wert ohne Tendenz-Pfeil = nur einmal erhoben; leere Zelle = keine Daten; fem. = feministisch; part. = partizipativ.

Ich danke Katharina Kowalski für ihre Unterstützung bei der Aufbereitung der Daten.

vanz, besonders die bürgerlichen Rechte und Freiheiten (minus ein Skalenpunkt) und der Wunsch nach Umverteilung. Innerhalb der russischen Bevölkerung wird liberalen Werten bereits 2005 eine geringere Bedeutung für eine Demokratie zugeschrieben. Diese sinken bis 2017 weiter ab, Forderungen nach Gehorsam und die Zustimmung zu populistischen Eigenschaften nehmen zu. Ausgehend von einem hohen Niveau verlieren soziale und sozialistische Charakteristika der Demokratie in Russland wie in der Türkei an Bedeutung.

Die liberale Demokratie ist also nach wie vor in den westlichen Ländern beheimatet. Diese bilden aber keinen homogenen Block, sondern unterscheiden sich sowohl in der faktischen Ausprägung bürgerlicher Freiheiten und politischer Rechte als auch hinsichtlich der Vorstellungen ihrer Bevölkerungen darüber, was Demokratie sein soll. Bürger:innen stellen sich unter Demokratie leicht vom Idealtyp abweichende politische und soziale Systeme vor. Außerhalb „des Westens“ erfährt die Demokratie oft Deutungen, die nicht-demokratischen politischen Strukturen und den ideologischen Interpretationen der Herrschenden entsprechen. Hier dominieren autoritäre Elemente, liberale Werte sind weniger bedeutsam.

### AUTOKRATISCHES MISSVERSTÄNDNIS

Wie bei den Demokratiedefinitionen kommt es auch bei den Einstellungen der Individuen auf die „richtige“ Mischung an. Werden zum Beispiel demokratische Kernaspekte nicht nur mit unterschiedlichen politischen Inhalten, sondern auch mit autokratischen Eigenschaften gemischt, handelt es sich nicht mehr um ein (rein) demokratisches Demokratieverständnis.

**15** Vgl. 2. Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen 2023, S. 69–79, [www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW\\_Demokratiebericht\\_2023.pdf](http://www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW_Demokratiebericht_2023.pdf); Susanne Pickel et al., Demokratie und politische Kultur, in: Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*, Gießen 2022, S. 185–207; Beate Küpper/Elif Sandal-Önal/Andreas Zick, *Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte*, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros (Hrsg.), *Die distanzierte Mitte*, Bonn 2023, S. 91–135. Für gleichlautende europäische Entwicklungen siehe Susanne Pickel/Gert Pickel, *Political Values and Religion. A Comparison Between Western and Eastern Europe*, in: Regina Polak/Patrick Rohs (Hrsg.), *Values – Politics – Religion. The European Values Study*, Wiesbaden 2023, S. 157–203.

In Deutschland galt die Demokratie lange Zeit als unbestrittenes und wünschenswertes politisches System, fest verankert im Grundgesetz. Doch mit dem Aufkommen rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien und den Debatten über die angeblich von politischen Eliten gekaperte und dem Volk vorenthaltene Demokratie wird ihre Legitimität heute vielfach infrage gestellt. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang die Befürwortung populistischer Merkmale.

Dies gilt umso mehr, wenn Bevölkerungsumfragen belegen, dass es sich bei den entsprechenden Demokratieverständnissen nicht mehr ausschließlich um inhaltliche Variationen der Demokratie, sondern um solche mit autoritären Beimischungen handelt.<sup>15</sup> Etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung befürwortet ein Einparteiensystem, 10 Prozent einen starken, vom Parlament unabhängigen Führer und ebenfalls 10 Prozent unter bestimmten Umständen eine Diktatur. Insgesamt stehen etwa zwei Drittel der Bürger:innen auf der Seite der liberalen Demokratie, 30 Prozent akzeptieren autoritäre Eigenschaften, und etwa 5 Prozent können mit der Demokratie nichts anfangen. Es handelt sich bei den populistischen Beimischungen zur (sozial-)liberalen Demokratie also keineswegs nur um harmlose Varianten liberaler Demokratievorstellungen, sondern um ein Schaufenster zu einem Demokratieverständnis, das autoritäre Systemelemente mindestens akzeptiert und wesentliche Normen des Grundgesetzes nicht teilt. Die hohen Bedeutungswerte liberaler Grundwerte verschleiern diese Einstellungen. Es ist höchste Zeit für mehr politische Bildung, mehr Aufklärung und mehr aktive Programme, die demokratische politische Erfahrung vermitteln – damit das, was Demokratie bedeutet und ausmacht, als Grundlage der Politikgestaltung auch in Zukunft die westlichen Demokratien prägt.

### SUSANNE PICKEL

ist Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

## ESSAY

## DEMOKRATISCHE MALAISE

*Veith Selk*

Auch eingefleischte Anhänger der Demokratie sind mittlerweile der Meinung, dass es um sie nicht gut bestellt ist.<sup>01</sup> Pessimistische Niedergangs- und Krisendiagnosen haben Konjunktur. Der Tenor der Debatte lautet: Demokratische Regime büßen an Qualität und Quantität ein, sie werden durch Antidemokraten bedroht, versagen bei der Lösung öffentlicher Probleme und verlieren allmählich auch in der gesellschaftlichen Mitte an Unterstützung.

Solche Diagnosen fallen auf den fruchtbaren Boden einer sich verdüsternden öffentlichen Meinung. Diese spiegelt die negativen Erfahrungen mit den Krisenkaskaden der jüngeren Vergangenheit wider sowie den Umstand, dass sich die Zukunftserwartungen eingetrübt haben. Die Demokratie wird geplagt durch die Gleichzeitigkeit von Erfahrungsverschlechterung und Erwartungseintrübung. Mit zwei Begriffen des Historikers Reinhart Koselleck ausgedrückt: Nicht nur der Erfahrungsraum, sondern auch der Erwartungshorizont der Demokratie hat sich verdunkelt.<sup>02</sup> Hierzu trugen unter anderem die einschneidenden Erfahrungen der Pandemiezeit, die im Alltag spürbare Erosion materieller und sozialer Infrastrukturen, eine zunehmende sozioökonomische und politische Polarisierung, die feindselige Moralisierung (und mittlerweile auch Pönalisierung) von abweichenden Ansichten in der Öffentlichkeit, der Eindruck einer strukturellen Lernunfähigkeit der politischen Klasse sowie die sich verschlechternden geopolitischen Rahmenbedingungen bei, namentlich der Krieg zwischen Russland und der Ukraine sowie die voranschreitende Autokratisierung mächtiger Staaten wie China, Russland und Indien.

Die öffentliche Meinung – und weit mehr noch die lebensweltliche, im Privaten geäußerte – ist hierzulande derart skeptisch eingestellt, dass der „Wir schaffen Demokratie!“-Diskurs zur Revitalisierung des Glaubens an die Zukunft dieser Herrschaftsform manchmal etwas Gespenstisches an sich hat. Der weiterhin existierende

optimistische Diskurs über die Vorzüge demokratischer Herrschaft ist zwar keineswegs verstummt, aber er wirkt doch meist pflichtschuldig oder zweckoptimistisch bemüht – und nur selten authentisch oder inspirierend. Das wirft die Frage auf, ob der Glaube an die Sache der Demokratie wirklich noch so tief verankert ist, wie uns engagiert-appellative Sachbücher, öffentliche Erklärungen von Politikern und die Ergebnisse der Demoskopie nahelegen.<sup>03</sup>

## ZWEI EINWÄNDE

Gegen den Demokratiepessimismus werden meist zwei Einwände formuliert. Der erste lautet: Das alles könnte stimmen, aber solange keine attraktivere und leistungsfähigere Alternative auf den Plan tritt, wird die Demokratie Bestand haben. Und davon seien wir schließlich weit entfernt. Schon der britische Premierminister Winston Churchill soll gewusst haben, dass die Demokratie die schlechteste aller Herrschaftsformen ist – mit der Ausnahme aller anderen bislang ausprobierten. Der Einwand läuft also darauf hinaus, dass die Demokratie, realistisch betrachtet, eigentlich die beste Herrschaftsform ist. Und was erwiesenermaßen das Beste ist, das bleibt bestehen.

Aber stehen Bürgerschaft und Eliten auf demselben Stand des geschichtlichen Bewusstseins wie einst Churchill? Die ernüchternden Ergebnisse der empirischen Forschung zum Niveau des politischen Wissens legen nahe, dass ein Teil der Bürgerschaft relativ wenig darüber weiß, wie die Demokratie institutionell funktioniert, was ihre grundlegenden Prinzipien sind oder welche Programme die Parteien zur Wahl stellen – und folglich auch darüber, was demokratische von undemokratischen Herrschaftsformen unterscheidet.<sup>04</sup> Sollten sich die sozioökonomischen (Verteilungs-)Verhältnisse, die Beurteilung des Regierens und die Erwartungen gegenüber der Zukunft weiter verschlechtern, könnten einige

Bürger durchaus auf den Gedanken verfallen, es sei besser, „undemokratisch, aber gut“ statt „demokratisch, aber schlecht“ regiert zu werden. Die Tabuisierung und Abwertung rechtsradikaler Ideologie und die öffentlich bekundete Zustimmung zur Idee der Demokratie sollten jedenfalls nicht dazu verleiten, das antidemokratische politische Denken, das nicht nur aus dem rechten Lager kommt, zu unterschätzen. Die eigenen Erfahrungen mit Studierenden der Politikwissenschaft legen zumindest nahe, die geistige Wehrhaftigkeit dieser jungen, aber erwachsenen Bürgerinnen und Bürger gegenüber intellektuell ausgefeilten Varianten antidemokratischer Ideologie nicht allzu hoch anzusetzen. Und inwieweit sich die Eliten, sollten ihre Machtpositionen bedroht sein, als überzeugte Anhänger der Demokratie erweisen, darf ebenfalls zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden.

Ein zweiter Einwand gegen den pessimistischen Diskurs über die Krise der Demokratie lautet: Demokratie gibt es nur im Plural. Wer „die Demokratie“ in der Krise wähnt, verliert aus dem Blick, dass weltweit eine Vielzahl heterogener demokratischer Regime existiert, die aufgrund ihrer je eigenen institutionellen Struktur, regionalen Einbettung, sozioökonomischen Basis, kulturellen Prägung und historischen Entwicklungspfade über unterschiedliche Potenziale zur Widerstandsfähigkeit gegenüber systemischen Krisen und antidemokratischen Herausforderern verfügen.<sup>05</sup> Dieser Einwand ist zutreffend. Allerdings besteht aufgrund der Machtungleichheit und der Dominanzverhältnisse zwischen diesen Regimen die Gefahr eines Übersprungeffekts – vor allem

dann, wenn machtpolitisch bedeutende demokratische Systeme in Schwierigkeiten geraten. Sollte etwa die US-amerikanische Demokratie nach der nächsten Präsidentschaftswahl in eine Phase der Unregierbarkeit eintreten, hätte dies nicht nur Auswirkungen auf die Vereinigten Staaten selbst, sondern es würde darüber hinaus auch negative Effekte in anderen Demokratien auslösen. Dass es dazu kommen wird, mag man im Lichte historischer Erfahrungen mit dem Zusammenbruch demokratischer Regime im 20. Jahrhundert und insbesondere mit Blick auf die fehlende Bedingung einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise als unwahrscheinlich einstufen.<sup>06</sup> Allerdings sind auf historischer Erfahrung basierende Prognosen unsicher, weil sich die Geschichte nicht wiederholt. Zudem sind alle generalisierenden Aussagen über die gesellschaftlich-historische Wirklichkeit nicht mehr als grobe Annäherungen. Menschliches Handeln folgt zwar Mustern, es ist aber nicht determiniert. In einer Zeit des Umbruchs, wie wir sie gegenwärtig erleben, sind sichere Voraussagen unmöglich.

## DAS DEMOKRATISCHE CREDO

Wenn die Zukunft unsicher ist und man wenig über sie wissen kann: Was lässt sich über unseren gegenwärtigen Ist-Zustand sagen? Ich schlage vor, ihn als einen Zustand der demokratischen Malaise zu bezeichnen. Die Malaise besteht darin, dass sich die beschriebenen negativen Erfahrungen mit der jüngeren Vergangenheit und die düsteren Erwartungen gegenüber der Zukunft nicht mit den herrschenden Annahmen über die Demokratie in Einklang bringen lassen – und zugleich keine Aussicht auf eine Änderung dieses Umstands besteht. Kurz formuliert: Das demokratische Denken büßt seine Wirklichkeitstauglichkeit ein. Die eigentümliche Verunsicherung, die unseren Zeitgeist prägt, ist auch eine Folge der durch diese Prozesse ausgelösten Orientierungslosigkeit und Entfremdung.

Dem demokratischen Denken kann man sich über das begriffliche Konstrukt eines Idealtyps nähern, den ich das „demokratische Credo“ nenne. Es handelt sich hierbei nicht um eine kohärente Weltanschauung, sondern um eine Mischung aus gesellschaftlich kursierenden, in der Selbst-

**01** Vgl. Hanna Ketterer/Karina Becker (Hrsg.), *Was stimmt nicht mit der Demokratie?*, Berlin 2019; Adam Przeworski, *Krisen der Demokratie*, Berlin 2020.

**02** Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum“ und „Erwartungshorizont“ – zwei historische Kategorien, in: ders., *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt/M. 1989, S. 349–375.

**03** Vgl. Mónica Ferrín Pereira/Enrique Hernández/Claudia Landwehr, *Understandings and Evaluations of Democracy. Topline Results from Rounds 6 and 10 of the European Social Survey*, [https://europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-10/TL013\\_Democracy-English.pdf](https://europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-10/TL013_Democracy-English.pdf).

**04** Vgl. Thomas Schübel, *Die soziale Verteilung politischen Wissens in Deutschland. Wissensunterschiede und deren Ursachen*, Wiesbaden 2018.

**05** Vgl. Wolfgang Merkel, *Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M.–New York 2023.

**06** Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1997.

beschreibung des politischen Regimes verwendeten, kulturell verankerten und sich auf die Verfassung beziehenden Theorieelementen über die Demokratie und deren Funktionsweise. Dieses Credo besteht nicht aus wissenschaftlichen Theorien, sondern aus politischen Alltagstheorien und Ansichten, die eine diffuse Auffassung davon ausdrücken, was Demokratie sein kann und sein sollte. Es umfasst:

- Ein liberales Element: Ihm zufolge kann Demokratie dafür sorgen, dass die Individuen in gleicher Weise frei ihre je eigenen Anliegen und Interessen verfolgen können, in ihrer Privatautonomie geschützt werden und Rechtssicherheit genießen. Die gleiche Freiheit kommt darin zum Ausdruck, dass die Bürger ihre Rechte nutzen, zugleich aber die damit einhergehenden Pflichten respektieren.
- Ein republikanisches Element: Dieses setzt den Akzent auf das gemeinsame Handeln der Bürgerschaft als Ganzer und verbindet mit Demokratie die Idee der kollektiven Ausübung von Volkssouveränität. Das hierdurch ausgedrückte Ideal ist die sich direktdemokratisch selbst Gesetz gebende Bürgerschaft. Die realistische, ernüchternde Version hiervon ist, dass die Bürgerschaft herrschende Eliten und Repräsentanten periodisch mittels Wahlen abstrafen beziehungsweise in ihrem Kurs bestärken kann.
- Ein soziales Element: Demokratie wird hierdurch auf ein Mindestmaß an Fairness und sozialer Sicherheit verpflichtet, worunter auch die bürgerschaftliche Kohäsion zählt. Es geht damit nicht nur um die Wohlfahrt von Individuen, deren Familien und den persönlichen Nahbereich, sondern auch um den sozialen Zusammenhalt im Ganzen, die intersubjektive Wohlfahrt der gesamten Bürgerschaft und eine basale Fairness im Umgang miteinander.
- Ein gouvernementales Element: Es thematisiert Demokratie als einen Staats- und Regierungsapparat. Die Demokratie kann und soll öffentliche Probleme lösen und eine gute Regierungstätigkeit gewährleisten, die primär im Sinne des Willens der Mehrheit der Bürgerschaft verstanden wird. Zugleich zeigt sie sich

als politisches System lernfähig, indem sie aus vergangenen Fehlern lernt und sich zukünftig selbst verbessert.

Zu dieser Liste ließen sich noch weitere Elemente hinzufügen, etwa solche der Deliberationstheorie von Jürgen Habermas. Deren Anhänger könnten einwenden, dass zur Demokratie auch der vernünftige Austausch von Argumenten gehöre und es ein wesentliches Element dieser Regierungsform sei, dass in ihr mit hoher Rationalität diskutiert wird und sich die politischen Entscheidungen an den Ergebnissen einer Meinungs- und Willensbildung orientieren, die in begründeter Weise „die Vermutung der Vernünftigkeit“<sup>07</sup> für sich hat. Das scheint in der Tat nicht unwichtig, im durchschnittlichen politischen Bewusstsein wird mit Demokratie aber vor allem gutes Regieren, Selbstverbesserungsfähigkeit, bürgerschaftliche Kohäsion unter Bedingungen basaler Fairness sowie gleiche Freiheit (privat wie öffentlich) verbunden.<sup>08</sup> Dies sind folglich die zentralen Glaubensartikel des demokratischen Credos.

Damit dieses Credo wirklichkeitstauglich ist und nicht zum bloßen Wunschdenken verkommt oder in der Enttäuschung endet, weil es an dem Prüfstein der Alltagserfahrung scheitert, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Erstens muss die politische Wirklichkeit, auf die sich das Credo bezieht, in ihren Grundzügen von den Bürgern verstanden werden können. Und zweitens muss diese Wirklichkeit Eigenschaften aufweisen, die sich mit den demokratischen Glaubensartikeln in Einklang bringen lassen. Findet sich das, was man im Sinne des Credos erwartet, in dieser Wirklichkeit wieder? Wie ich im Folgenden anhand einiger, hier nur schlaglichtartig beleuchteter Tendenzen argumentieren werde, gibt es Anzeichen dafür, dass sich die politische Wirklichkeit in einer Weise fortentwickelt, die diesen beiden Bedingungen zuwiderläuft und die oben aufgeführten Elemente des demokratischen Credos unplausibel werden lässt.<sup>09</sup>

<sup>07</sup> Vgl. Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M. 1992, S. 365.

<sup>08</sup> Vgl. Mónica Ferrin/Hanspeter Kriesi, Demokratieverständnisse und -bewertungen in Europa. Ergebnisse der 6. Welle des European Social Survey, [www.europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-06/TL4\\_Democracy-German.pdf](http://www.europeansocialsurvey.org/sites/default/files/2023-06/TL4_Democracy-German.pdf).

<sup>09</sup> Dies gilt auch für die wissenschaftlichen Demokratietheorien. Hierzu sowie zum Folgenden ausführlich Veith Selk, Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin 2023.

## ÜBERDIFFERENZIERUNG

Die nach dem Zweiten Weltkrieg formulierte soziologische Modernisierungstheorie war der Auffassung, dass die moderne Gesellschaft als eine Art Gesamtpaket begriffen werden kann, deren einzelne Komponenten sich wechselseitig ergänzen und stützen. Empirische Wissenschaft, marktwirtschaftlicher Kapitalismus, autonome Subjektivität, liberale Demokratie – all das muss nicht überall entstehen, aber wenn es entstanden ist, fügt es sich ineinander und gehört zusammen.<sup>10</sup> Diese Denkweise ist auch heute noch weit verbreitet, so gehen etwa die Attribute „modern“ und „demokratisch“ mindestens gedanklich gut zusammen. Wie allerdings anhand unserer Erfahrung mit den disruptiven Folgen eines rasanten Gesellschaftswandels deutlich wird – und wie auch bereits in der wissenschaftlichen Literatur argumentiert wird –, gibt es Anzeichen dafür, dass fortschreitende Modernisierung und Demokratie keineswegs spannungsfrei sind. Mehr noch: Womöglich führt der Modernisierungsprozess nicht zur Demokratie hin, sondern von ihr weg.<sup>11</sup>

Ein wesentliches Kennzeichen von Modernisierung ist Differenzierung. Diese macht sich nicht nur sozial bemerkbar, sondern verändert auch das politische Leben. Die Politik wird vielgestaltiger, indem sie unterschiedliche Ebenen, Organisationen, Akteure und Netzwerke hervorbringt und sich immer weiter ausdifferenziert. Sinnfällige Anzeichen hierfür sind, neben der in der Literatur eingehend behandelten internationalen Verflechtung und Europäisierung, zum einen die wachsende Zahl von Politikfeldern, also gesellschaftliche Bereiche und Sachverhalte, über die politisch entschieden werden muss und die herrschaftlich reguliert werden, und zum anderen die steigende Zahl politischer Parteien und Bewegungen, die sich in den politischen Prozess einbringen.

Man kann dies mit Blick auf Demokratie und aus der Perspektive der Bürgerschaft als eine „Überdifferenzierung“ bezeichnen, weil dadurch die Komplexität der Politik steigt. Für alle Outsider, die nicht aktiv an den Politiknetzwerken beteiligt sind, wird es zunehmend schwierig bis

unmöglich, den Überblick zu behalten und den Gesamtprozess zu verstehen. Und selbst hinsichtlich einzelner Politikfelder sind es in der Regel nur noch die Experten, die in „ihrem“ Feld wissen, was darin vor sich geht und wem die jeweils getroffenen Entscheidungen zugutekommen. Dieser Umstand verletzt die Bedingung der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Politik, was nur so lange kein Problem ist, wie es im Alltag einigermaßen fair zugeht und ein diffuses Normalitätsgefühl vorherrscht beziehungsweise, weiter unten auf der sozialen Stufenleiter, ein hinnehmbares Maß an Unzufriedenheit.

Aber auch für die Regierenden und die politische Klasse bringt Überdifferenzierung Probleme mit sich, weil sie die Verhandlungskosten bei der Entscheidungsfindung erhöht und das Regieren erschwert. Der bei Angela Merkel von der öffentlichen Meinung noch einigermaßen akzeptierte, bei Olaf Scholz nun aber weithin kritisierte Regierungsstil des Abwartens, Auf-Sicht-Fahrens und ad hoc kurzfristige Krisenreparatur Betreibens hat sicher mit der deutschen politischen Kultur und unserem politischen System zu tun, er ist aber auch eine Folge dieses strukturellen Problems der Nicht-Regierbarkeit. Ein Slogan wie „Take back control!“, mit dem die britische UKIP-Partei den Brexit begründete, greift das Unbehagen auf, das aus dem Mangel an demokratischer Regierungsmacht im Dienste der Lösung öffentlicher Probleme resultiert. Die ernüchternde Erfahrung mit dem Austritt der Briten aus der Europäischen Union lässt es freilich fraglich erscheinen, ob sich die ausdifferenzierte Struktur des politischen Lebens, die Eliten und Insider begünstigt, wieder auf ein demokratiekompatibles Maß zurückstutzen lässt.

## POSTDEMOKRATISCHE SUBJEKTIVITÄT

Modernisierung heißt auch: Wandel der Subjekte. Die Veränderung von Subjektformen wird hierzulande intensiv diskutiert,<sup>12</sup> allerdings scheint dabei ein wichtiger Aspekt nur wenig Beachtung gefunden zu haben. Man kann ihn in die Frage übersetzen: Passt die sich im Kontext voranschreitenden Wandels herausbildende Form von Subjektivität noch zur Demokratie? Der Politik-

**10** Vgl. Talcott Parsons, *Evolutionary Universals in Society*, in: *American Sociological Review* 3/1964, S. 339–357.

**11** Vgl. Ingolfur Blühdorn, *Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Berlin 2024.

**12** Vgl. Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017.

wissenschaftler Ingolfur Blühdorn spricht diesbezüglich davon, dass sich im Modernisierungsprozess eine „Emanzipation zweiter Ordnung“ vollzieht, in deren Zuge sich die besonders fortgeschrittenen Subjekte, insbesondere der progressiven Milieus, von den vermeintlichen Zumutungen demokratischer Pflichten emanzipieren.<sup>13</sup> Das hat zur Folge, dass ihnen die vernünftige Unterordnung unter demokratische Mehrheitsentscheidungen – und auch der „zwanglose Zwang des besseren Arguments“ – als Form der Heteronomie, der Fremdbestimmung, und als illegitimer Zwang erscheinen. Kurz gesagt: Es gibt Anzeichen dafür, dass sich eine postdemokratische Subjektivität herausbildet, die der Demokratie schadet.

Lässt sich dieser Prozess umkehren oder in demokratiekompatible Bahnen lenken? Das berühmte „Böckenförde-Diktum“ wird zumeist so auf die Demokratie übertragen, dass diese von Voraussetzungen lebe, die sie selbst nicht erzeugen kann.<sup>14</sup> Diese Aussage mag für einen strikt liberalen Staat gelten, der auf der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft beruht, weite Teile der Privatsphäre unangetastet lässt und insofern hoffen muss, dass sich die politische Sozialisation mehr oder weniger zufällig so einspielt, wie man es gerne hätte. In unserer „politischen Gesellschaft“<sup>15</sup> ist das jedoch anders. Die Gesellschaft ist politisch geworden und damit auch der Prozess der Sozialisation, in dem sich die jeweils dominante Form der Subjektivität herausbildet. Von der damit gegebenen Möglichkeit zur politischen Beeinflussung des Sozialisationsprozesses wurde in der Vergangenheit jedoch zu wenig Gebrauch gemacht. Nun könnte sich rächen, dass eine an Demokratie orientierte Gestaltung der politischen Sozialisation der Bürgerschaft in unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden ist.

Die gegenwärtigen, sichtbar hastig und projektförmig zusammengeschusterten, zum Teil auch einseitig ausgerichteten Ansätze zur De-

mokratiebildung helfen hier wohl nicht weiter, denn sie kommen spät, und sie sind nicht hinreichend institutionalisiert. Zudem drohen sie – jenseits der Partizipationsaristokraten aus den privilegierten Milieus, die sich ohnehin bereits als Vorbild und Musterdemokraten verstehen –, als ein illegitimer Loyalitätsgenerator und heuchlerischer Übergriff einer um ihre Legitimität besorgten politischen Klasse gedeutet zu werden.

## ENDE DES DEMOKRATISCHEN KAPITALISMUS

Ein wesentlicher Legitimationsfaktor für die hiesige Form der Demokratie ist das glaubhafte, da lebensweltlich spürbare Versprechen der allmählichen Hebung des Lebensstandards der Mehrheit der Bürgerschaft – samt Aussicht auf weitergehende Verbesserungen für die folgende Generation. Man kann die institutionelle Gestalt dieses Versprechens als „demokratischen Kapitalismus“ bezeichnen, obwohl der Kapitalismus und seine ehemals dominante Organisationsform des Betriebs in dieser Form der politischen Ökonomie nicht demokratisiert worden sind. Es handelt sich um ein Kompromissmodell, in dem die Aussicht auf materielle Verbesserung und die Akzeptanz des Laufs der Dinge im kapitalistischen Alltag miteinander verbunden worden sind. Und trotz aller Kritik, die an diesem Modell und seinen durchaus heterogenen Varianten geübt werden kann, wurde selbst von den allerkritischsten der kritischen Beobachter zu Beginn der Hochphase dieses Modells dessen Befriedigungswirkung nicht in Abrede gestellt. Im Gegenteil war es damals ironischerweise gerade dessen integrative Macht, die im Fokus der Kritik stand.<sup>16</sup>

Trotz des immens gestiegenen gesellschaftlichen Reichtums stechen heute jedoch die desintegrativen Tendenzen der politischen Ökonomie ins Auge, die auf ein Ende des demokratischen Kapitalismus hindeuten. Anzeichen hierfür sind die Zunahme der sozialen Schließung, die wachsende Zahl junger Menschen, die das Wohlstandsniveau der Elterngeneration nicht erreichen werden, eine massive Ungleichheit der Lebenschancen (und der Lebenserwartung) und die fehlende Aussicht auf eine inklusive wie faire Form

**13** Ingolfur Blühdorn, Das postdemokratische Diskursquartett. Kommunikative Praxis in der simulativen Demokratie, in: *Psychosozial* 1/2016, S. 51–68.

**14** Vgl. Ernst-Wolfgang Böckenförde, Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: ders., *Staat, Gesellschaft, Freiheit. Studien zur Staatstheorie und zum Verfassungsrecht*, Frankfurt/M. 1976, S. 42–64.

**15** Michael Th. Greven, *Die politische Gesellschaft. Kontingenz und Dezision als Probleme des Regierens und der Demokratie*, Wiesbaden 2009.

**16** Vgl. Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied 1967.

des Wirtschaftslebens in der Zukunft.<sup>17</sup> Die politische Ökonomie erscheint einem wachsenden Teil der Bürger nicht mehr als ein leidlich faires Kompromissmodell, sondern als ein unfaires Nullsummenspiel, bei dem die Gewinner die Verlierer über den Tisch ziehen.

### ENTSCHEIDEND IST, WAS OBEN RAUSKOMMT

Dem ehemaligen Bundeskanzler Helmut Kohl wird die legendäre Erkenntnis zugeschrieben, dass entscheidend sei, „was hinten rauskommt“. Das hat ihm Spott eingebracht, denn wegen seiner Doppeldeutigkeit ist der Satz unfreiwillig komisch. Davon abgesehen bringt er aber bloß die Binsenweisheit zum Ausdruck, dass Regierungen an ihren Ergebnissen und Leistungen gemessen werden (sollten). Demokratie fußt nicht zuletzt auf dem Glauben, dass gut regiert wird und man im Alltag von den Ergebnissen demokratischer Herrschaft profitiert.

Mit Blick auf den Prozess, den ich als das Ende des demokratischen Kapitalismus bezeichnet habe, ist Kohls Satz weiterhin gültig. Nur müsste er ergänzt werden: Ebenso entscheidend ist, was oben rauskommt. Denn eine bisher eher wenig beachtete Folge des Endes des demokratischen Kapitalismus ist das Anwachsen der Oberklasse und damit der Aspiranten um politische Macht. Wie schon Machiavelli wusste, will der *popolo* meist nur in Ruhe leben, während die *grandi* dazu neigen, immer mehr Macht und das Prestige, das sie verleiht, anhäufen zu wollen. Wächst die Oberklasse, weil immer mehr Ressourcen in die oberen Etagen der gesellschaftlichen Hierarchie wandern, kann es zum Gedrängel um die höchsten Ämter und Ränge innerhalb der Machtelite kommen.

Dieses Phänomen ist in Öffentlichkeit und Wissenschaft lange Zeit unbeachtet geblieben, da man in den Sozialwissenschaften dazu tendiert, eher die Mitte der Gesellschaft in den Blick

zu nehmen.<sup>18</sup> Leitend sind hier zumeist die Probleme einer schrumpfenden oder um ihren Status besorgten unteren Mittelklasse und die Selbstbespiegelungen gehobener, akademisch geprägter Milieus, manchmal aber auch das Problem der Abkopplung der unteren Klassen.

Die Eliten sind zwar durch den Aufstieg des Populismus zu einem öffentlichen Thema geworden, aber das oben erwähnte Problem, auf das jüngst der Sozialforscher Peter Turchin hingewiesen hat, wird bislang nicht hinreichend diskutiert.<sup>19</sup> Turchin argumentiert: Wenn es infolge einer länger anhaltenden Akkumulation von Machtressourcen – Geld, Vermögen, Einflussnetzwerke und wertvolle Bildungszertifikate – an der Spitze der sozialen Hierarchie zu einer „Überproduktion von Eliten“ kommt, kann das Gerangel um Machtpositionen derart intensiv werden, dass Verdrängungseffekte einsetzen und sich die Elitenkohäsion auflöst. Es entstehen dann ressourcenstarke und ambitionierte Gegeneliten, die meinen, im gegebenen System keinen adäquaten Platz am Herrentisch zu haben. Sie wollen den Tisch abräumen, um dort alleine Platz nehmen zu können. In Verbindung mit der mittlerweile verbreiteten Unzufriedenheit der Bürgerschaft mit der Performanz der Demokratie ist das eine brisante Mischung.

Eine naheliegende Lösung für dieses Problem wäre, sowohl den Fluss von Machtressourcen nach unten zu lenken als auch die Zahl der privilegierten Aspiranten auf Machtpositionen zu verringern – und vor allem die Oberklasse zu dezimieren. Letzteres war das Erfolgsgeheimnis besonders langlebiger Diktatoren, wie Turchin zeigt. Im Prinzip – nicht in den Methoden – wäre es auch ein naheliegender Ansatz, um dem demokratischen Credo hierzulande wieder mehr Plausibilität zu verschaffen.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Exemplarisch Robert J. Gordon, *The Rise and Fall of American Growth*, Princeton 2016.

<sup>18</sup> Eine prominente Ausnahme hiervon ist die Forschung des Elitensoziologen Michael Hartmann.

<sup>19</sup> Vgl. Peter Turchin, *End Times. Elites, Counter-Elites, and the Path of Political Disintegration*, New York 2023.

<sup>20</sup> Vgl. hierzu auch John P. McCormick, *Machiavelli und der populistische Schmerzensschrei. Studien zur politischen Theorie*. Mit einem Nachwort von Dirk Jörke, Berlin 2023.

### VEITH SELK

ist promovierter und habilitierter Politikwissenschaftler mit einem Schwerpunkt in Politischer Theorie und Ideengeschichte. Er ist Senior Fellow am Point Alpha Research Institute in Geisa und Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt.

# WIE RESILIENT IST UNSERE DEMOKRATIE?

*Wolfgang Merkel*

Demokratien sind zerbrechlich. Davon zeugen die beiden großen Autokratisierungswellen des 20. Jahrhunderts (1922–1942; 1974–1985), die vor allem junge Demokratien hinwegespült haben.<sup>01</sup> Die erste Welle führte krisen- und ideologiegetrieben zu faschistischen und stalinistischen Regimen in Europa. Die zweite Welle begrub die demokratischen Regierungsversuche in Lateinamerika und Asien unter sich. Ihre Akteure waren meist rechte, auf Law and Order bedachte Militärs. In beiden Wellen hatten die jungen demokratischen Regime den Wirtschaftskrisen, der Ideologie, der militärischen Macht, der internen Gewalt und den radikalen Parteien wenig entgegenzusetzen. Die Demokratien erwiesen sich nicht als hinreichend resilient.<sup>02</sup> Aber auch die zweite autokratische Gegenwelle erhielt eine demokratische Antwort. Mit dem Fall der letzten westeuropäischen Diktaturen in Portugal, Griechenland und Spanien 1974/75 begann eine 15 Jahre anhaltende Demokratisierung der Welt, die auch viele autokratische Regime in Lateinamerika, Asien und Afrika einstürzen ließ. Ihr Höhepunkt war das *annus mirabilis* 1989, als sich mit dem Kollaps des Sowjetimperiums viele Nachfolgestaaten auf den Weg zu Kapitalismus und Demokratie machten. Doch auch dies war keineswegs das „Ende der Geschichte“. Die neue Demokratisierungswelle stagnierte um das Jahr 2000 herum und lief im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts aus. Seit 2008 verlieren die politischen Regime der Welt Jahr für Jahr an demokratischer Qualität. Dies gilt auch für die besten rechtsstaatlichen Demokratien.<sup>03</sup>

## REGRESSION

Allerdings erfüllt die seit 2008 anhaltende demokratische Regression nicht die klassischen Definitionskriterien einer Autokratisierungswelle. Dafür müsste sich eine statistisch signifikant höhere Zahl der Regimeübergänge von Demokratien hin zu Autokratien als vice versa erkennen lassen.<sup>04</sup>

Dies ist nicht der Fall. Dennoch werden wir gegenwärtig Zeugen von weniger dramatischen, aber dennoch unübersehbaren Demokratieverlusten politischer Systeme. Sie zeigen sich in so unterschiedlichen Ländern wie der Türkei, Polen,<sup>05</sup> Ungarn, Italien, Brasilien, Israel oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Die besten Zeiten der Demokratie, auch in ihrer entwickelten rechtsstaatlichen Form, scheinen zunächst vorbei zu sein.

Sechzehn Jahre des kontinuierlichen Qualitätsverlusts selbst der besten Demokratien markieren einen robusten Trend. Wir reden nicht mehr wie noch vor zwei Dekaden über den weltgeschichtlichen Triumph liberaler Ordnung oder die „Demokratisierung der Demokratie“, sondern über deren Herausforderung, Gefährdung, Erosion oder Regression. Aber gerade dies ist das Neue und Überraschende: Die Erosion der demokratischen Qualität trifft nicht nur hybride Regime wie das Ungarn Orbáns, das Polen Kaczyńskis, Indien unter Modi oder die Türkei Erdoğan, sondern zunehmend auch reife, etablierte Demokratien wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Österreich und mit Abstrichen auch Deutschland.

Wie der Abwärtstrend der Demokratie begrifflich am treffendsten gefasst werden kann, darüber gibt es unter Demokratieforschern keine Einigkeit. Das ist keineswegs trivial, denn Begriffe beeinflussen Analysen und nähren Narrative, die wiederum Einstellungen der Bürger füttern und politische Entscheidungen prägen. Jahrelange öffentliche und wissenschaftliche Diskurse über die Krise der Demokratie bleiben haften und treiben die Entwicklung der Demokratie selbst. Insbesondere demokratietheoretische Abhandlungen bevorzugen kontrastreiche Begriffe und münden häufig in apodiktisch-negativen Gegenwarts- und Zukunftsdiagnosen. Dann ist von „Life and Death of Democracy“, „End of Democracy“, „Democracy in Retreat“,

„How Democracies Die“, „Democracy Disfigured“, „Crisis of Democracy“ und, vorsichtiger, „Demokratie und Krise“ die Rede.<sup>06</sup> Aber selbst empirische Studien können sich dem Sog negativer Tendaussagen mittlerweile nur noch selten entziehen. Die Entwicklungsbeschreibungen lauten dann: Autokratisierung, Erosion und Regression.<sup>07</sup> Nimmt man die aus der Medizin entlehnte Metaphorik der Krise ernst, ist zwar offen, ob Tod oder Genesung den Ausgang markieren, aber der Begriff birgt doch eine existenzielle Dramatik, die weder für Finnland, Dänemark, Kanada, Deutschland oder Frankreich noch für Großbritannien und nicht einmal die USA eine überzeugende Interpretation liefert. Belegen wir diese etablierten Demokratien alle gleichermaßen mit dem Begriff „Krise“, dann ist dieser für Länder wie Ungarn, Bulgarien, die Philippinen oder Brasilien verbrannt.

Mein Plädoyer heißt deshalb: die Begrifflichkeit entdramatisieren und nicht undifferenziert von „der“ Demokratie im Singular sprechen. Dies bedeutet nicht Entwarnung. Doch sollten wir bei aller Erosion oder Regression auch in der Lage sein, gegensätzliche Trends zu erkennen, die gleichzeitig, in ein und derselben Demokratie, auf-

treten. Denn die unterschiedlichen Varianten der Krisenliteratur haben eines gemeinsam: Sie fokussieren häufig einseitig auf die Krisenseite und viel seltener auf die Resilienz der Demokratie. Insofern haben wir es nicht selten mit einer halbierten Regimeanalyse zu tun. Im Übrigen sollten wir jenseits des beliebten Geschäfts, immer nur die Krisen zu beschreiben, auch darüber nachdenken, wo die Resilienzpotenziale stecken – und wie wir aus der zweifellosen Malaise der Demokratie herauskommen.

## RESILIENZ

Was aber ist „Resilienz“, und wie lässt sich dieses Schlüsselkonzept unterschiedlichster Wissenschaftsdisziplinen auf die Analyse demokratischer politischer Regime anwenden? Dazu definiere ich „demokratische Resilienz“ als die Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen und interne Stressoren zu absorbieren und sich den wandelnden funktionalen Bedingungen demokratischen Regimes dynamisch anzupassen, ohne in einen Regimewandel zu geraten oder seine definierenden Prinzipien, Funktionen und Normen aufzugeben oder zu beschädigen.<sup>08</sup>

Grundsätzlich geht es darum, Institutionen, Akteure, Handlungen und systemische Output-Funktionen aufeinander zu beziehen.<sup>09</sup> Die Art und Weise der Interaktion von Akteuren und Strukturen, insbesondere der Institutionen, entscheidet mit darüber, wie effektiv und demokratisch politische Regime auf externe Herausforderungen und aufziehende Krisen reagieren können (*Abbildung*).

In der Abbildung sind beispielhaft vier große Herausforderungen genannt, mit denen liberaldemokratische Systeme heute in der westlichen Welt konfrontiert sind. Dies sind keineswegs die

**01** Vgl. Samuel P. Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman 1991, S. 13ff.; Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010<sup>2</sup>.

**02** Dieser Beitrag orientiert sich stark an Wolfgang Merkel, *Demokratie und Resilienz*, in: ders., *Im Zwielficht. Zerbrechlichkeit und Resilienz der Demokratie im 21. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2023, S. 334–362, geht aber deutlich darüber hinaus, indem er das dort entwickelte theoretische Konzept der Resilienz konkret auf die Demokratie in Deutschland anwendet.

**03** Vgl. *Varieties of Democracy (V-Dem)*, [www.v-dem.net](http://www.v-dem.net).

**04** Vgl. Huntington (Anm. 1), S. 15.

**05** Der Regierungswechsel von der semi-autoritären PiS (Recht und Gerechtigkeit) hin zur liberaldemokratisch geführten Mehrparteiensregierung von Donald Tusk (Kabinett III, seit 2023) bedeutet nur den Start und nicht schon die Wiederherstellung liberaldemokratischer Verhältnisse in Polen.

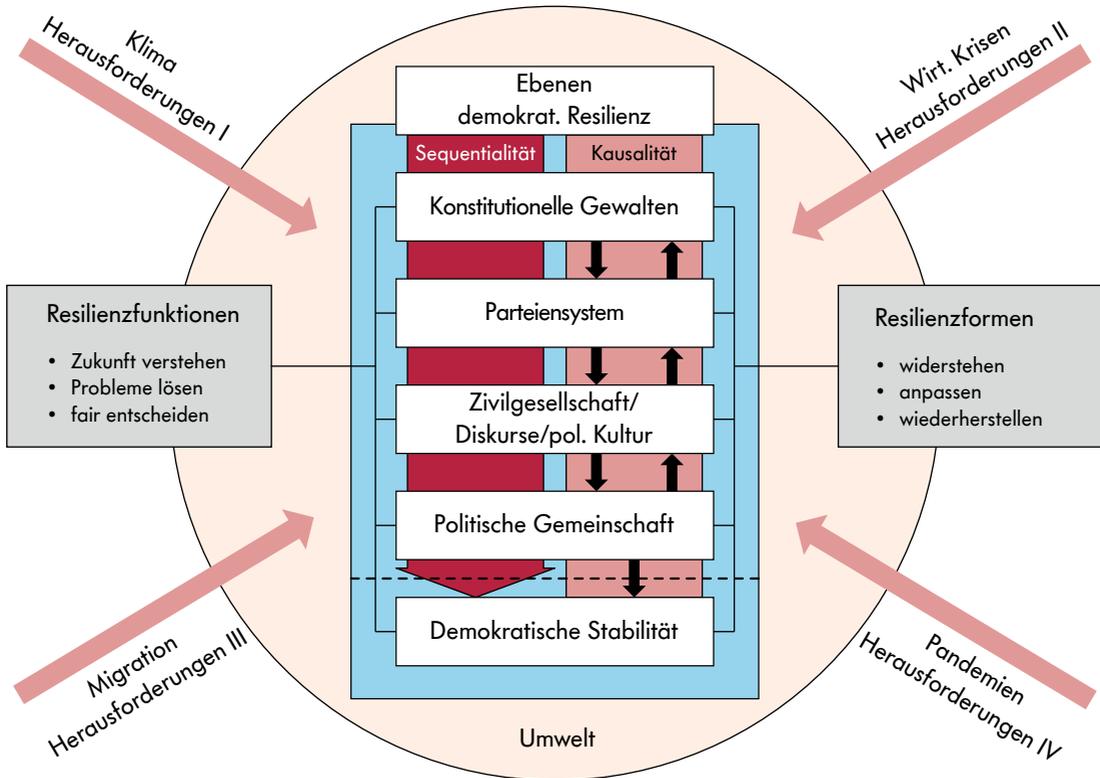
**06** Vgl. u. a. John Keane, *Life and Death of Democracy*, London 2009; Joshua Kurlantzick, *Democracy in Retreat*, London–New Haven 2013; Christophe Buffin de Chosal, *The End of Democracy*, Milton Keynes 2014; Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *How Democracies Die*, New York 2018; Nadia Urbinati, *Democracy Disfigured. Opinion, Truth, and the People*, Cambridge, MA 2014; Adam Przeworski, *Crisis of Democracy*, Cambridge 2019; Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*, Wiesbaden 2015.

**07** Vgl. Armin Schäfer/Michael Zürn, *Die demokratische Regression*, Frankfurt/M. 2021; *V-Dem* (Anm. 3).

**08** Vgl. Merkel (Anm. 2). Im Folgenden werden Passagen hieraus übernommen, vgl. insbes. S. 345ff. Siehe auch Anna Lührmann/Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Resilience of Democracies: Responses to Illiberal and Authoritarian Challenges*, *Democratization* 5/2021 (Special Issue).

**09** Damit beziehe ich mich im Kern auf Fritz Scharpf und den von ihm und Renate Mayntz entwickelten „akteurzentrierten Institutionalismus“. Vgl. Fritz W. Scharpf, *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen 2000; Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf, *Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus*, in: dies. (Hrsg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt/M. 1995, S. 39–72.

Abbildung: Mehrebenenmodell der demokratischen Resilienz



Quelle: Merkel 2023 (Anm. 2), S. 346

einigen. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine etwa zählt ebenso zu diesen Herausforderungen, für die Deutschland und die anderen europäischen Staaten demokratiekompatible Lösungen finden müssen.

### STRUKTUREN UND AKTEURE

Vier institutionelle Ebenen beschreiben die fundamentalen Politikarenen. Ihre formellen wie informellen Normen ermöglichen den politischen wie gesellschaftlichen Akteuren eine demokratischen Grundsätzen verpflichtete, friedliche Interaktion. Ihr Doppelcharakter besteht darin, dass sie sowohl von Wettbewerb wie von Kooperation geprägt sind. Die Balance zwischen beiden entscheidet mit über die Qualität und Resilienz der Demokratie.

#### Ebene 1:

##### Konstitutionelle Gewalten

Im Zuge von Globalisierung und Europäisierung hat sich in vielen demokratischen Staaten die Machtbalance zwischen Exekutive, Legislati-

ve und Judikative verschoben. Insbesondere die Exekutive hat von der anhaltenden „Denationalisierung“ der Politikgestaltung profitiert,<sup>10</sup> denn es sind vor allem die Regierungen, die die Beschlussfassung bei den G 7, G 20, der Welthandelsorganisation (WTO) oder der Europäischen Union (EU) bestimmen. Nationale Parlamente bleiben von diesen Entscheidungsarenen weit entfernt und haben infolgedessen einen schleichenden Machtverlust erlitten.

Verstärkt wird diese Machtverschiebung durch spezifische Politikmuster bei der Bekämpfung einschneidender Krisen wie der Finanzkrise 2008 oder der Covid-19-Pandemie. Im Falle der Corona-Pandemie zog die Exekutive in Deutschland wie in anderen europäischen Demokratien auf dem Verordnungsweg oder über notstandsähnliche Befugnisse weitere Entscheidungsgewalt an sich. Sie begründete dies meist mit einem der Krise geschuldeten Zeitdruck, der keine „zeitraubenden“

<sup>10</sup> Vgl. Michael Zürn, *Regieren jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt/M. 1998.

Parlamentsdebatten zulasse. Die informellen Treffen der Ministerpräsidenten der Länder im Kanzleramt traten in der Entscheidungsproduktion teilweise an die Stelle des Bundestags. Demokratietheoretisch bedeutete dies, dass die Legitimationsquelle des partizipativen In- und Throughputs von Bürgern und Parlamenten zugunsten des Outputs, verstanden als Problemlösung durch die Exekutive, zurückgefahren wurde.

Mit Blick auf demokratische Resilienz muss es also nicht zuletzt darum gehen, die in Zeiten von Transnationalisierung und externen Krisen privilegierte Position der Exekutive durch gut funktionierende Legislativen und Judikativen wieder einzuhegen. Gerade das Parlament als der legitimierende Kern der repräsentativen Demokratie muss wieder gestärkt werden; für die Klimapolitik beispielsweise sollte die teilweise entparlamentarisierte Pandemiepolitik keine Blaupause sein. Die Judikative wiederum erwies sich in der Covid-19-Krise als resilienter als die Parlamente. Gerade die Verwaltungsgerichte verweigerten sich dem exekutiven Handlungs- und Geschwindigkeitsimperativ, indem sie immer wieder Verordnungen der Behörden aufhoben. Seit dem Ende der Pandemie scheinen die drei Verfassungsgewalten ihre Balance wieder gefunden zu haben. Allerdings hat eine rechtsstaatliche und demokratische Aufarbeitung der Corona-Politik bislang nicht stattgefunden. Für eine zukünftige Krisenpolitik muss gelten, dass politische Entscheidungen stärker an Grundrechte und die basalen demokratischen Normen rückgebunden bleiben – eine grundsätzliche Bedingung für die Resilienz der Demokratie.<sup>11</sup>

## Ebene 2:

### Parteien und Parteiensysteme

Die durchschnittliche Beteiligung der wahlberechtigten Bevölkerung an Bundestagswahlen betrug in Deutschland zwischen 2000 und 2023 75,3 Prozent. Damit liegt sie deutlich über dem Durchschnitt der nationalen Parlamentswahlen innerhalb der EU für denselben Zeitraum, der bei 67,3 Prozent lag.<sup>12</sup> Das ist für Deutschland keine herausragende, aber doch eine deutlich überdurchschnittliche demokratische Legitimation

über die Wahlurnen. Gleichzeitig zeigen Umfragen seit Jahren dramatisch niedrige Vertrauenswerte der Bürgerinnen und Bürger für politische Parteien. Viele Mitglieder haben in den vergangenen zwanzig Jahren den Parteien den Rücken gekehrt oder sind ihnen weggestorben. Nicht zuletzt die Wahlerfolge der Rechtspopulisten seit der Bundestagswahl 2017 deuten auf eine zunehmende Repräsentationsschwäche der etablierten demokratischen Parteien hin. Rechtspopulistische Parteien sind, in den Worten des spanischen Politikwissenschaftlers Juan Linz, typischerweise „semi-loyal“ gegenüber der Demokratie, in manchen Ländern haben sie gar antisystemischen Charakter angenommen. Dies trifft auch auf Teile der AfD zu, vor allem in Ostdeutschland. Die demokratischen Parteien sollten daher darauf zielen, die Protestwähler der Rechtspopulisten zurück ins demokratische Lager zu ziehen und gleichzeitig die offen antidemokratischen Funktionäre der AfD zu isolieren.

Die AfD verbieten zu wollen, würde gleichwohl bedeuten, dem Illiberalismus mit illiberalen Methoden zu begegnen.<sup>13</sup> Auch demokratietheoretisch wäre es nicht unproblematisch, etwa 20 Prozent des Elektorats die gewählte Repräsentanz zu nehmen; erhebliche Teile des demokratischen Souveräns würden so in ihren Wahlpräferenzen eingeschränkt. Nicht alles, was verfassungsrechtlich möglich ist, muss auch allen Kriterien demokratischer Legitimität standhalten. Zudem könnten sich die etablierten Parteien auf diese Weise zu schnell ihrer demokratischen Pflicht entledigen, ihre eigene Repräsentationsschwäche zu reflektieren und gegebenenfalls Reformen einzuleiten, die ihre Responsivität gegenüber dem Souverän verbessern.<sup>14</sup> Der Vorteil funktionierender Demokratien, aus Wahlniederlagen lernen zu können, würde fahrlässig aufgegeben. Kein Zweifel: Der autoritäre Angriff auf die liberalen Komponenten der rechtsstaatlichen Demokratie geht in Deutschland gegenwärtig von der AfD aus. Der Ruf nach einem Parteiverbot oder nach der Verwirkung von Grundrechten

<sup>11</sup> Vgl. Gunnar Folke Schuppert, *Wie resilient ist unsere „Politische Kultur“?*, in: *Der Staat* 3/2021, S. 473–493.

<sup>12</sup> Vgl. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), PPEG Database 2024, <https://ppeg.wzb.eu>.

<sup>13</sup> Vgl. Hans Kelsen, *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Tübingen 1929; zur Gegenposition siehe Karl Löwenstein, *Militant Democracy and Fundamental Rights I*, in: *American Political Science Review* 3/1937, S. 417–432.

<sup>14</sup> Vgl. Wolfgang Merkel, *Die Fallstricke der wehrhaften Demokratie*, 29.3.2024, <https://verfassungsblog.de/die-fallstricke-der-wehrhaften-demokratie>.

zeigt gleichwohl ein illiberal verengtes Verständnis der wehrhaften Demokratie. Es stärkt diese nicht, sondern droht ihren liberalen Charakter zu erodieren.

Resiliente Demokratien benötigen starke, demokratieloyale und kooperationsbereite Parteien in Regierung und Opposition. Die demokratischen Parteien des Verfassungsbogens sind auf der Bundesebene eine feste *conventio ad excludendum* eingegangen. Von einer Regierungseteiligung auf Bundesebene ist die AfD auch deswegen meilenweit entfernt. Dies unterscheidet Deutschland von vielen anderen EU-Mitgliedstaaten. Zwischen 2000 und 2024 saßen rechtspopulistische Parteien in 28 Regierungskabinetten von 15 Ländern.<sup>15</sup> Die koalitionäre „Brandmauer“ gegenüber der AfD auch auf Länderebene durchzuhalten, wird schwieriger werden, würde die Demokratie insgesamt aber ebenfalls stärken. Allerdings dient auch die Überdramatisierung der rechtspopulistischen Gefahr nicht der demokratischen Resilienz, sondern erhöht vor allem die Präsenz der AfD in Medien und Öffentlichkeit. Der mit Rekurs auf Weimarer Verhältnisse wohlgemeinte Ruf „Wehret den Anfängen“ ist deplatziert. Anders als in der Weimarer Republik nach 1930 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland von 2024 keine klare zentrifugale Tendenz hin zu den antisystemischen Polen des Parteiensystems. Weder ist die AfD schlicht ein Wiedergänger der NSDAP, noch sind die Linke oder das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) auch nur annähernd mit der stalinistischen KPD gleichzusetzen.

### Ebene 3:

#### Zivilgesellschaft und Diskurse

In den drei zurückliegenden Dekaden konnte die reale Zivilgesellschaft nicht mit der Karriere ihres idealisierten Begriffs Schritt halten. In der Theorie musste sie häufig als Residualheilmittel für alle denkbaren Malaisen der Demokratie herhalten. Die Empirie verzeichnete ihrerseits meist eine Flucht aus kleinen Vereinen und großen Verbänden.<sup>16</sup> Gleichzeitig gewannen politische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und die ex-

plizit politische Zivilgesellschaft an Stärke. Dies gilt auch für Deutschland. NGOs und Zivilgesellschaft haben ihre unbezweifelbare Kraft im Aktivismus sowie der extraparlamentarischen Kontrolle der Mächtigen und Herrschenden. Sie bilden als politische *watchdogs* den Kern der *monitorary democracy*.<sup>17</sup> Die breiten gesellschaftlichen Brückenfunktionen der klassischen Vereine und Verbände können diese politisierten NGOs jedoch kaum übernehmen, zumal sie vor allem von jungen, gebildeten Mittelschichten getragen werden.

Die Zivilgesellschaft besteht aber keineswegs nur aus diesen politisch wie sozial avantgardistischen Organisationen. Sie kann über diese hinaus in besonderen Situationen ein erhebliches Mobilisierungspotenzial aktualisieren. Die großen Demonstrationen gegen die nationalistische und fremdenfeindliche Rechte im Anschluss an ein obskures Treffen von Rechtsradikalen in Potsdam Ende 2023 zeigten, dass die sogenannte schweigende Mehrheit der Gesellschaft ihr Schweigen auch brechen und mit Entschiedenheit für die Demokratie eintreten kann. Man kann darin durchaus einen republikanischen Moment der demokratischen Zivilgesellschaft sehen: Es war die Antwort auf die dunkle Seite der Zivilgesellschaft, die sich längst in Deutschland gesammelt und organisiert hat. Pegida, Reichsbürger, rechtsradikale Vernetzung in der Fläche wie in sozialen Netzwerken brauchen in einer resilienten Demokratie auch jenseits der Vereinsverbote durch die Exekutive eine breite zivilgesellschaftliche Antwort.

Durch kollektives Handeln der Bürgerinnen und Bürger entsteht unter ihnen Vertrauen. Solch horizontales Vertrauen kann man als „soziales Kapital“ betrachten, das als moralische Ressource für demokratische Gesellschaften äußerst wertvoll ist. In der politikwissenschaftlichen Diskussion wird in Anschluss an den Politikwissenschaftler Robert Putnam zwischen „bonding“ und „bridging“ *social capital* unterschieden. Grundet sich *bonding social capital* auf ethnische, religiöse, weltanschauliche, klassenspezifische oder sexuelle Identitäten, kann es zu einer Segmentierung der Gesellschaft führen. Zwar wird die Vertrauensbeziehung in einer identitären Ingroup enger, die Gräben zu anderen Ingroups da-

<sup>15</sup> Eigene Recherche. Da es kein offizielles Siegel rechtspopulistischer Parteien gibt, ist die reale Subsumption von politischen Parteien unter den Begriff „Rechtspopulismus“ immer auch von subjektiven Einschätzungen bestimmt.

<sup>16</sup> Vgl. u.a. Robert Putnam, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000; Michael Edwards (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Civil Society*, Oxford 2011.

<sup>17</sup> Vgl. John Keane, *Power and Humility: The Future of Monitorary Democracy*, Cambridge 2018.

für aber umso tiefer. Dieser Trend lässt sich in den USA beobachten, aber auch in Deutschland. Gefragt sind in pluralen, diversen und multiidentitären Gesellschaften hingegen Brücken zwischen den einzelnen Gruppen. Es ist das soziale Brückenkapital, das das gesamtgesellschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.

#### Ebene 4:

##### Politische Gemeinschaft

*E pluribus unum* oder zeitgemäßer *diversity in community* – das ist die Wunschformel demokratischer Gemeinschaftsbildung gerade im 21. Jahrhundert. Die westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften sind divers und von unterschiedlichen Identitäten geprägt. Dies bietet ein reiches Reservoir an kultureller Kreativität und demokratischem Pluralismus – zumindest dann, wenn es gelingt, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Identitäten in einer toleranten Gesellschaft zu vereinen. Nur dann können sich deren Mitglieder als wechselseitig anerkannt begreifen und einem größeren Ganzen zugehörig fühlen. Wenn aber Identitäten, seien sie nationalistischer, religiöser, sexueller oder weltanschaulicher Provenienz, intolerante Ausprägungen annehmen und keinen Sinn für das notwendig Gemeinschaftliche entwickeln, verliert die politische Demokratie ihre soziale Basis. Sie zerfällt.

Gerade in öffentlichen Diskursen sollten wir die unterschiedliche Relevanz wieder unterscheiden lernen, die zwischen der – durchaus wichtigen – Anerkennung beispielsweise geschlechtlicher Identitäten und dem flächendeckenden, gerechtigkeits-theoretischen Skandal existiert, dass die kapitalistische Demokratie der Oberwie Unterschicht eine nicht legitimierbare „Bestandsgarantie“ gibt: Die oberen 20 Prozent der Gesellschaft bleiben in aller Regel sozioökonomisch „oben“, die unteren 20 Prozent in aller Regel „unten“. Anerkennungs- und Verteilungsfragen schließen sich nicht aus und sollten schon gar nicht gegeneinander ausgespielt werden. Kritisch verweisen darf man jedoch auf die Schwerpunkte einer öffentlichen Debatte, die sich auf avantgardistische Identitätsfragen kapriziert, der Advokatur des unteren Bildungsdrittels und dessen traditionalistischen Wertvorstellungen jedoch nichts abgewinnen kann.

Braucht die politische Gemeinschaft für ihre resiliente Selbstbeschreibung ein Identitätsnarra-

tiv? Ein nationalistisch-chauvinistisches, wie es die Rechtspopulisten aller Länder zu evozieren suchen, bestimmt nicht. Der Versuch, dieses zu schreiben, hat im vergangenen Jahrhundert nichts als eine Blutspur durch Europa gezogen. Dolf Sternberger und später Jürgen Habermas haben nicht zuletzt deshalb dem „dicken“ ethnisch-nationalistischen Narrativ des völkischen Nationalismus das „dünne“ Identitätsangebot des Verfassungspatriotismus entgegengestellt. Doch so demokratieaffin dieses Angebot auch sein mag: Es erscheint zu intellektuell, um den Menschen einer Massengesellschaft ein krisenfestes Zusammengehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Zumindest muss es durch eine soziale Dimension ergänzt werden. Wenn es gelingt, die großen Transformationen der 2020er Jahre so zu organisieren, dass in einer offenen Gesellschaft über faire Institutionen und Verfahren eine gerechte Verteilung der Lasten, Güter und Lebenschancen möglich wird, dann könnte unsere Gesellschaft eine Art demokratische Sattelzeit für das 21. Jahrhundert erleben. Ich gebe zu: eine Utopie – aber immerhin eine schöne.

## RESILIENZFUNKTIONEN

Politische Akteure, insbesondere Regierungen, müssen innerhalb institutioneller Möglichkeitsstrukturen Probleme lösen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger erfüllen: Sie müssen „liefern“. Tun sie das nicht, erodiert nicht nur ihre eigene, sondern auch die Legitimität des gesamten demokratischen Systems.<sup>18</sup> Um dies zu verhindern, sind von den politischen Entscheidungsträgern vor allem drei Resilienzfunktionen zu erfüllen: Sie müssen die Zukunft verstehen, Probleme lösen und fair entscheiden.

Die *Zukunft zu verstehen* und langfristig zu handeln, ist eine der Schwachstellen der Demokratie. Die relativ kurzen Legislaturperioden und zyklischen Wahlen suggerieren eine kurzfristige Wettbewerbslogik unter den Parteien. Politiken, bei denen wie etwa in der Klima- oder Umweltpolitik zunächst die Kosten anfallen und Erfolge sich erst längerfristig einstellen, nützen bei den

<sup>18</sup> Vgl. Sascha Kneip/Wolfgang Merkel, Demokratische Legitimität. Ein theoretisches Konzept in empirisch-analytischer Absicht, in: dies./Bernhard Weßels (Hrsg.), Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2020, S. 25–55.

nächsten Wahlen häufig der Opposition. Diese Konkurrenzlogik zwischen Regierung und Opposition kann in einer Demokratie nicht beliebig an- und ausgeschaltet werden. Regierungen können bei großen Reformprojekten jedoch versuchen, breite Policy-Koalitionen zu bilden. Dies gilt besonders für die Klimapolitik.

Klima- und Corona-Politik machen uns zudem darauf aufmerksam, dass die Wissenschaft in Zukunft eine noch größere Rolle bei der Politikformulierung spielen wird. Das Motto *Follow the Science* ist dennoch zu einfach. Denn in einer Demokratie tragen die gewählten Repräsentanten die Verantwortung für ihr Handeln, nicht „die“ Wissenschaft, die es im Singular und der damit verbundenen Gewissheit auch gar nicht gibt.<sup>19</sup> Stattdessen muss es darum gehen, sich der Wissenschaft zu öffnen und dennoch die politische Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu übernehmen. Um die Zukunft zu verstehen, braucht die resiliente Demokratie eine beständige, aber stets „lose Kopplung“<sup>20</sup> der Teilsysteme Wissenschaft und Politik. Dadurch wird die Gefahr einer wechselseitigen Indienstnahme verringert.

*Probleme lösen:* Aus Umfragen und Survey-Experimenten<sup>21</sup> lässt sich lernen, dass Bürgerinnen und Bürger gerade in Krisenzeiten dem Output gegenüber dem Input eine systemische Präferenz einräumen. Das heißt nicht, dass der partizipatorische Input oder die demokratischen Entscheidungsverfahren nicht mehr zählen. Wenn aber die Wahrnehmung in der Bevölkerung sich verstärkt, dass nachhaltige Problemlösungen verschleppt werden, weil „zu viele“ Kontrollinstanzen, Vetoakteure, rechtsstaatliche Verfahren oder Kompromisse eindeutige Entscheidungen verhindern oder verzögern, sind Teile des Demos bereit, diese demokratischen Verfahren zu verkürzen oder gar auszuschalten, wenn dadurch ihren politischen Ergebniserwartungen entsprochen wird. Dies gilt über die politischen Milieus hinweg: Rechte und Konservative etwa lassen eine solche Haltung für die Migrationspolitik erkennen, Liberale für die Steuerpolitik und Lin-

ke und Grüne für die Klimapolitik oder LGBT-Belange.

Wird die Performanz einer Regierung als unzureichend wahrgenommen, gibt es in der Demokratie eine einfache Lösung: Man wählt bei nächster Gelegenheit die Opposition. Wird auch dieser nicht viel mehr Lösungskompetenz zugesprochen, wie das gegenwärtig in der Bundesrepublik der Fall zu sein scheint,<sup>22</sup> wendet sich ein Teil der Wählerinnen und Wähler der radikaleren, häufig allenfalls semidemokratischen Opposition zu. Dafür schlicht die „Mediokrität“ des politischen Personals verantwortlich zu machen, wäre jedoch zu einfach. Die großen Probleme der Gegenwart (Klima, Kriege, Migration) tragen supranationalen Charakter, ihre Lösung braucht Zeit. Wenn überhaupt, können sie nur über internationale Kooperation gelöst werden.

*Fair entscheiden:* Probleme müssen in einer Demokratie nicht nur effizient, sondern auch fair gelöst werden. In Zeiten großer Transformationen wie jener von der fossilen hin zur post-fossilen Produktions- und Konsumptionsweise fallen in der Regel erhebliche wirtschaftliche und soziale Kosten an. In solchen Krisen findet häufig die alte Faustregel ihre Bestätigung, dass es die untere Einkommenshälfte der Gesellschaft ist, die subjektiv wie objektiv die größten Lasten zu tragen hat. Chancen und Risiken sind während solcher krisenhaften Übergangzeiten typischerweise ungleich verteilt. Wird das den unteren, vulnerablen Schichten bewusst, verweigern sie solcher Politik die Folgebereitschaft. Dass dies auch quer durch die sozialen Schichten geschehen kann, wurde am öffentlichen Widerstand gegen den ersten Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes deutlich. Das überarbeitete Gesetz konnte zwar verabschiedet werden, die sozialen und politischen Kosten sind allerdings noch gar nicht angefallen. Dies wird erst passieren, wenn die alten Öl- und Gasheizungen tatsächlich ausgetauscht werden müssen. Damit die Krisen- und Transformationskosten nicht zu ungleich verteilt sind, werden zukünftige Bundesregierungen mit Ausgleichszahlungen die demo-

<sup>19</sup> Vgl. Merkel (Anm. 2), S. 245ff.

<sup>20</sup> Vgl. Niklas Luhmann, *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?*, Opladen 1984.

<sup>21</sup> Vgl. Milan W. Svobik et al., *In Europe, Democracy Erodes from the Right*, in: *Journal of Democracy* 1/2023, S. 5–20.

<sup>22</sup> Nur 33 Prozent der Befragten waren im Mai 2024 mit der Arbeit der Ampelkoalition zufrieden. Aber ebenfalls nur 34 Prozent glaubten, dass eine Regierung unter Führung der Union es besser machen würde. Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Mai 2024, [www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer\\_2024/Mai\\_2024/](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2024/Mai_2024/).

kratische Geduld der Bürger „subventionieren“ müssen. In Zeiten knapper Kassen wird auch dies zu Konflikten führen.

### SCHLUSS

In Zeiten großer Transformationen, multipler Krisen und prosperierendem Rechtspopulismus wächst dem Staat und den politischen Eliten eine besondere Verpflichtung zu. Die Resilienz der Demokratie stellt sich nicht einfach qua normativer Überlegenheit gegenüber autoritären Regierungsweisen ein, sondern sie wird gerade in nächster Zukunft in erheblichem Ausmaß von der Leistungsbilanz der Regierungen abhängen. Diese muss von möglichst großen Teilen der Bevölkerung als effizient und fair wahrgenommen werden.

23 Vgl. V-Dem (Anm. 3).

Das wird nicht einfach. Die Herausforderungen treffen in Deutschland aber auf eine Demokratie, die seit Langem zu den besten 15 Demokratien der Welt zählt.<sup>23</sup> Nach 75 Jahren Grundgesetz und mit einer vitalen Zivilgesellschaft und einer der stärksten Volkswirtschaften weltweit ausgestattet, sind die normativen und ökonomischen Ressourcen vorhanden, um gut durch die schwierigen Zwanzigerjahre zu kommen. Gefragt sind Fairness und Regierungskunst. Diese zu wagen, wird nicht zur Erosion der Demokratie führen, sondern ihre Resilienz stärken.

### WOLFGANG MERKEL

ist Professor (em.) für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor (em.) der Abteilung Demokratie und Demokratisierung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

## Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



# RECHTSPOPULISMUS UND DEMOKRATIE

*Paula Diehl*

In jüngster Zeit ist viel vom Rechtspopulismus die Rede – und von der Gefahr, die möglicherweise von ihm für die Demokratie ausgeht. Nicht nur Oppositionsparteien dieses politischen Spektrums gewinnen immer mehr Zustimmung inner- und außerhalb Europas, in vielen Ländern bilden rechtspopulistische Parteien auch die Regierung oder sind an ihr beteiligt. Dies gilt etwa seit mehreren Wahlperioden in Ungarn, in Italien, wo zwei rechtspopulistische Parteien (Lega Nord und Forza Italia) mit der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni koalieren, oder für Argentinien, wo jüngst der Rechtspopulist Javier Milei zum Präsidenten gewählt wurde. In den Niederlanden gewann Geert Wilders mit seiner PVV die zurückliegende Parlamentswahl, und noch nicht vergessen sind die nur knapp abgewählten Präsidenten Jair Bolsonaro in Brasilien und Donald Trump in den USA. Nicht ausgeschlossen ist zudem, dass Marine Le Pen (Rassemblement National) und Donald Trump die nächsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich beziehungsweise den USA gewinnen. In Deutschland kann die AfD auf eine stabile Wählerschaft zählen, trotz der neuen Konkurrenz durch das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW).<sup>01</sup> Für die kommenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen prognostizieren die Umfrageinstitute der AfD jedenfalls gute Ergebnisse. Und auch die Europawahlen sind mit einem bedeutsamen Stimmengewinn der rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Parteien zu Ende gegangen. Institutionell und kulturell hat eine „Normalisierung“ des Rechtspopulismus stattgefunden. Wie ist es dazu gekommen? Was genau ist Rechtspopulismus überhaupt, wo verlaufen seine Grenzen zum Rechtsextremismus – und was bedeutet das alles für die Demokratie?

## POPULISMUS ODER RECHTSPOPULISMUS?

Rechtspopulismus ist eine Mischung aus Populismus und rechtsextremen Ideologemen.<sup>02</sup> Es lohnt

sich daher, zunächst das Phänomen des Populismus näher zu betrachten, um dann seine Kombination mit antidemokratischem Gedankengut aus dem rechtsextremen Spektrum zu analysieren. Populismus lässt sich grundsätzlich aus drei Perspektiven betrachten: erstens aus einer ideenorientierten Perspektive, zweitens aus einem diskursanalytischen Verständnis heraus und drittens mithilfe eines „komplexen Konzepts“ von Populismus.<sup>03</sup> Jede dieser Herangehensweisen macht auf bestimmte Aspekte des Populismus aufmerksam, die für das Verständnis des Rechtspopulismus wichtig sind.

Der *ideenorientierte Ansatz* versteht Populismus als eine „dünne Ideologie“ und lässt sich dabei von Michael Freedens Ideologietheorie inspirieren.<sup>04</sup> Freedens betrachtet Ideologien wie Landkarten, die eine Orientierung in der politischen Landschaft bieten. Populismus kann insofern als Ideologie verstanden werden, als er eine minimale Struktur gibt, mit der man Politik verstehen kann. Folgt man der Metapher der Landkarte, kann man sagen, dass Populismus eine unvollständige Karte ist. Dort sind die wichtigsten Orientierungspunkte enthalten, auch wenn sie nicht präzise genug sind, um die genauen Wege zu beschreiben. Die Politikwissenschaftler Mudde und Kaltwasser identifizieren drei Schlüsselemente des Populismus: erstens die Idealisierung des Volkes; zweitens die Trennung der Gesellschaft in zwei in sich homogene Lager: das Volk und die (korrupte) Elite, wobei eine vertikale Feindschaft – „die da unten“ (das Volk) gegen „die da oben“ (die Elite) – aufgebaut wird; und drittens das Aufrechterhalten des Volkssouveränitätsprinzips sowie die Überzeugung, dass Politik den Volkswillen ausdrücken soll. Populismus ist insofern eine „dünne“ Ideologie, als er weder das Volk noch die Elite definiert. Es bedarf einer robusteren Ideologie, die diese Aufgabe übernimmt.

Der *diskursanalytische Ansatz* versteht Populismus als eine besondere Art der Diskursartikulation. Demnach schafft es der Populismus, jene Fragen und Anforderungen des Volkes diskursiv zu

präsentieren, die von den demokratischen Repräsentant\*innen und Institutionen nicht angesprochen werden. Populismus bildet eine Kette von „Äquivalenzen“. Das heißt, er stellt verschiedene Forderungen der Bevölkerung als Ausdrücke eines einzigen Problems dar. Die Verbindung unterschiedlicher Unzufriedenheiten und ihre diskursive Darstellung als Manifestationen der mangelnden Volkssouveränität gibt dem Volk eine Identität. Dieser Ansatz hat den Vorteil, dass er zeigen kann, dass Populismus ein fluides Phänomen ist. Für den Politikwissenschaftler Ernesto Laclau ist Populismus eine bestimmte Logik des Politischen. In der Tat bauen alle Typen des Populismus (Rechtspopulismus, Linkspopulismus, Populismus der Mitte oder neoliberaler Populismus) auf politischen und sozialen Unzufriedenheiten auf.

Das *komplexe Konzept* des Populismus knüpft an die beiden anderen Ansätze an. Es erkennt die Schlüsselkomponenten des Populismus aus dem ideenorientierten Ansatz und seine Abhängigkeit von einer stärkeren Ideologie, um das Volk und seine Feinde zu bestimmen. Mit dem diskurstheoretischen Ansatz teilt das komplexe Konzept die Annahme, dass Populismus nicht adressierte Forderungen des Volkes artikuliert, und benennt seinen fluiden Charakter. Populismus als komplex zu verstehen, heißt aber auch, zu erkennen, dass er schwächer oder stärker auftreten kann. Die Frage ist nicht, ob Parteien oder Politiker\*innen populistisch sind oder nicht, sondern *wie viel* Populismus im Spiel ist. Populismus ist damit ein graduell Phänomen. Akteur\*innen können mehr oder weniger populistisch sein.

**01** Das Bündnis Sahara Wagenknecht kann nicht als rechtspopulistisch bezeichnet werden, die von ihm vorgeschlagene Sozial- und Steuerpolitik etwa ist im linken politischen Spektrum zu verorten. In der Frage der Ausländer- und Migrationspolitik nähert es sich jedoch dem Rechtspopulismus an.

**02** Ideologeme sind Bestandteile, auf denen sich Ideologien aufbauen. Sie beinhalten Vorstellungen sowie Ideen und finden ihren Ausdruck in Worten. So ist etwa die Idee, dass Menschen ungleich sind, weil sie unterschiedlichen „Rassen“ angehören, ein Ideologem der rechtsextremen und nazistischen Ideologien.

**03** Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford 2017. Zum diskursanalytischen Verständnis von Populismus siehe Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, New York 2005. Für das komplexe Konzept des Populismus siehe Paula Diehl, *Rethinking Populism in Complex Terms*, in: dies./Brigitte Bargetz (Hrsg.), *The Complexity of Populism. New Approaches and Methods*, London 2023, S. 19–36.

**04** Vgl. Michael Freeden, *Ideology. A Very Short Introduction*, Oxford 2003.

Das komplexe Konzept ergänzt den ideenorientierten Ansatz insofern, als es der „dünnen“ Ideologie weitere Schlüsselkomponenten hinzufügt: neben der Idealisierung des Volkes, dem Volkssouveränitätsprinzip und der Opposition zwischen Elite und Volk gehören die Schlüsselrolle einer charismatischen Führungsperson und die Ablehnung der Mediation des Volkswillens durch etablierte Parteien und Medien dazu. Mehr noch, diese Schlüsselkomponenten des Populismus sind in ein Narrativ des „betrogenen Volkes“<sup>05</sup> eingebunden, bei dem eine Führungsperson die schlafende Mehrheit politisiert und ihr die Wiederkehr der Volkssouveränität als „Happy End“ verspricht. Donald Trumps Antrittsrede als US-Präsident zeichnete genau dieses Happy End, als er behauptete, am Tag seines Amtsantritts werde die Souveränität dem Volk rückübertragen.<sup>06</sup>

Um das Volk und seine Feinde definieren zu können, ist der Populismus auf eine stärkere Ideologie angewiesen. Im Fall des Rechtspopulismus wird die Bestimmung des Volkes aus dem rechtsextremistischen Reservoir geholt, das seinerseits Anleihen beim italienischen Faschismus und beim Nationalsozialismus macht. Hier erscheint das Volk als ein einheitlicher, homogener Körper, dessen Integrität als bedroht angesehen wird, wenn „Fremde“ in den Volkskörper eindringen.<sup>07</sup>

Rechtsextreme Ideologien gründen auf zentralen, miteinander verbundenen Ideologemen. Dazu gehören etwa ein aggressiver Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, die Vorstellung einer ethnisch homogenen Gesellschaft als Volkskörper, die Überzeugung, dass ihre Mitglieder einen höheren Wert als Nicht-Zugehörige haben, die Negierung der demokratischen Gleichheit, die Ablehnung des Wertepluralismus, Muslimfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus.<sup>08</sup> Ein oft übersehener Aspekt von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ist zudem der Gender-Aspekt, der sich in Sexismus, Homophobie und der Ablehnung von LGBTQ-Personen

**05** Vgl. Pierre-André Taguieff, *L'illusion populiste*, Paris 2007.

**06** Siehe [www.youtube.com/watch?v=sRBsJNdK1t0](https://www.youtube.com/watch?v=sRBsJNdK1t0).

**07** Vgl. Paula Diehl, *Macht – Mythos – Utopie. Die Körperbilder der SS-Männer*, Berlin 2005.

**08** Vgl. Hans-Gerd Jaschke, *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Wiesbaden 2001; Stephan Bundschuh, *Die braune Seite der Zivilgesellschaft*, in: APuZ 18–19/2012, S. 33–39.

äußert.<sup>09</sup> In einem Punkt unterscheidet sich der Rechtsextremismus jedoch vom Populismus: Während der Populismus seine Legitimität mit der Volkssouveränität begründet, legitimieren sich rechtsextreme und faschistische Ideologien durch die Stärke des Staates.

Wenn Populismus mit rechtsextremen Ideologemen kombiniert wird, entsteht ein Diskurs, der die Forderungen und Kritiken der Bevölkerung ansprechen kann, diese aber insofern pervertiert, als der demokratische Inhalt dadurch beschädigt wird. Rechtspopulismus baut zwei Bezugslinien zwischen dem Volk und seinen Feinden auf. Er behält die vertikale Feindschaft des Volkes zur Elite, fügt aber eine horizontale hinzu: diejenige zwischen innen und außen, zwischen „Volkskörper“ und „Eindringlingen“. Die Geschichte des „betrogenen Volkes“ wird um einen Topos erweitert. Die Elite ist korrupt, aber im Rechtspopulismus wird sie zusätzlich beschuldigt, den Fremden von außerhalb des „Volkskörpers“ dazu zu verhelfen, das Volk zu infizieren und letztendlich zu zerstören. Das rechtsextreme Narrativ des „großen Volksaustausches“ wird hier mit dem Bild einer korrupten Elite verknüpft, die aus Profitgier oder Unbekümmertheit nichts gegen den Angriff auf den „Volkskörper“ unternimmt. Der Schutz der „eigenen abendländischen und christlichen Kultur“ wird als Argument mobilisiert. Dieses Narrativ kann explizit rassistisch artikuliert werden („die Muslime und Nicht-Weißen gegen die Europäer“), wie im Fall von extrem rechten Parteien wie La Reconquête von Éric Zemmour in Frankreich. Hier spricht man dann nicht mehr von Rechtspopulismus, sondern von Rechtsextremismus. Der Rechtspopulismus überschreitet die Grenzen des Sagbaren in der Regel nicht.

Allerdings können sowohl der Populismus als auch rechtsextreme Ideologeme in unterschiedlichen Intensitäten auftreten. Das bedeutet, dass man mehr oder weniger populistisch sein kann, genauso, wie man mehr oder weniger Anleihen bei rechtsextremistischen Ideologemen machen kann. Die Intensität von Populismus und rechtsextremen Ideologien hängt immer von der Häufigkeit, Zentralität und Vollständigkeit der populistischen Logik beziehungsweise der rechtsextremistischen Ideologeme ab. Dies er-

klärt die Grauzonen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

## AMBIVALENZEN

Demokratische Gesellschaften stützen sich auf vier Grundprinzipien: Volkssouveränität, das Prinzip der Gleichheit, Menschenrechte und Freiheit.<sup>10</sup> Demokratie braucht zudem einen öffentlichen Raum und kommunikative Umgangsweisen, die die politische Auseinandersetzung garantieren und destruktive Dynamiken verhindern. Populismus verortet sich eindeutig im demokratischen Rahmen, aber sein Verhältnis zur Demokratie ist aufgrund der ihm eigenen Verkürzungen und Übertreibungen ambivalent. *Rechtspopulismus* dagegen wirkt sich eindeutig negativ auf die demokratische politische Kultur und Öffentlichkeit aus, denn die Vorstellung einer Hierarchie zwischen den Menschen und die Idee des homogenen Volkskörpers, der gegen „Fremdlinge“ verteidigt werden muss, stehen in klarer Opposition zur Universalität der Menschenrechte und zum alle Bürger\*innen umfassenden Gleichheitsprinzip.

Eine positive Wirkung des Populismus auf die Demokratie entsteht, wenn die Volkssouveränität im Zentrum steht und die Bürger\*innen zu mehr Partizipation und Kontrolle der politischen Repräsentant\*innen animiert werden. Populismus macht die Schwachstellen der Demokratie sichtbar und zeigt auf die fehlende Umsetzung des Volkssouveränitätsprinzips in der Praxis. Der populistische Verweis auf konkrete Defizite der Demokratie hat das Potenzial, zu deren Korrektur beizutragen. Doch es gibt auch eine negative Seite: Zu dieser gehören die zu starke Vereinfachung von Sachverhalten und ihre Verzerrung durch Emotionalisierung, Dramatisierung und Schwarz-Weiß-Denken. Zusammen mit der Ausblendung des Pluralismus kann dies zur starken Polarisierung der Gesellschaft führen sowie eine differenzierte und lösungsorientierte politische Debatte verhindern. Die Welt tritt dann in manichäischer Gestalt auf, die nur noch Gut und Böse beziehungsweise „entweder – oder“ kennt.

Diese Seite des Populismus erschwert öffentliche deliberative Prozesse und bedroht den ge-

<sup>09</sup> Vgl. Birgit Sauer, Gender as an Analytical Approach to Understanding. Authoritarian Right-Wing Populism and Assessing Populism, in: Diehl/Bargetz (Anm. 3), S. 55–73.

<sup>10</sup> Vgl. z.B. Claude Lefort, Die Frage der Demokratie, in: Ulrich Rödel (Hrsg.), Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt/M. 1990, S. 281–297.

meinsamen demokratischen Boden für politische Auseinandersetzungen. Auch die Skepsis gegenüber den politischen Institutionen und etablierten Medien birgt Risiken, wenn sie zu starke Formen annimmt. Eine solche Skepsis kann zur Demokratie beitragen, wenn sie die Bürger\*innen wachsamer macht und nach Transparenz von politischen Institutionen, Medien und Regierungshandeln verlangt. Nimmt sie aber überhand, wird sie destruktiv. Dann glaubt man keiner Nachricht, keinem Gericht und keinen Politiker\*innen mehr. Letztlich geht es also um die Frage der Intensität: Populismus ist wie Salz in der Suppe der Demokratie. Ist kein Salz dabei, schmeckt sie fade, und keiner will sie essen. Ist aber die Suppe versalzen, ist sie ungenießbar.

Beim Rechtspopulismus sieht es wiederum etwas anders aus. Die negativen Seiten des Populismus sind auch hier vorhanden, aber die möglichen positiven Effekte werden durch die anti-demokratischen rechtsextremen Ideologeme ins Negative verkehrt. Als Mischung aus Populismus und rechtsextremen Ideologien hat der Rechtspopulismus einen doppelten Referenzrahmen und damit eine doppelte Position gegenüber der Demokratie. Während sich der populistische Anteil im Rahmen der Demokratie verortet, stehen die rechtsextremen Ideologeme gegen die demokratischen Prinzipien. Das demokratische Potenzial des Populismus wird im Rechtspopulismus in einen Diskurs kanalisiert, der zwei grundlegende Prinzipien der Demokratie mindestens relativiert: Gleichheit und Menschenrechte.

## DIFFUSE GRENZEN

Anders als der Rechtsextremismus bricht der Rechtspopulismus nicht explizit mit diesen Prinzipien. Sie werden nicht direkt bestritten, sondern relativiert. Gleichheit und Menschenrechte gelten nur unter bestimmten Bedingungen, was im Widerspruch zur gleichen Behandlung aller Bürger\*innen einerseits und zur Universalität der Menschenrechte andererseits steht. Anders als Rechtsextremist\*innen sprechen Rechtspopulist\*innen nicht von „Rassen“ oder „minderwertigen Kulturen“, sondern von Unterschieden in Kultur und Identität. Es gibt keine Hierarchie der Geschlechter, sondern „unterschiedliche Begabungen“ von Mann und Frau. Der sogenannte Ethnopluralismus ist ein gutes Beispiel für solche rhetorischen Anpassungen rechtsextremer Ideolo-

geme an den demokratischen Rahmen. Rhetorisch erkennt der Rechtspopulismus die Berechtigung aller Identitäten an und scheint sich dem Pluralismus zuzuordnen, doch inhaltlich ist diese Pluralität nicht in einem gemeinsamen demokratischen Raum vorgesehen. Im Gegenteil, die unterschiedlichen Identitäten sollen getrennt voneinander leben. Diejenigen, die „anders“ sind, sollen irgendwo anders leben oder vom „eigentlichen Volk“ isoliert werden. Insofern unterscheidet sich der Rechtspopulismus durchaus vom Rechtsextremismus: „Kämpfen die einen [die Rechtsextremen] für das Überleben und die Rechte der weißen ‚Rasse‘, so geht es den anderen [den Rechtspopulisten] in erster Linie um die Bewahrung und den Schutz der eigenen kulturellen und nationalen Identität.“<sup>11</sup>

Rechtspopulismus spricht ein demokratisches und ein antidemokratisches Publikum gleichzeitig an. Dafür benutzt er rhetorische Tricks. Die „kalkulierte Ambivalenz“ ist der wichtigste unter ihnen. Er beruht darauf, „absichtlich zweideutige, einander widersprechende Botschaften auszusenden, die dazu dienen, unterschiedliche Gruppen von Adressatinnen anzusprechen, den weltanschaulichen, politischen oder ethischen Standort des populistischen Politikers oder der populistischen Politikerin in einer bestimmten Angelegenheit nicht eindeutig zu lokalisieren oder ein bestimmtes Tabu zu brechen, ohne zur Verantwortung gezogen werden zu können“.<sup>12</sup> Kalkulierte Ambivalenz produziert eine Verbindung von anti-demokratischen Ideologemen zum demokratischen Rahmen der Öffentlichkeit, indem das Nicht-Sagbare gesagt und ihm zugleich widersprochen wird.

Der ehemalige Berater von Donald Trump, Steve Bannon, ist ein Meister der kalkulierten Ambivalenzen. In seiner Gastrede beim Rassemblement National in Frankreich 2018 erklärte Bannon, dass Donald Trump sich nicht um „Rasse“ oder Religion kümmere, sondern nur darum, ob man ein Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika sei. Das klingt demokratisch. Doch seine Rede endete mit einem performativen Appell, der

<sup>11</sup> Hans-Georg Betz, Rechtspopulismus in Westeuropa. Aktuelle Entwicklungen und politische Bedeutung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 3/2002, S. 251–264, hier S. 252.

<sup>12</sup> Martin Reissigl, „Dem Volk aufs Maul schauen, nach dem Mund reden und Angst und Bange machen.“ Von populistischen Anrufungen, Anbiederungen und Agitationsweisen in der Sprache österreichischer PolitikerInnen, in: Wolfgang Eismann (Hrsg.), Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität?, Wien 2002, S. 149–198, hier S. 168.

mit mehreren Tabus bricht: „Let them call you racist. Let them call you xenophobes. Let them call you nativist. Wear it as a badge of honor.“<sup>13</sup> Wie kann man diese Bezeichnungen in einem demokratischen Kontext als Ehrenabzeichen tragen? Diese Worte widersprechen den fundamentalen demokratischen Prinzipien der Gleichheit und der Menschenrechte. Sollten die Bezeichnungen „rassistisch“, „xenophob“ und „nativistisch“ tatsächlich als „Ehrenzeichen“ gelten, befindet man sich bereits außerhalb des demokratischen Kontexts. Die Kombination dieser beiden Botschaften produziert einen widersprüchlichen Mix, der beide Aussagen instabil macht und ein besonders problematisches Verhältnis zur Demokratie offenbart.

### POPULISMUS ALS BRÜCKE

Rechtsextreme Ideologeme erhalten Akzeptanz, wenn sie mit Populismus kombiniert werden. Rechtspopulismus gibt an, sich innerhalb der Demokratie zu verorten, die Volkssouveränität zu verteidigen, die Anliegen und Forderungen des Volkes zur Sprache zu bringen und die Missstände der Demokratie offenzulegen. Soweit sein populistischer Anteil. Zugleich aber verbreitet er Ideologeme, die grundlegenden demokratischen Prinzipien widersprechen. Der Populismus dient hier als Brücke zwischen rechtsextremen Ideologien, die außerhalb der Demokratie stehen, und der demokratischen Öffentlichkeit.

Diese Brückenfunktion wird durch eine systemische Affinität zwischen der populistischen Kommunikation und der Logik der Massenmedien befördert.<sup>14</sup> Massenmedien (online und offline) folgen einer bestimmten Logik für die Auswahl und Präsentation ihrer Inhalte. Dazu gehören: eine Reduktion von Komplexität, die für allgemeine Verständlichkeit sorgt; die Privilegierung des

**13** Inzwischen wurde das Video aus dem Netz genommen. Ein kurzer Ausschnitt kann aber abgerufen werden unter <https://fr.euronews.com/video/2018/03/10/congres-du-fn-steve-bannon-en-vedette-americaine>.

**14** Vgl. Gianpietro Mazzoleni, *The Media and the Growth of Neo-Populism in Contemporary Democracies*, in: ders./Julianne Stewart/Bruce Horsfield (Hrsg.), *The Media and Neo-Populism. A Contemporary Comparative Analysis*, Westport, CT-London 2003, S. 1–20; Thomas Mayer, *Populismus und Medien*, in: Frank Decker (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 81–96; Paula Diehl, *Populismus, Antipolitik, Politainment. Eine Auseinandersetzung mit neuen Tendenzen der politischen Kommunikation*, in: *Berliner Debatte Initial* 1/2011, S. 27–39.

*Abbildung:* Kommunikative Gemeinsamkeiten von Massenmedien und Populismus

MASSEN MEDIEN	POPULISMUS
Komplexitätsreduktion	Komplexitätsreduktion
Außergewöhnliches zuerst	Tabubruch und Skandal
Unmittelbarkeit des Geschehens	Unmittelbarkeitsgefühl (Volksmeinung)
Personalisierung von Inhalten	Personalisierung durch die Führerfigur
Emotionalisierung	Emotionalisierung
Dramatisierung	Dramatisierung
Konfliktzuspitzung	Manichäische Struktur
Erzählstruktur	Narrativ des betrogenen Volkes

Quelle: Eigene Darstellung

Außergewöhnlichen, wozu Skandale und Tabubrüche zählen; das Gefühl einer Unmittelbarkeit zum Geschehen; Personalisierung und Emotionalisierung; die Dramatisierung der Themen; die Konfliktproduktion in Form von konfrontativer Auseinandersetzung; sowie eine bestimmte Erzählstruktur. Trotz zusätzlicher spezifischer Anforderungen der jeweiligen Medien – und neuer Bedingungen und Dynamiken der sozialen Medien<sup>15</sup> –, gilt diese allgemeine Logik für alle Medien. Je mehr ein Medium vom ökonomischen Erfolg abhängig ist, desto stärker bestimmt diese Logik die Auswahl und die Präsentation seiner Inhalte.<sup>16</sup>

Populismus wirkt sich auf die politische Kommunikation vor allem durch sieben Eigenschaften aus: Er vereinfacht politische Zusammenhänge so, dass es zu rhetorischen Kurzschlüssen und Verzerrungen kommt; er produziert Skandale

**15** Darunter sind vor allem die doppelte Funktion der User als Empfänger und Produzenten von Inhalt, die Dynamik der Likes und die Steuerung durch Algorithmen gefasst. Vgl. Lance W. Bennett/Alexandra Segerberg, *The Logic of Connective Action*, in: *Information, Communication & Society* 5/2012, S. 739–768; Paolo Gerbaudo, *Social Media and Populism: An Elective Affinity?*, in: *Media, Culture & Society* 5/2018, S. 745–753.

**16** Vgl. Gianpietro Mazzoleni, *Media Logic*, in: *The International Encyclopedia of Communication*, New Jersey 2008, S. 2930 ff.

und Tabubrüche; er gibt vor, den Willen und die Meinung des Volkes unmittelbar zum Ausdruck zu bringen; er personalisiert Politik stark durch eine Führungsperson; er emotionalisiert und dramatisiert Probleme und Situationen; er greift auf eine manichäische Struktur zurück, die konfliktgeladen ist und polarisierend wirkt; und er bindet all diese Elemente in das Narrativ des „betrogenen Volkes“ ein.<sup>17</sup>

All dies macht deutlich, dass es eine systemische Affinität zwischen der Logik der Massenmedien und der populistischen Kommunikation gibt (*Abbildung*). Politische Akteur\*innen, die sich des Populismus bedienen, haben unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung höhere Chancen, Medienaufmerksamkeit zu erzeugen. Sie gewinnen damit den Wettbewerb gegen andere Akteur\*innen und setzen ihre Konkurrent\*innen so unter Druck. Für die Demokratie liegt das Risiko des Rechtspopulismus darin, dass bei diesem Wettbewerb nicht nur der Populismus, sondern auch die rechtsextremen Ideologeme von den etablierten Parteien übernommen werden – in der Hoffnung, im politischen Wettbewerb zu bestehen. Dadurch und durch die massenmediale Verbreitung rechtsextremer Ideologeme können sich die politische Normalität und politische Normen verschieben – wodurch auch rechtsextreme Ideologien normalisiert werden.

#### NORMALISIERUNG UND GRENZVERSCHIEBUNG

„Normalität“ ist nichts Fixiertes, sondern wird ständig neu konstruiert, korrigiert, revidiert oder auch bestätigt. Normalisierung ist auch kein Prozess von einzelnen Akteur\*innen, sondern schließt die Medien, die Politik und die Gesellschaft mit ein. Wenn aber die Rechtspopulist\*innen es leichter haben, Medienaufmerksamkeit auf sich zu ziehen, zirkulieren nicht nur populistische Inhalte, sondern auch die damit verknüpften rechtsextremen Ideologeme in der Öffentlichkeit. Für Österreich ist das schon vor einiger Zeit eindrücklich beschrieben worden.<sup>18</sup> Dort zeigte sich früh, wie die politische Normalität eine tiefgehende Transformation durchlief, die nicht nur den Sinn für das Alltägliche, sondern auch die ge-

sellschaftlichen und politischen Normen veränderte. Normalisierung findet, so kann man daraus lernen, dann statt, wenn Diskurse es aus der (hier extrem rechten) Peripherie heraus in die Mitte der Gesellschaft schaffen und von etablierten Parteien aufgegriffen und geteilt werden.

Was als normal gilt, verändert sich und ist das Ergebnis politischer Kämpfe. In Fällen wie Österreich oder Frankreich erreichten solche rechtsextremen Diskurse in manchen Fällen in transformierter Form sogar das Stadium von Gesetzesentwürfen. In Europa ist vor allem das Thema Migration zur Schnittstelle geworden, an der eine solche Normalisierung stattfindet. Doch sollten sich die demokratischen Parteien des damit verbundenen Paradoxes bewusst sein: Je mehr sie dem Normalisierungsdrang nachgeben, desto mehr geraten sie selbst unter Druck.

#### PAULA DIEHL

ist Professorin für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

## Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Folgen Sie uns auf X:  
[@apuz\\_bpb](https://twitter.com/apuz_bpb)

<sup>17</sup> Vgl. Diehl (Anm. 3), S. 28 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Ruth Wodak, *Politik mit der Angst*, Wien 2016, hier S. 29 ff.

# DEMOKRATIEDISTANZ DER MITTE

## Empirische Befunde

*Beate Küpper · Andreas Zick*

Nach der Enthüllung rechtsextremer „Remigrationspläne“ durch das Recherche-Team von *Correctiv* im Januar 2024<sup>01</sup> gingen mehr als drei Millionen Menschen auf die Straße, um für die Demokratie zu demonstrieren und gegen den Rechtsextremismus zu protestieren. Vielen Menschen wurde klar, dass die rechtsextremen Pläne potenziell ihre Nachbarn, Kolleg:innen, Freunde, Verwandten, vielleicht sogar ihre Partner:innen, Kinder und sie selbst betreffen könnten. Irritation lösen auch die Pläne selbsternannter Reichsbürger und Selbstversorger aus – die der Verfassungsschutz keineswegs als harmlose Spinner einstuft – sowie die Umsturzphantasien militärisch geschulter Personen für einen „Tag X“. Und während Teile der alten und neuen Rechtsextremen über nationalistische Neuordnungen sinnieren und etwa den „Dexit“ – den Ausstieg Deutschlands aus der Europäischen Union – fordern, avanciert ein Lied zum Party-Hit, bei dem die in den 1990er Jahren unter Neonazis weitverbreitete Parole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ jubelnd mitgebrüllt wird.

Völkische und rechtsextreme Vorstellungen fallen offenkundig in Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden. Zu den Studien, die dies schon seit etlichen Jahren belegen, gehört auch die „Mitte-Studie“ zur Verbreitung demokratiegefährdender und rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung, die seit 2006 in zweijährigem Rhythmus im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) durchgeführt wird. Die jüngste Studie der Reihe, deren Erhebung schwerpunktmäßig im Januar und Februar 2023 erfolgte, zeigt einen dramatischen Anstieg demokratiedistanter bis demokratiefeindlicher Haltungen,<sup>02</sup> die sich unter anderem in einen wachsenden Zuspruch für die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) übersetzen.

Auch die 2023 gestiegenen Zahlen insbesondere rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten und von Hasskriminalität<sup>03</sup> lassen darauf schließen, dass sich Täter:innen durch die aktuelle Stimmungslage ermuntert fühlen. Wut und Gewalt treffen zu-

nehmend auch jene, die dem verhassten Staat zugeordnet werden – egal, ob sie tatsächlich mit ihm zu tun haben oder nicht. Neben Angehörigen der Polizei trifft es etwa Sanitäter:innen, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen, aber auch diejenigen, die bei demokratischen Wahlen antreten, schon länger politische Ämter auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene übernommen haben oder zivilgesellschaftliche Arbeit für die Demokratie leisten.<sup>04</sup> Zu Täter:innen werden dabei auch Personen, die klassischerweise der „politischen Mitte“ zugeordnet werden. Schon bei den Pegida-Demonstrationen liefen Menschen, die sich dem „bürgerlichen Lager“ zugehörig fühlten, Seite an Seite mit erkennbar rechtsextremen Hooligans.

Für den Rechtsruck verantwortlich gemacht werden regionale, nationale und globale Krisen, soziale Ungleichheit und Abstiegsängste, bisweilen auch eine Überforderung des „kleinen Mannes“ durch Veränderungen, die von linksliberal-progressiver Seite vorangetrieben werden. Auch die Demokratie selbst wird als Ursache genannt, die zu intransparent, verkrustet und abgehoben sei und nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Bürger:innen eingehe. Die gut organisierte und vernetzte äußerste Rechte weiß dies für sich zu nutzen, indem sie das Gefühl der Verunsicherung durch Krisen weiter anheizt und auf die „korrupten Eliten“ oder die „fremden Anderen“ als die wahren Schuldigen zeigt. Der Rechtsruck wiederum verweist auf eine Krise der Mitte selbst: Verliert sie im Krisenmodus die demokratische Orientierung? Dieser Frage gehen wir im Folgenden mit Blick auf demokratiedistante und -gefährdende Einstellungen genauer nach.<sup>05</sup>

### DIE „MITTE“ UND DIE DEMOKRATIE

Die „Mitte“ ist im politischen Diskurs und Wettbewerb ein Ort, der Orientierung zu bieten scheint; sie verspricht einen Modus des Interessenausgleichs zur demokratischen Konfliktregulation. Zugleich

ist sie nur vage bestimmt, also ein „Fuzzy“-Konzept.<sup>06</sup> Mit ihr können sich nicht nur viele Menschen identifizieren, sondern es lässt sich auch vieles in sie hineininterpretieren. Die Mitte verspricht „Normalität“. Entsprechend umworben wird sie von den Volksparteien, die sich selbst in einer Tradition der Orientierung zur Mitte sehen. Nicht zufällig warb auch die AfD bei der zurückliegenden Bundestagswahl 2021 mit dem Slogan „Deutschland. Aber normal“ für sich, um diese Mitte politisch (neu) zu besetzen. Empirisch kann die Mitte schlicht als Mittelwert beziehungsweise mittlerer Wertebereich verstanden werden, in dem sich viele Menschen versammeln, unabhängig von Inhalt und Qualität dieser Werte. So wie ein mittleres Einkommen noch nicht bedeutet, dass es sich gut davon leben lässt, sagt eine „mittlere Einstellung“ noch nichts darüber aus, wie demokratisch diese ist.

Sozialwissenschaftliche Ansätze definieren die Mitte vor allem sozialstrukturell nach ökonomischen Kriterien und orientieren sich dabei zumeist an einem Schichtmodell. Empirisch wird in der Regel das mittlere Einkommen herangezogen, ergänzend in manchen Definitionen auch das (mittlere) Bildungsniveau und/oder der Berufsstatus. Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) etwa fasst unter „Mittelschicht“ Personen mit einem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen, das 70 Prozent über oder unter dem Median-Einkommen liegt. 2023 handelte es sich hierbei um Personen, die über mehr als 1283 Euro, aber weniger als 2750 Euro Haushaltsnettoeinkommen im Monat verfügten. Dies traf auf 48 Prozent der Befragten der Mitte-Studie zu. Auf einer Skala von 1 („ganz unten“) bis 10 („ganz

oben“) stufte sich 2022/23 knapp die Hälfte der Befragten mit den Werten 5 und 6 ein, den erweiterten Bereich um die Mitte herum (Werte von 4 bis 7) wählten drei Viertel der Befragten. 2014 zählten sich noch 62 Prozent zur Mitte, 90 Prozent in der Tendenz. In der Selbsteinschätzung ordneten sich hingegen 80 Prozent der Mittelschicht zu.<sup>07</sup>

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive interessiert die „Mitte“ vor allem hinsichtlich ihrer politischen Orientierung, meist gemessen über die Parteipräferenz auf einer Links-Rechts-Skala. Folgt man der „Hufeisentheorie des Extremismus“, werden extreme beziehungsweise demokratiefeindliche Positionen an den politischen Rändern verortet. Dies suggeriert – neben der Assoziation, „extrem Rechts“ und „extrem Links“ seien gleich demokratiegefährdend –, dass die Mitte per se demokratisch ist.<sup>08</sup> In den vergangenen Jahren verorteten sich jeweils gut 60 Prozent der Bevölkerung politisch „genau in der Mitte“, in der jüngsten Mitte-Studie sank dieser Anteil auf nur noch 55 Prozent; zugleich positionierten sich nunmehr 15 Prozent politisch rechts der Mitte (*Abbildung 1*).

Die Sympathie für die AfD liegt in der Mitte-Studie 2022/23 bei insgesamt 15 Prozent. Zwölf Prozent geben auf die „Sonntagsfrage“ offen an, die AfD wählen zu wollen, weitere drei Prozent sagen auf Rückfrage, sie hätten schon einmal darüber nachgedacht. Fast die Hälfte derjenigen, die mit der AfD sympathisieren, verorten ihre Ansichten politisch „genau in der Mitte“. Offen ist, warum sich diese Personen dort sehen. Möglicherweise kennen sie schlicht viele andere Personen mit ähnlichen Positionen oder sind der Überzeugung, tatsächlich Positionen der „politischen Mitte“ zu vertreten. Vielleicht steckt dahinter aber auch die strategische Überlegung, die eigenen Überzeugungen gezielt als Positionen der Mitte verharmlosen und als „normal“ darstellen zu wollen. Von denjenigen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen, sympathisierten zum Zeitpunkt der Befragung 13 Prozent mit der AfD. 23 Prozent aller Befragten hielten die AfD für „eine Partei wie jede andere auch“.

Zunehmend mehr Personen positionieren ihre politischen Ansichten also offen rechts der

**01** Vgl. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen>.

**02** Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros, *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn 2023.

**03** Vgl. Bundesministerium des Innern und für Heimat, *Verfassungsschutzbericht 2023*, [www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018).

**04** Vgl. Beate Küpper/Tina Leber/Irina Bohn, *Demokratie-relevante Bedrohungen durch Rechtsaußen*, in: *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1/2024*, S. 11–28.

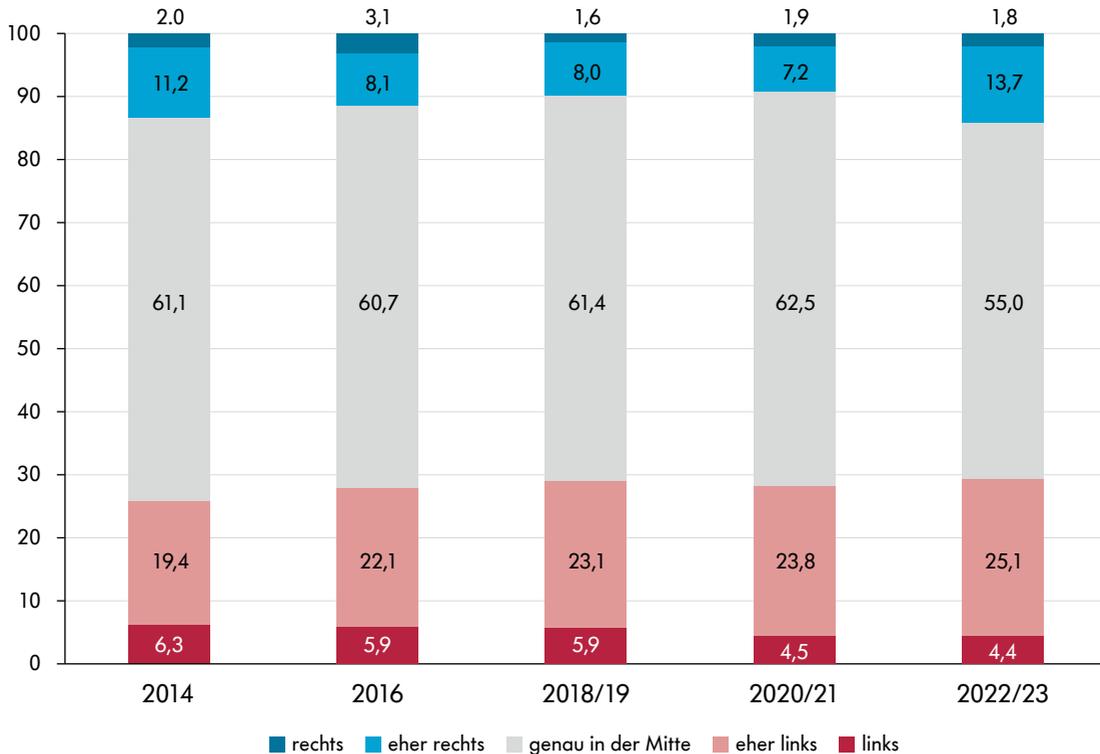
**05** Wir greifen insbesondere auf Daten der jüngsten Mitte-Studie 2022/23 zurück (Anm. 2). Die Erhebung ist repräsentativ für die Wohnbevölkerung in Deutschland und schließt Personen ab einem Alter von 18 Jahren ein. Seit 2014 erfolgt die Befragung telefonisch mithilfe eines standardisierten Fragebogens.

**06** Vgl. Nadine M. Schöneck/Sabine Ritter (Hrsg.), *Die Mitte als Kampfzone. Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten*, Bielefeld 2018.

**07** Vgl. Florian Dorn et al., *Die Mittelschicht in Deutschland. Zugehörigkeit, Entwicklung, Steuerlast, Ifo-Schnelldienst 8/2023*, S. 29–36.

**08** Vgl. Richard Stöss, *Kritische Anmerkungen zur Verwendung des Extremismuskonzepts in den Sozialwissenschaften*, 29. 1. 2015, [www.bpb.de/200099](http://www.bpb.de/200099).

Abbildung 1: Politische Selbstpositionierung auf der Links-Mitte-Rechts-Skala, in Prozent



Quelle: FES Mitte-Studien

Mitte, sei es über die politische Selbstpositionierung und/oder die Sympathie für die Rechtsaußenpartei AfD.

### DISTANZ ZUR DEMOKRATIE

„Demokratiedistanz“ zeigt sich nach unserem Begriffsverständnis in Verunsicherung und mangelnder Zufriedenheit mit der Demokratie, einem Vertrauensverlust in Regierung und Institutionen und einem Abrücken von demokratischen Grundwerten. Diese Demokratiedistanz kann zwar theoretisch zu progressiver Verbesserung von Demokratie motivieren, öffnet aber de facto die Tür vor allem für demokratiegefährdende Positionen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Neigung zu (Rechts-)Populismus und Verschwörungsmethoden und eine völkisch-autoritär-rebellische Haltung – bis hin zu demokratiefeindlichen Ansichten, zu denen wir rechtsextreme Einstellungen und die Billigung politischer Gewalt rechnen. Demokratiedistante und demokratiefeindliche Einstellungen lassen sich in einem „Radikalisierungsmodell“ als aufeinander aufbauend, mit Wirkungen in beide Richtungen, beschreiben. Politi-

sche Akteure von Rechtsaußen nutzen das, indem sie gezielt Misstrauen in die Demokratie säen, populistische Stimmungsmache betreiben und Verschwörungsmethoden streuen, die sie mit ihrer Ideologie verknüpfen. Was zunächst vielleicht unbedarft nachgeplappert wird, verfestigt sich irgendwann zu Meinungen und übersetzt sich am Ende mitunter in Handeln, wenn man den Eindruck gewinnt, andere teilen diese „normalen Meinungen“. Wahrscheinlicher wird dies, wenn sich Gelegenheiten bieten, beispielsweise Wahlkämpfende oder Angehörige sozialer Minderheiten auf der Straße anzugreifen und zu ungeschützten Opfern aufgestauter, sich legitimiert fühlender Wut zu machen. Die jüngste Mitte-Studie zeigt einen deutlichen Anstieg demokratiegefährdender bis demokratiefeindlicher Einstellungen über das gesamte Spektrum hinweg (Abbildung 2, Abbildung 3).

Die abnehmende Zufriedenheit mit der Demokratie ist ein globales Phänomen und zeichnet sich auch in Deutschland im längerfristigen Trend ab, unterliegt aber deutlichen Schwankungen.<sup>09</sup>

<sup>09</sup> Vgl. [www.pewresearch.org/global/2024/02/28/satisfaction-with-democracy-and-ratings-for-political-leaders-parties](https://www.pewresearch.org/global/2024/02/28/satisfaction-with-democracy-and-ratings-for-political-leaders-parties).

Fast in der gesamten westlichen Welt zeigt sich insbesondere die junge Generation von der Demokratie desillusioniert.<sup>10</sup> In Deutschland ist die Zustimmung zur Demokratie unter jungen Leuten zwar noch vergleichsweise hoch,<sup>11</sup> doch auch hier sinkt sie nachweislich.<sup>12</sup> Im Jahr 2022 hielten nur noch 63 Prozent der 16- bis 26-Jährigen die Demokratie für die beste Staatsform.<sup>13</sup>

Heute vertraut nur rund die Hälfte der Bevölkerung auf das Funktionieren der Demokratie, vor allem im Osten Deutschlands ist das Vertrauen deutlich gesunken.<sup>14</sup> Im Winter 2022/23 stimmten nur noch 58 Prozent der Befragten im Westen und 46 Prozent im Osten der Aussage zu, dass „die deutsche Demokratie im Großen und Ganzen ganz gut funktioniert“. <sup>15</sup> Ein genereller Vertrauensverlust in das Funktionieren der Demokratie ließ sich bereits vor der Corona-Pandemie beobachten,<sup>16</sup> wenngleich die Vertrauenszuschreibung seinerzeit noch etwas höher ausfiel und während des zweiten „Lockdowns“ im Winter 2020/21 sogar kurzzeitig deutlich anstieg. Das Land war damals leise und erschöpft, zugleich war die Angst vor Ansteckung weit verbreitet. Viele hielten die einschränkenden Coronamaßnahmen für richtig und warteten auf die Möglichkeit zur Impfung.<sup>17</sup> Seitdem ist das Vertrauen in Wahlen sowie in staatliche Institutionen wie Behörden, Gerichte und Universitäten deutlich gesunken, ebenso wie jenes in die öffentlich-rechtlichen Medien, wenngleich immer noch fast 60 Prozent der Bevölkerung diese als wichtige Säule der Demokratie betrachten.

Dieser Vertrauensverlust scheint in der letzten Phase der Großen Koalition unter Angela Merkel

zunehmend in übergreifendes, destruktives Misstrauen umgeschlagen zu sein, begleitet von einer erhöhten Bereitschaft zu Protest.<sup>18</sup> Misstrauen übersetzt sich zunehmend in Forderungen nach mehr direkter Demokratie, begleitet von regressiven, illiberalen Politikvorstellungen.<sup>19</sup> Die repräsentative Form der Demokratie hat im Vergleich zur Zeit vor der Corona-Pandemie deutlich an Zuspruch verloren. Nur noch ein knappes Drittel spricht sich für sie aus, während zunehmend mehr Bürger:innen sich Elemente direkter Demokratie oder sogar eine Expertokratie wünschen; dies gilt besonders für Wähler:innen der AfD.<sup>20</sup> Ebenso sinkt der Zuspruch zur liberalen Demokratie. Immer noch 87 Prozent meinen, in einer Demokratie solle „die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen“, aber auch diese Haltung verliert an Zuspruch. Nur noch 61 Prozent stehen „voll und ganz“ hinter ihr, vor zwei Jahren waren es noch 73, vor vier Jahren sogar noch 80 Prozent. Mit 45 Prozent meint fast die Hälfte der Befragten, Demokratie meine „vor allem erst einmal Ruhe und Ordnung“. Rückläufig ist auch die Forderung nach mehr Anstrengungen für eine offene Gesellschaft. Dass wir uns „stärker für eine vielfältige und offene Gesellschaft engagieren“ müssten, finden inzwischen nur noch zwei Drittel der Befragten, 2018/19 befürworteten dies noch drei Viertel.

Parallel zu dem deutlichen Verlust des Vertrauens in die Demokratie ist auch das Gefühl politischer Machtlosigkeit gewachsen beziehungsweise der Eindruck politischer Selbstwirksamkeit gesunken. So meinen 43 Prozent der erwachsenen Befragten der jüngsten Mitte-Studie: „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Gut 27 Prozent halten es für „sinnlos, sich politisch zu engagieren“.

Misstrauen öffnet die Tore für eine populistische Weltansicht. Gleichzeitig säen populistische Akteure gezielt das Misstrauen in demokratische Repräsentation, Institutionen und Prozesse, etwa in die Rechtmäßigkeit von Wahlen. Sie verbreiten die populistische Kernerzählung von den „kor-

**10** Vgl. Roberto S. Foa et al., *Youth and Satisfaction with Democracy. Reversing the Democratic Disconnect?*, Cambridge 2020.

**11** Vgl. Regina von Görtz, *Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit*, Gütersloh 2024.

**12** Vgl. TUI-Stiftung, *Junges Europa, Studien 2022 und 2023*, <https://www.tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung>.

**13** Vgl. *Junges Europa 2022* (Anm. 12).

**14** Vgl. Volker Best et al., *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*, Bonn 2023.

**15** Vgl. Beate Küpper/Elif Sandal-Önal/Andreas Zick, *Demokratiegefährdende Radikalisierung in der Mitte*, in: Zick/Küpper/Mokros (Anm. 2), S. 91–136.

**16** Vgl. Rainer Faus et al., *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?*, Gütersloh 2019.

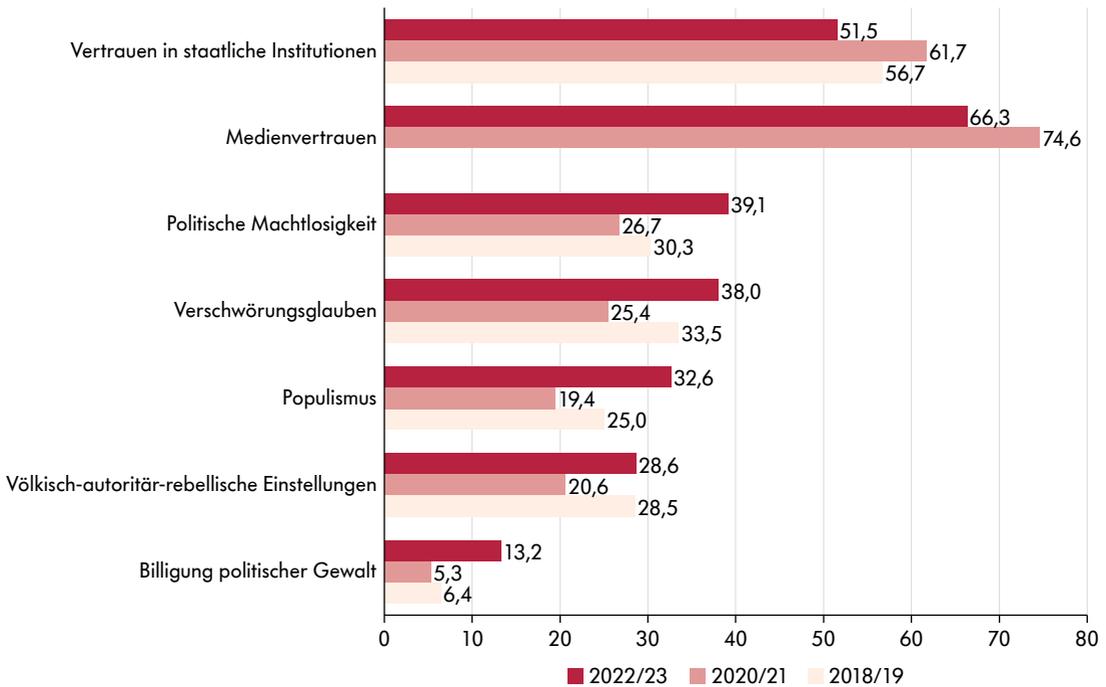
**17** Vgl. *Cosmo Covid-19 Snapshot Monitoring*, <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web>.

**18** Vgl. Edgar Grande/Daniel Saldivia Gonzatti, *Die Vertrauenslücke. Wachsendes Misstrauen als Gefahr für die Demokratie*, in: *WZB-Mitteilungen* 183/2024, S. 10–14.

**19** Vgl. ebd. Wie eigene Auswertungen der Mitte-Studien zeigen, steigt seit 2014 auch die Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, also der Herabwürdigung gesellschaftlicher Minoritäten, die sich in Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus und Klassismus zeigt.

**20** Vgl. Best et al. (Anm. 14).

Abbildung 2: Vertrauen, Politische Machtlosigkeit, Populismus und Gewalt, Zustimmung in Prozent



Quelle: FES Mitte-Studien

rupten Eliten“, die sich gegen das „moralisch reine Volk“ wenden.<sup>21</sup> Der Aussage „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“ folgten 2022/23 30 Prozent der Befragten; weitere 23 Prozent stimmten ihr „teils-teils“ zu. Zwei Jahre zuvor, im Winter 2020/21, taten dies lediglich 15 Prozent der Befragten, knapp 20 Prozent antworteten „teils-teils“. Inzwischen teilt rund ein Drittel der Bevölkerung eine populistische Logik, 38 Prozent stimmen Verschwörungsmythen zu. Mit den völkisch-rebellisch-autoritären Einstellungen erfasst die Mitte-Studie zusätzlich ideologische Facetten, wie sie die Neue Rechte verbreitet.<sup>22</sup> Im vergangenen Jahr teilte jeder zehnte Befragte die identitäre Auffassung, dass sich „unterschiedliche Völker nicht vermischen“ sollten. Weitere 16 Prozent waren teilweise dieser Auffassung.

Demokratie wird besonders instabil, wenn in der Mitte der Gesellschaft Gewalt zur Durchset-

zung politischer Interessen legitimiert und das Gewaltmonopol des Staates ignoriert wird. Die Billigung politischer Gewalt hat sich 2022/23 im Vergleich zu den Vorjahren verdoppelt. Damals stimmten 13 Prozent der Befragten der Aussage zu, „[e]inige Politiker [hätten] es verdient, wenn die Wut gegen sie schon mal in Gewalt umschlägt“. Weitere 15 Prozent stimmten teilweise zu.

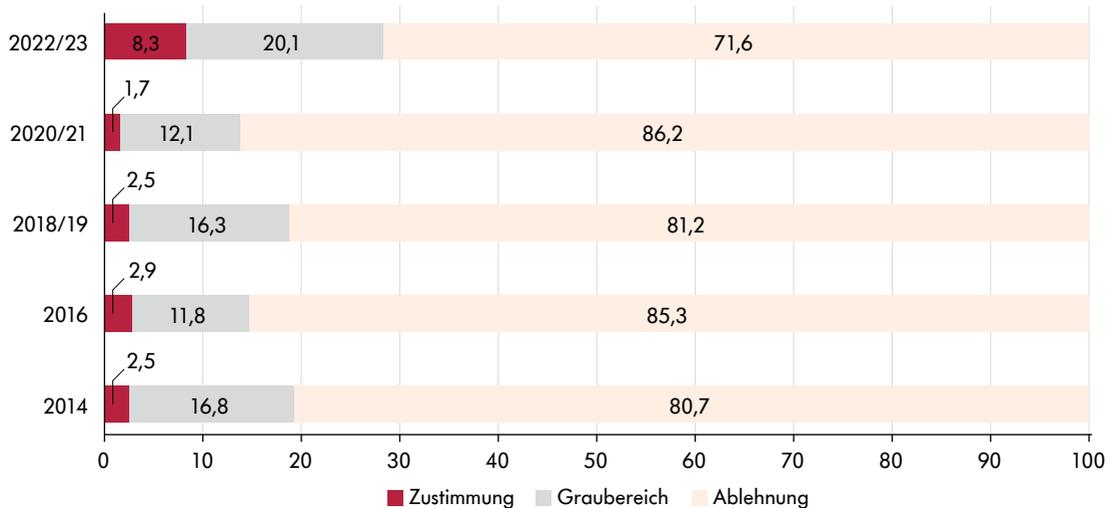
Rechtsextreme Einstellungen werden in der Mitte-Studie über sechs ideologische Subdimensionen mit politisch-historischen und sozial-völkischen Positionen erfasst: Befürwortung einer Diktatur, nationaler Chauvinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Zur Erfassung werden jeweils drei Aussagen verwendet, die so oder ähnlich auch in anderen Befragungsstudien genutzt werden.<sup>23</sup> Die insgesamt 18 Aussagen widersprechen der Idee einer liberalen Demokratie, wie sie im Grundgesetz formuliert ist. Dies gilt beispielweise für die For-

<sup>21</sup> Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populismus. Eine sehr kurze Einführung, Bonn 2019.

<sup>22</sup> Vgl. Alexander Häusler/Beate Küpper, Rechtsextreme Widerstandspostulate und völkisch-autoritäre Rebellion, in: Andreas Zick/Beate Küpper, Die geforderte Mitte, Bonn 2020, S. 225–245.

<sup>23</sup> Vgl. z. B. die Leipziger Autoritarismus Studie, den Thüringen-, Sachsen-Anhalt- und Berlin-Monitor und das Bertelsmann Populismus-Barometer 2020.

Abbildung 3: Entwicklung rechtsextremer Einstellungen, in Prozent



Quelle: FES Mitte-Studien

derung „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, der Anfang vergangenen Jahres 24 Prozent der Befragten ganz und weitere 19 Prozent teilweise zustimmten. Der Forderung „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, schlossen sich 14 Prozent ganz und weitere 12 Prozent teilweise an. 12 Prozent meinten, „der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten“ (12 Prozent antworteten hier „teils-teils“), ebenso viele vertraten die Auffassung, es gebe „wertvolles und unwertes Leben“.

Ein geschlossen rechtsextremes Weltbild wird Befragten erst dann attestiert, wenn sie allen 18 Aussagen „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen. Die Mitte-Studie 2022/23 verzeichnet einen sprunghaften Anstieg rechtsextremer Einstellungen: 8,3 Prozent der Befragten teilen inzwischen ein solch geschlossen rechtsextremes Weltbild, dreimal mehr als in den Jahren zuvor. Weitere 20 Prozent liegen mit ihren Einstellungen in einem Graubereich zwischen demokratischen und rechtsextremen Positionen, auch dieser ist gewachsen (Abbildung 3). Rechtsextreme Einstellungen sind im Osten Deutschlands noch weiter verbreitet als im Westen,<sup>24</sup> allerdings wächst die Zustimmung zu ihnen auch dort.

<sup>24</sup> Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler, *Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Die rechtsextreme Einstellung in den ostdeutschen Bundesländern*,

Lange Zeit waren rechtsextreme, darunter auch antisemitische Einstellungen unter Älteren weiter verbreitet als unter Jüngeren. Nun zeigt sich: Während die Zustimmungsraten unter den Älteren kaum zugenommen hat, zieht die junge Generation der 18- bis 35-Jährigen in den vergangenen Jahren nach und überholt inzwischen die ältere. Verwandte Studien belegen ebenfalls diesen Trend.<sup>25</sup> 12 Prozent der Jüngeren teilten im Winter 2022/23 ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, unter Erwachsenen mittleren Alters waren es 8 Prozent, unter den Älteren ab 65 Jahren lediglich 4 Prozent. Junge Menschen kommen in besonderer Weise über Social Media mit Extremismus in Kontakt – einerseits wegen deren Eigenlogik, andererseits, weil Rechtsaußenakteure sie hier gezielt bespielen,<sup>26</sup> während die Erinnerung an die dunkle Zeit des Nationalsozialismus in immer weitere Ferne rückt.

Über das gesamte Spektrum demokratiefeindlicher Einstellungen hinweg fallen die (potenziellen) Wähler:innen der AfD durch ihre vergleichsweise hohen Zustimmungswerte

EFBI Policy Paper 2/2023; vgl. auch Oliver Decker et al. (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?*, Leipziger Autoritarismus Studie 2022, Gießen 2022.

<sup>25</sup> Vgl. mit ähnlichen Befunden auch Decker et al. 2022 (Anm. 24).

<sup>26</sup> Vgl. Carsten Reinemann et al., *Jugend – Medien – Extremismus. Wo Jugendliche mit Extremismus in Kontakt kommen und wie sie ihn erkennen*, Wiesbaden 2019.

auf. Dies gilt auch für rechtsextreme Einstellungen: 21 Prozent derjenigen, die Anfang 2023 mit der AfD sympathisierten, haben ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, weitere 47 Prozent liegen mit ihren Einstellungen im Graubereich zwischen rechtsextrem und demokratisch. Die Rede von den „Protestwählern“ der AfD verstellt den Blick auf den durchaus politischen Charakter dieses Protests, der sich mit demokratiefeindlichen Positionen vermischt.

Je weiter rechts die Befragten sich von der Mitte verorten, desto häufiger neigen sie zu rechtsextremen Einstellungen. Unter den „eher rechts“ platzierten Personen teilen knapp 20 Prozent ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, unter den wenigen, die sich „ganz rechts“ verorten, fast 40 Prozent. Doch auch unter jenen, die sich selbst „ganz links“ positionieren, sind rechtsextreme Einstellungen mit gut 12 Prozent doppelt so weit verbreitet wie unter jenen Befragten, die sich „genau in der Mitte“ platzieren. Besonders niedrig ist die Zustimmungsrate unter den „eher linken“ Befragten (3,3 Prozent). Unter Anhänger:innen der Linkspartei waren rechtsextreme Einstellungen bislang selten. Es bleibt abzuwarten, inwieweit das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW), das sozialistische Botschaften mit Polemiken gegen das Gendern, der Forderung nach einer Kürzung der Leistungen für Asylbewerber und nationalistischen Untertönen mischt, Personen mit rechtsextremen Einstellungen für sich zu gewinnen vermag.

### EINFLUSS DES KRISENDISKURSES

Globale, längerfristige Trends wie die Globalisierung, der Klimawandel und die Digitalisierung, erst recht aber Ausnahmephasen wie die Coronapandemie, der Krieg Russlands gegen die Ukraine oder der nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel erneut eskalierte Nahostkonflikt bringen Veränderungen mit sich, die auch national und regional spürbar sein können. Dies gilt auch für den zunächst jahrelang positiven, seit einigen Jahren jedoch wieder gebrochenen weltweiten Trend hin zu mehr Demokratie,<sup>27</sup> die damit verbundenen Ansprüche auf Teilhabe und Gleichwertig-

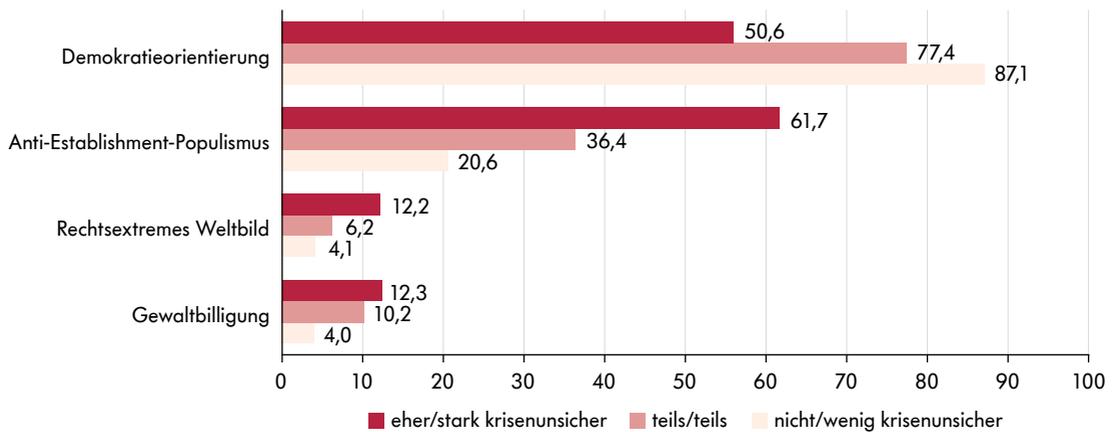
keit unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und den Wunsch nach „Gehörtwerden“ vonseiten der Bürger:innen.

Veränderungen werden zu Krisen, wenn sie sich zuspitzen. Krisen wiederum können Wahrnehmungen des Kontrollverlustes und der Bedrohung hervorrufen – ungeachtet der Tatsache, dass diese Veränderungen überhaupt erst durch unsere Art zu leben geschehen und zu Krisen werden, weil wir so verzögert auf sie reagieren. Faktische Herausforderungen können, müssen aber individuell nicht zwangsläufig als Krise erlebt werden. Betroffenheiten sind unterschiedlich und übersetzen sich keineswegs automatisch in Verunsicherung. In der jüngsten Mitte-Studie gaben lediglich 31 Prozent der Befragten an, sie seien persönlich stark oder sehr stark von den aktuellen Krisen betroffen, 39 Prozent meinten dies mit Blick auf Menschen wie sie selbst und 55 Prozent in Bezug auf Deutschland – je weiter die Krise von der eigenen Person entfernt ist, desto größer ist die wahrgenommene Betroffenheit. Und längst nicht alle Befragten fühlen sich von den Krisen und Herausforderungen verunsichert. Dies war nur bei 42 Prozent der Fall. Fakten, (gefühlte) Betroffenheit und Verunsicherung sind also nicht das Gleiche, bieten aber Raum für Populismus. Befragte, die sich durch die derzeitigen Herausforderungen und Krisen betroffen und verunsichert fühlten, neigten signifikant häufiger zu demokratiedistanteren oder demokratiefeindlichen Einstellungen (*Abbildung 4*).

Hier kommen mehrere Faktoren zusammen, die eine Spirale der Radikalisierung befeuern. Seit jeher schlummern Ressentiments gegen „die Fremden“ und „die Anderen“ in der Bevölkerung, die sich in Zeiten der Krise aufgreifen lassen und durch die Menschen leicht und ohne eigene Kosten zu Sündenböcken gemacht werden können. Der lauter und aggressiver werdende Populismus weiß das Rad zu drehen und nutzt Krisen und Konfliktlagen gezielt für sich aus, indem er das Gefühl der Bedrohung anheizt – online wie offline. Er weist auf vermeintlich Verantwortliche – die „korrupten Eliten“ und die gefährlichen „Fremden und Anderen“ – und nimmt damit, seiner Kernerzählung folgend, das „moralisch reine, betrogene Volk“ aus der Verantwortung. Der Ruf nach individueller, egoistischer Freiheit und der Wunsch, möglichst vom Staat nicht behelligt zu werden und sich an keine sozialen Spielregeln halten zu müssen, verbindet sich mit ho-

<sup>27</sup> Vgl. Bertelsmann Transformationsindex (BTI), <https://bti-project.org>.

Abbildung 4: Demokratiedistante und -feindliche Einstellungen nach Krisenunsicherheit, Zustimmung in Prozent



Quelle: FES Mitte-Studie 2022/23

hen Erwartungshaltungen darüber, was der Staat alles tun müsse und Politik zu verantworten habe – und geht einher mit der Klage, der Staat tue ohnehin nicht das Richtige. Alter und neuer Rechtsextremismus und Populismus vermischen sich, auch auf Einstellungsebene.<sup>28</sup> So teilen von den Befragten, die deutlich zum Populismus neigen, 24 Prozent ein geschlossen rechtsextremes Weltbild, weitere 42 Prozent liegen im Graubereich. Unter jenen, die nicht zum Populismus neigen, sind dies nur 2 respektive 11 Prozent. Umgekehrt sind Befragte mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild auch zu 84 Prozent populistisch eingestellt.

Wähler:innen der AfD fallen einerseits durch ein ausgeprägtes Gefühl der kollektiven relativen Deprivation auf, also der gefühlten Benachteiligung von „uns“ gegenüber „denen“, andererseits durch Orientierungslosigkeit („Anomia“) sowie eine ausgeprägte Anspruchshaltung und neoliberale Orientierung. So beurteilen beispielsweise mit 38 Prozent doppelt so viele der AfD-Sympathisant:innen „die wirtschaftliche Lage der Deutschen im Vergleich zu der der hier lebenden Ausländer“ als schlechter; unter jenen, die nicht mit der Partei sympathisieren, sind dies nur 14 Prozent. 54 Prozent der ersten Gruppe beklagen: „Es ist heute alles so in Unordnung geraten, dass niemand mehr weiß, wo man eigentlich steht.“ Dies

teilen nur 27 Prozent der zweiten Gruppe. Zugleich meinen knapp 44 Prozent der AfD-Sympathisant:innen ganz oder teilweise, dass „Menschen wie mir mehr zusteht als anderen“. Und 50 Prozent sind der Auffassung: „Wer nicht bereit ist, was Neues zu wagen, der ist selber schuld, wenn er scheitert.“ Zugleich fühlt sich diese Gruppe mit 47 Prozent häufiger von den aktuellen Krisen verunsichert als Menschen ohne Sympathie für die AfD (39 Prozent). Auch die Ablehnung von Diversity im Sinne von „Vielfalt in Gleichwertigkeit“ korreliert deutlich mit populistischen und rechtsextremen Einstellungen. Weit verbreitet ist die Meinung, es werde zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen und diese würden es mittlerweile mit ihren Forderungen übertreiben. Dies spricht für die These, dass der Rechtsruck auch eine Folge kultureller, demokratisierender Veränderungen ist.

In der sozialen Ungleichheit einen Grund für die Krise der Demokratie zu erkennen, trifft das Wesen der Demokratiedistanz und -feindlichkeit hingegen nur bedingt. Ärmere Teile der Bevölkerung fühlen sich zwar deutlich häufiger von den Krisen betroffen und verunsichert als wohlhabendere Menschen – und sind es de facto ja auch. Sie neigen auch häufiger zu demokratiedistanten und -feindlichen Einstellungen. Doch scheint dies letztlich mehr mit dem Bildungsgrad als mit dem Einkommen zusammenzuhängen. Zudem wird der Einfluss des Einkommens vom Gefühl der Benachteiligung überlagert, das auch Wohlhabendere teilen können. Den stärksten statisti-

<sup>28</sup> Vgl. Karin Priester, *Fließende Grenzen zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa?*, in: APuZ 44/2010, S. 33–39.

schen Einfluss hat das eigene Anspruchsniveau: Wer meint, ihm oder ihr stehe mehr zu als anderen, neigt deutlich stärker zu rechtsextremen Einstellungen.

Der Populismus hilft bei der Übersetzung individueller Gefühle auf die kollektive Ebene und verweist auf vermeintlich Schuldige, ohne dabei die wirklich Reichen oder die Wirtschaft zu adressieren. Auch die AfD ist keineswegs allein eine Partei der „Abgehängten“, sondern in der großen Mehrzahl ihrer Wähler:innen eher eine Partei jener Teile der Mittelschicht, die sich abgehängt fühlen, zugleich eine hohe Anspruchshaltung haben und die eigenen Ansprüche nicht erfüllt sehen. Versprechungen von Umverteilung und Solidarität schaffen hier keine Abhilfe, denn diese Wähler:innen verlangen schlicht mehr für sich als für andere und wollen das, was ihnen vermeintlich zusteht, auch nicht teilen. Der Blick auf den subjektiven Sozialstatus bestärkt diese Interpretation: Die Neigung zum Populismus schwächt sich zwar entlang der Selbsteinschätzung von unten nach oben ab, doch auch unter jenen, die sich in der sozialen Hierarchie „ganz oben“ verorten, teilt noch ein Viertel populistische Einstellungen. Sowohl unter denen „ganz oben“ als auch unter jenen „ganz unten“ vertritt jeder Zehnte ein rechtsextremes Weltbild.

#### AUSBLICK

Die Demonstrationen für die Demokratie im Frühjahr 2024 haben deutlich gemacht, dass viele Menschen nicht tatenlos zusehen wollen, wie die liberale und offene Demokratie destabilisiert und dekonsolidiert wird. Zugleich schrumpft die demokratische Mitte und ist selbst im Krisenmodus. Die jüngste Europawahl 2024 hat gezeigt, wie sich die im Beitrag genannten Einstellungen im Wahlverhalten manifestieren können. Insbesondere die Jüngeren öffnen sich mehr als bislang für rechtspopulistische und rechtsextreme Angebote, der Generationenvertrag für die Demokratie scheint in Teilen brüchig. Auf die Mitte warten damit weit mehr Herausforderungen als jene, die wir als „Demokratiefeindlichkeit mitten in der Mitte“ nachzeichnen konnten. Zur Normalisierung demokratiegefährdender oder gar rechtsextremer Positionen tragen auch Politik und Medien bei, wenn sie Begriffe und Forderungen der äußersten Rechten mal unbedacht, mal absichtlich übernehmen. Der äußersten Rechten durch

die Übernahme ihrer Positionen Wahlstimmen abjagen zu können, ist eine gefährliche Wette auf die Zukunft. Sich ihr anzudienen, indem man sie verharmlost, auch weil man sie für Mehrheiten zu brauchen und dabei einzuhegen meint, hat sich schon einmal als furchtbarer Irrtum erwiesen. Bildlich gesprochen: Der Igel ist immer schon vor dem Hasen da.

#### BEATE KÜPPER

ist Professorin für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein und seit 2014 Mitautorin der Mitte-Studien im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

#### ANDREAS ZICK

ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) sowie der Konfliktakademie (ConflictA) und Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. Seit 2014 ist er Projektleiter der Mitte-Studien.

## APuZ digital als E-Book oder PDF

[bpb.de/shop/apuz](https://bpb.de/shop/apuz)

Kostenlos heruntergeladen und  
in über 500 Ausgaben lesen,  
suchen, markieren ...

# TYRANNEI DER MINDERHEIT

## Zur Zukunft der amerikanischen Demokratie

*Steven Levitsky · Daniel Ziblatt*

Am 5. Januar 2021 geschah in Georgia Ungewöhnliches. In einem Staat, in dem die Politik lange Zeit von weißer Vorherrschaft geprägt war, gingen so viele Menschen wie noch nie zur Wahl, um den ersten afroamerikanischen und den ersten jüdischen Senator ihres Staats zu wählen. Ersterer, Reverend Raphael Warnock, war erst der zweite Schwarze, der in den Südstaaten seit der *Reconstruction*, der Wiedereingliederung der 1860/61 aus den USA ausgetretenen Staaten, in den US-Senat gewählt wurde, in den er nun dem Republikaner Tim Scott aus South Carolina folgte. Am Wahlabend stellte er Anhängern seine Mutter, eine frühere Kleinpächterin, mit den Worten vor: „Die 82-jährigen Hände, die es gewohnt waren, die Baumwolle von anderen zu pflücken, haben ihren jüngsten Sohn zum Senator der Vereinigten Staaten gemacht.“<sup>01</sup> Viele sahen eine bessere, demokratischere Zukunft heraufdämmern. „Es entsteht ein neuer Süden“, erklärte LaTosha Brown, Mitgründerin von Black Voters Matter. „Er ist jünger, diverser (...) und inklusiver.“<sup>02</sup> Es war die demokratische Zukunft, für die Generationen von Bürgerrechtsaktivisten gekämpft hatten.

Am nächsten Tag, dem 6. Januar, erlebten die Amerikaner etwas scheinbar Unvorstellbares: einen von ihrem Präsidenten angezettelten gewalttätigen Aufstand. Vier Jahre des Niedergangs der Demokratie waren in einen versuchten Staatsstreich gemündet. Die Angst, Verwirrung und Empörung, die viele Amerikaner empfanden, während sie die Ereignisse verfolgten, entsprachen den Gefühlen, die Menschen in anderen Ländern ausgedrückt hatten, als deren Demokratien sich auflösten. Was sie gerade miterlebt hatten – die Zunahme politisch motivierter Gewalt, die Bedrohung von Wahlhelfern, die Anstrengungen, den Menschen das Wählen zu erschweren, der Versuch des Präsidenten, die Wahlergebnisse umzustürzen –, stellte einen demokratischen Rückschritt dar. Die amerikanische Republik war zwischen 2016 und 2021 nicht zusammengebrochen, aber sie war unbestreitbar weniger demokratisch geworden.

Am 5./6. Januar 2021 wurden innerhalb von 24 Stunden erst das Versprechen der amerikanischen Demokratie und dann die Gefahr, in der sie schwebt, allen lebendig vor Augen geführt: Dem Aufscheinen einer multiethnischen demokratischen Zukunft war ein nahezu undenkbarer Angriff auf das Verfassungssystem der Vereinigten Staaten gefolgt.

### FORTSCHRITTE UND RÜCKSCHLÄGE

Eine multiethnische Demokratie ist schwer zu erreichen. Nur wenigen Gesellschaften ist es gelungen. Sie ist ein politisches System mit regulären, freien und fairen Wahlen, in denen erwachsene Staatsbürger aller ethnischen Gruppen sowohl das Wahlrecht als auch grundlegende bürgerliche Freiheiten besitzen, wie die Meinungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Es reicht nicht aus, dass diese Freiheiten auf dem Papier existieren: Die Angehörigen jeder ethnischen Herkunft müssen von Gesetzes wegen in gleicher Weise unter dem Schutz der demokratischen und bürgerlichen Rechte stehen. Das Bürgerrechtsgesetz von 1964 und das Wahlrechtsgesetz von 1965 schufen das rechtliche Fundament einer multiethnischen Demokratie in Amerika. Dennoch haben wir sie bis heute nicht erreicht. So ist beispielsweise der Zugang zur Wahl weiterhin ungleich, und nicht-weiße Staatsbürger werden immer noch nicht in gleicher Weise wie Weiße vom Gesetz geschützt.

Aber auch wenn Amerika noch keine wahre multiethnische Demokratie ist, ist es dabei, eine zu werden. In dem halben Jahrhundert zwischen der Verabschiedung des Wahlrechtsgesetzes und Donald Trumps Wahl zum Präsidenten hat sich die amerikanische Gesellschaft tiefgreifend verändert. Eine massive Einwanderungswelle formte eine zuvor überwiegend weiße, christliche Gesellschaft in eine diverse, multiethnische um.<sup>03</sup>

Gleichzeitig weichte die wachsende politische, wirtschaftliche, rechtliche und kulturelle Macht nicht-weißer Amerikaner seit Langem bestehende Hierarchien in Bezug auf *Race* auf – und begann sie einzuebnen. Umfragen zeigen, dass zum ersten Mal in der US-Geschichte eine Mehrheit der Amerikaner ethnische Diversität und Gleichbehandlung – die beiden Grundpfeiler der multiethnischen Demokratie – gutheißt.<sup>04</sup> 2016 befand sich Amerika an der Schwelle zu einer echten solchen Demokratie, die der Welt als Vorbild einer diversen Gesellschaft hätte dienen können.

Aber gerade als dieses neue demokratische Experiment Fuß zu fassen begann, erlebte Amerika einen autoritären Rückschlag von solchem Ausmaß, dass die Fundamente der Republik erschüttert wurden und die amerikanischen Verbündeten in aller Welt sich besorgt fragten, ob das Land überhaupt noch eine demokratische Zukunft habe. Bedeutende Schritte demokratischer Inklusion rufen häufig heftige – und sogar autoritäre – Reaktionen hervor. Aber der Angriff auf die amerikanische Demokratie übertraf alles, was wir uns 2017, als wir unser Buch „Wie Demokratien sterben“ schrieben, vorstellen konnten.<sup>05</sup> Wir untersuchten gewaltsame Aufstände und Versuche der Wahlanfechtung überall auf der Welt, von Frankreich und Spanien über die Ukraine und Russland bis zu den Philippinen, Peru und Venezuela. Aber wir dachten nicht im Traum daran, dass so etwas bei uns geschehen könnte. Genauso wenig kam es uns in den Sinn, dass eine der beiden großen Parteien der Vereinigten Staaten sich im 21. Jahrhundert von der Demokratie abwenden könnte.

Das Ausmaß des demokratischen Rückschritts war atemberaubend. Organisationen, die den Gesundheitszustand von Demokratien in aller Welt zahlenmäßig erfassen, haben ihn bewertet. So gibt Freedom House in seinem globalen

Freiheitsindex Ländern jedes Jahr Punkte von 0 bis 100, wobei 100 die demokratische Höchstnote darstellt. 2015 erhielten die Vereinigten Staaten 90 Punkte, was etwa der Bewertung von Ländern wie Kanada, Italien, Frankreich, Deutschland, Japan, Spanien und Großbritannien entsprach. Danach sank der Wert stetig bis auf 83 im Jahr 2021. Damit lag Amerika nicht nur hinter sämtlichen etablierten Demokratien Westeuropas, sondern auch hinter neuen oder historisch schwierigen Demokratien wie Argentinien, Tschechien, Litauen und Taiwan.

Dies war eine außerordentliche Wende. Nach so gut wie jeder großen wissenschaftlichen Darstellung dessen, was Demokratien gedeihen lässt, hätten die Vereinigten Staaten gegen Rückschläge immun sein müssen. Wissenschaftler haben in Bezug auf moderne politische Systeme zwei Quasigesetze gefunden: Reiche Demokratien sterben nicht, und alte Demokratien sterben nicht.<sup>06</sup> Geschichte und jahrzehntelange sozialwissenschaftliche Forschung hatten uns also gleichermaßen versichert, dass die amerikanische Demokratie sicher sein sollte. Und doch war sie es nicht.

Man ist versucht, die Trump-Ära abzuhaken. Immerhin ist Präsident Trump nicht wiedergewählt worden, und seine Versuche, das Ergebnis der verlorenen Wahl anzufechten, sind gescheitert. In den Zwischenwahlen zum Kongress von 2022 wurden in wichtigen *Swingstates* zudem die gefährlichsten Wahlleugner besiegt. Es hat den Anschein, als wären wir der Kugel ausgewichen – als hätte das System letzten Endes funktioniert. Und als müssten wir uns, da Trumps Einfluss auf die Republikanische Partei nachlässt, nicht mehr so viele Sorgen über das Schicksal unserer Demokratie machen. Vielleicht war die Krise gar nicht so schlimm, wie wir anfangs fürchteten. Vielleicht war die Demokratie gar nicht dabei, zugrunde zu gehen.

Dieser Gedanke ist verständlich. Für diejenigen, die von den nicht enden wollenden Krisen der Trump-Ära genug hatten, war die Theorie der einzelnen Kugel (der man ausgewichen war) beruhigend. Leider ist sie irreführend. Die Gefahr für die amerikanische Demokratie ging nie nur von einem „starken“ Mann mit sektenartiger Gefolgschaft aus. Die Probleme reichen darüber hinaus. Tatsächlich sind sie tief in unserer Politik

**01** Zit. nach Steve Peoples/Bill Barrow/Russ Bynum, Warnock Makes History With Senate Win as Dems Near Majority, Associated Press, 5. 1. 2021.

**02** Rachel Epstein, LaTosha Brown Says a New South Is Rising, 27. 11. 2021, [www.marieclaire.com/politics/a34621522/latosha-brown-black-voters-matter-interview-2020](http://www.marieclaire.com/politics/a34621522/latosha-brown-black-voters-matter-interview-2020).

**03** Vgl. William H. Frey, Diversity Explosion. How New Racial Demographics Are Remaking America, Washington, D.C. 2018.

**04** Siehe z. B. Mohamed Younis, Americans Want More, Not Less, Immigration for First Time, Gallup, 1. 7. 2020.

**05** Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, How Democracies Die, New York 2018.

**06** Vgl. Adam Przeworski/Fernando Limongi, Modernization. Theories and Facts, in: World Politics 2/1997, S. 155–183.

verwurzelt. Unsere Demokratie bleibt verwundbar, solange wir diese tiefgreifenden Probleme nicht anpacken. Dafür müssen wir erkennen, warum Amerika für einen demokratischen Rückschlag derart anfällig war.

### TYRANNEI DER MINDERHEIT

Diese Frage zwingt uns, die Hauptinstitutionen unserer Demokratie genauer unter die Lupe zu nehmen. Reaktionäre Wähler sind in den Vereinigten Staaten ebenso in der Minderheit wie in Europa. Dies ist ein wichtiger – und häufig übersehener – Punkt. Die Republikanische Partei hat unter Trump, wie rechtsextreme Bewegungen in europäischen Ländern, stets nur eine politische Minderheit repräsentiert. Aber im Gegensatz zu den rechtsextremen Parteien in Europa gelang es ihr, die nationale Regierung zu stellen.

Dies führt uns zu einer beunruhigenden Wahrheit. Das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben, ist zum Teil in etwas begründet, das viele von uns verehren: in unserer Verfassung. Die Vereinigten Staaten besitzen die älteste geschriebene Verfassung der Welt. Als brillantes Werk politischer Handwerkskunst bildet sie das Fundament von Stabilität und Prosperität und hat über mehr als zwei Jahrhunderte hinweg die Macht allzu ehrgeiziger Präsidenten in Schach gehalten. Aber ihre Mängel gefährden heute unsere Demokratie.<sup>07</sup> Als Produkt einer vordemokratischen Zeit erlaubt es die US-Verfassung parteilichen Minderheiten, die Mehrheit zu behindern und manchmal sogar zu regieren. Institutionen, die solche Minderheiten ermächtigen, können zu Instrumenten der Minderheitsherrschaft werden. Und besonders gefährlich sind sie in den Händen von extremistischen oder antidemokratischen Minderheiten.

Bekannte Denker des 18. und 19. Jahrhunderts, von Edmund Burke über John Adams und John Stuart Mill bis zu Alexis de Tocqueville, befürchteten, dass die Demokratie zur „Tyrannei der Mehrheit“ werden könnte – dass sie es der Mehrheit erlauben würde, auf den Rechten der wenigen herumzutrameln. Dies kann ein echtes Problem sein: Im 21. Jahrhundert haben regierende Mehrheiten in Venezuela und Ungarn die De-

mokratie untergraben, und in Israel besteht die Gefahr, dass sie es tun. Aber das politische System der Vereinigten Staaten hat die Macht von Mehrheiten stets in Schranken gehalten. Die amerikanische Demokratie steht eher vor dem entgegengesetzten Problem: Wählermehrheiten können häufig nicht die Macht gewinnen, und wenn sie es tun, können sie häufig nicht regieren. Heute besteht die akute Gefahr in der Herrschaft einer Minderheit. Während die Gründer der Vereinigten Staaten die Republik vor der Scylla der Mehrheitstyannei bewahrten, haben sie die Charybdis der Minderheitsherrschaft außer Acht gelassen.

### DEMOKRATISIERUNG DER DEMOKRATIE

Aber es gibt Wege nach vorn. Wenn wir die amerikanische Demokratie retten wollen, müssen wir tiefgreifende Maßnahmen ins Auge fassen und zu den Grundprinzipien von James Madison und anderen zurückkehren. Extremistische Minderheiten überwindet man am besten im Wettstreit um Wähler. Madison war überzeugt, dass die Notwendigkeit, Wählermehrheiten zu gewinnen, „finstere“ politische Tendenzen im Zaum halten würde. Aber dafür ist es notwendig, dass in Wahlen erzielte Stimmenmehrheiten auch tatsächlich den Sieg davontragen. Damit dies geschieht, müssen die Vereinigten Staaten ihre Institutionen reformieren.

Die übermäßig nichtmajoritären Institutionen der Vereinigten Staaten bevorteilen autoritäre Minderheiten und beschwören die Gefahr der Minderheitsherrschaft herauf. Um sie zu bannen, müssen wir auf die Demokratie setzen, das heißt, Sphären übertriebenen Minderheitsschutzes abschaffen und auf allen Ebenen von Staat und Regierung Mehrheiten stärken; den verfassungsmäßigen Protektionismus beenden und einen wirklichen politischen Wettstreit entfachen; die politische Machtverteilung stärker dem Wählerwillen angleichen und unsere Politiker zwingen, deutlicher auf Mehrheiten der Amerikaner einzugehen und ihnen gegenüber Rechenschaft abzulegen. Kurz, wir müssen unsere Demokratie demokratisieren, indem wir lange überfällige Verfassungs- und Wahlrechtsreformen durchführen, die die Vereinigten Staaten wenigstens auf die Höhe anderer etablierter Demokratien heben.

Drei große Reformbereiche scheinen uns relevant: das Wahlrecht, die Übersetzung des Mehr-

<sup>07</sup> Grundlegend dazu Sanford Levinson, *Our Undemocratic Constitution. Where the Constitution Goes Wrong (and How We the People Can Correct It)*, Oxford 2006.

heitswillens in politische Macht und die institutionelle Stärkung regierender Mehrheiten.<sup>08</sup>

### Garantie des Wahlrechts

Das Wahlrecht ist ein Kernelement jeder modernen Definition der Demokratie. In repräsentativen Demokratien wählen die Bürger ihre politischen Führer. Diese sind nur dann demokratisch gewählt, wenn alle Bürger wählen dürfen. Wenn also wählen zu gehen für manche Bürger kostspielig oder schwierig ist – wenn sie stundenlang anstehen oder über weite Entfernungen anreisen müssen –, kann die Wahl nicht vollkommen demokratisch sein.

In den Vereinigten Staaten gibt es, zur Überraschung vieler, kein verfassungsmäßig oder auch nur gesetzlich garantiertes Wahlrecht.<sup>09</sup> Der zweite Verfassungszusatz bekräftigt das Recht der Amerikaner, Waffen zu tragen, aber ihr Recht zu wählen wird in der Verfassung nirgendwo erwähnt. Spätere Zusatzartikel verboten die Vorenthaltung des Wahlrechts aufgrund von *Race* (fünfte Verfassungszusatz) und des Geschlechts (neunzehnter Verfassungszusatz), aber das Wahlrecht als solches wird in der Verfassung nicht ausdrücklich bestätigt. Im Unterschied zu den meisten anderen etablierten Demokratien blicken die Vereinigten Staaten auf eine lange Geschichte der staatlichen Behinderung und sogar Unterdrückung der Wahlteilnahme zurück. Selbst heute noch gehören sie, neben beispielsweise Belize und Burundi, zu den wenigen Ländern auf der Welt, in denen die Wahlregistrierung allein dem Einzelnen überlassen ist.<sup>10</sup>

Wählen zu gehen sollte in den Vereinigten Staaten ebenso einfach sein wie in den Demokratien in Europa und anderswo. Deshalb sollten wir:

- einen Verfassungszusatz beschließen, der allen Staatsbürgern das Wahlrecht garantiert, wodurch Wahlrestriktionen wirkungsvoll bekämpft werden können;

**08** Die nachfolgenden Reformvorschläge gleichen weithin denen anderer Empfehlungen. Siehe insbesondere Benjamin I. Page/Martin Gilens, *Democracy in America? What Has Gone Wrong and What We Can Do About It*, Chicago 2020; Levinson (Anm. 7), S. 167–180.

**09** Vgl. Guy-Uriel E. Charles/Luis E. Fuentes-Rohwer, *Divided by Race. Voting Rights, Political Power, and Saving American Democracy*, New York (i. E.).

**10** Vgl. Jennifer S. Rosenberg/Margaret Chen, *Expanding Democracy. Voter Registration Around the World*, Brennan Center for Justice, New York 2009.

- eine automatische Wahlregistrierung einführen, die alle Staatsbürger erfasst, sobald sie achtzehn Jahre alt geworden sind;
- die Früh- und Fernwahlmöglichkeit per E-Mail für Bürger aller Bundesstaaten ausweiten;
- Wahlen auf einen Sonntag oder nationalen Feiertag legen, damit niemand durch die Arbeit davon abgehalten wird, wählen zu gehen;
- Straftätern, die ihre Strafe verbüßt haben, das Wahlrecht zurückgeben (ohne zusätzliches Bußgeld oder Gebühren);
- den nationalen Wahlrechtsschutz wiederherstellen; im Geist des Wahlrechtsgesetzes von 1965, das der Oberste Gerichtshof 2013 teilweise kassiert hat, sollten Änderungen der Wahlbestimmungen und Wahldurchführung der Aufsicht des Bundes unterliegen;
- das gegenwärtige System der parteibestimmten Wahlorganisation durch eines ersetzen, das die Wahlorganisation professionellen, unparteiischen Beamten überlässt.

### Mehrheitswille und Wahlausgang

Wer die meisten Stimmen erhalten hat, sollte auch der Wahlsieger sein. Leider ist dies in amerikanischen Präsidentschafts-, Senats- und einigen einzelstaatlichen Wahlen regelmäßig nicht der Fall. Zwischen 1992 und 2020 beispielsweise hat die Republikanische Partei nur ein einziges Mal, 2004, eine Mehrheit der Wählerstimmen bei Präsidentschaftswahlen gewonnen – und doch sind wegen der Verzerrungen des Wahlsystems republikanische Kandidaten drei Mal als Sieger aus der Wahl hervorgegangen, sodass die Partei in zwölf dieser 28 Jahre den Präsidenten stellte. Um zu erreichen, dass der Wahlgewinner auch tatsächlich regiert, sollten wir:

- das Wahlmännerkollegium abschaffen und stattdessen die nationale Direktwahl einführen; keine andere Präsidialdemokratie lässt zu, dass der in der Direktwahl unterlegene Kandidat Präsident wird; ein entsprechender Verfassungszusatz ist 1970 nur knapp gescheitert;
- den Senat reformieren, sodass die Zahl der pro Bundesstaat gewählten Senatoren in etwa dessen Bevölkerungsanteil entspricht (wie in Deutschland); Kalifornien und Texas sollten mehr Senatoren wählen als Vermont und Wyoming;
- das Mehrheitswahlsystem, das heißt die Wahl eines einzelnen Kandidaten für das US-Repräsentantenhaus und die Staatsparlamente pro

- Wahlbezirk, durch eine Form des Verhältniswahlrechts ersetzen, das die Wahl mehrerer Kandidaten in vergrößerten Wahlbezirken vorsieht und die Mandate unter den Parteien nach ihrem Stimmenanteil aufteilt;<sup>11</sup> da die Verhältniswahl dafür sorgen würde, dass die Sitzverteilung im Kongress stärker dem Wählerwillen entspräche, würde es auch das Problem der „fabrizierten Mehrheiten“, die Parteien zu einer Parlamentsmehrheit verhelfen, die sie an der Wahlurne nicht gewonnen haben, aus der Welt schaffen; das System der Verhältniswahl behandelt, mit den Worten des Politologen Lee Drutman, „alle Wähler gleich, unabhängig davon, wo sie leben“, und es behandelt „alle Parteien gleich, unabhängig davon, wo ihre Wähler leben“;<sup>12</sup>
- die parteiliche Wahlbezirksmanipulation beenden, indem man unabhängige Wahlbezirkskommissionen bildet, wie es sie in Kalifornien, Colorado und Michigan bereits gibt;
  - das sogenannte Abgrenzungsgesetz von 1929 aufheben, das die Zahl der Repräsentantensitze auf 425 beschränkt, und zu dessen ursprünglichem Entwurf zurückkehren, der eine dem Bevölkerungswachstum entsprechende Vergrößerung vorsah; gegenwärtig ist das Verhältnis zwischen der Zahl der Wahlberechtigten und der Zahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses fast fünfmal so groß wie in allen europäischen Demokratien;<sup>13</sup> eine Vergrößerung des Kongresses würde die Repräsentanten in größere Nähe zu ihren Wählern bringen und, wenn das Wahlmännerkollegium und die jetzige Senatsstruktur bestehen bleiben, die Schiefelage zugunsten kleiner Bundesstaaten in Ersterem verringern.

#### Stärkung regierender Mehrheiten

Damit Mehrheiten auch wirklich regieren können, müssten wir Maßnahmen ergreifen, die Parlamentsmehrheiten auf Kosten nichtmajoritärer legislativer und juristischer Institutionen mehr Macht verleihen. Wir könnten zum Beispiel:

**11** Vgl. Grant Tudor/Beau Tremiere, *Towards Proportional Representation for the U.S. House. Amending the Uniform Congressional Districts Act*, Protect Democracy, Februar 2023.

**12** Lee Drutman, *Breaking the Two-Party Doom Loop. The Case for Multiparty Democracy in America*, New York 2020, S. 246.

**13** Vgl. ders. et al., *The Case for Enlarging the House of Representatives*, Cambridge, MA 2021, S. 26; siehe auch Danielle Allen, *The House Was Supposed to Grow with Population. It Didn't. Let's Fix That*, in: *The Washington Post*, 28. 2. 2023.

- den Senatsfilibuster<sup>14</sup> abschaffen (wofür weder eine Verfassungs- noch eine Gesetzesänderung nötig wäre) und damit parteilichen Minderheiten die Möglichkeit nehmen, wiederholt und ständig Parlamentsmehrheiten zu behindern; ein solches Minderheitsveto gibt es in keiner anderen etablierten Demokratie;
- Amtszeitbegrenzungen (von vielleicht 12 oder 18 Jahren) für Richter am Obersten Gerichtshof einführen und zugleich das Berufungsverfahren regeln (indem man jedem Präsidenten eine bestimmte Zahl von Berufungen pro Amtszeit gestattet); durch eine solche Reform würden die Vereinigten Staaten zu den anderen großen Demokratien der Welt aufschließen; außerdem würden sie den intergenerationalen Gegenmajoritarismus des Obersten Gerichtshofs abmildern;
- Verfassungsänderungen durch die Abschaffung der Ratifizierungsquote von drei Viertel der Bundesstaaten erleichtern; das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat brächte die Vereinigten Staaten auf eine Höhe nicht nur mit den meisten anderen etablierten Demokratien, einschließlich föderaler Demokratien wie Deutschland und Indien, sondern auch mit einigen US-Bundesstaaten.

Diese Reformen hätten eine simple, aber wirkmächtige Folge: Sie würden Mehrheiten ermöglichen, an die Macht zu gelangen und zu regieren. Sie würden nicht nur eine Minderheits Herrschaft verhindern, sondern auch durch die Entfesselung der Wettbewerbsdynamik der Demokratie verfassungsmäßigen Protektionismus beseitigen. Wichtig ist auch, dass sie die Republikaner nötigen würden, breitere Bündnisse zu schließen, um Wahlen zu gewinnen, und diese Bündnisse wären, dem heutigen Amerika entsprechend, von größerer Diversität geprägt, was wiederum den Einfluss der extremsten Elemente der Republikanischen Partei verringern würde. Eine diversere Republikanische Partei, die in der Lage wäre, mit fairen Mitteln nationale Mehrheiten zu gewinnen, würde zwar die Wahlaussichten der Demokrati-

**14** Filibuster meint eine von parlamentarischen Minderheiten ausgeübte Praktik, durch Endlosreden Parlamentsbeschlüsse zu verzögern oder zu verhindern. Im US-amerikanischen Senat müssen 60 von 100 Senatoren für ein Ende des Filibusters stimmen, um eine Abstimmung durchführen zu können.

schen Partei trüben, aber für die amerikanische Demokratie wäre es eine gute Nachricht.

Auch wenn viele unserer Vorschläge wahrscheinlich in naher Zukunft nicht realisiert werden dürften, ist es überaus wichtig, dass Ideen für eine Verfassungsreform Eingang in die breite politische Debatte finden. Die mächtigste Waffe gegen Veränderungen ist das Schweigen. Wenn eine Idee weithin als unmöglich gilt, Politiker sie nie erwähnen, Zeitungen sie ignorieren, Lehrer sie nicht ansprechen, Wissenschaftler aus Furcht, für naiv oder weltfremd gehalten zu werden, sich nicht mit ihr befassen – kurz, wenn eine ehrgeizige Idee „undenkbar“ wird –, ist die Schlacht verloren. Nichtreform wird zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Dass eine Idee heute nicht ernst genommen wird, heißt nicht, dass sie nicht ernst genommen werden sollte – oder dass man sie auch in Zukunft nicht ernst nehmen wird. Im frühen 19. Jahrhundert war die Idee der Beendigung der Sklaverei für viele Amerikaner undenkbar. Als in den 1840ern die Frauenwahlrechtsbewegung entstand, durften Frauen nirgendwo auf der Welt wählen. Noch bis weit ins 20. Jahrhundert hielt man in Amerika den Gedanken des Frauenwahlrechts weithin für absurd. Und noch Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg galten Gleichbehandlung und Bürgerrechte als unrealisierbar, wenn nicht völlig unmöglich. In jedem dieser Fälle änderte sich diese Haltung radikal. Aber damit dies geschah, musste jemand die öffentliche Debatte eröffnen.

Im Unterschied zu den Bürgern anderer etablierter Demokratien neigen Amerikaner dazu, den Gedanken von sich zu weisen, dass ihre Verfassung Mängel haben könnte, die behoben werden sollten, oder dass sie in Teilen vielleicht unzeitgemäß sein könnte. Wie der Rechtswissenschaftler Aziz Rana bemerkt, stehen viele Amerikaner der Verfassung mit „fast religiöser Verehrung“ gegenüber.<sup>15</sup> Wir heben die Gründerväter in fast göttergleiche Höhen, als hätten sie übernatürliche Kräfte besessen, und behandeln die Verfassung wie ein heiliges Dokument – als „im Grunde vollkommen“. <sup>16</sup> Mit anderen Worten, unsere Gesellschaft geht von der Annahme aus, unsere Gründungsinstitutionen seien in jeder Hinsicht die bestmöglichen – in der gesamten Geschichte und unter

allen Umständen. Der Gedanke, dass die Verfassung nicht verbessert werden könne, beruht nicht auf empirischen Befunden oder ernsthafter Debatte. Er ist ein Glaubensartikel.

## DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT

Institutionen, die sich nicht anpassen, können noch Jahre oder Jahrzehnte weiterhinken. Aber am Ende werden sie altersschwach, und schließlich werden sie die Legitimität des politischen Systems untergraben. Dies ist im 21. Jahrhundert in den Vereinigten Staaten geschehen. 1995 waren weniger als 25 Prozent der Amerikaner mit ihrer Demokratie unzufrieden. Diese Zahl ist in jüngster Zeit steil angestiegen: 2020 lag sie bei 55 Prozent.<sup>17</sup> Obwohl die Unzufriedenheit mit der Demokratie überall auf der Welt zugenommen hat, ist der Anstieg in den Vereinigten Staaten größer als in allen anderen westlichen Demokratien. Laut Umfrage von 2021 waren nur 41 Prozent der Amerikaner mit der Demokratie zufrieden, während es in Australien, Deutschland, Kanada und den Niederlanden über 60 Prozent und in Neuseeland und Schweden über 70 Prozent der Befragten waren.<sup>18</sup> Auch wenn wir uns wünschen mögen, dass unsere Verfassung „im Grunde vollkommen“ ist, neigen starre Institutionen, die sich nicht verändern, in Wirklichkeit dazu, zu verrotten. Und letzten Endes tun sie es.

Demokratische Reformen erfordern ständigen politischen Druck. Bedeutende Veränderungen werden für gewöhnlich von nachhaltigen sozialen Bewegungen vorangetrieben – breiten Bündnissen von Bürgern, deren Tätigkeit den Fokus der öffentlichen Debatte und schließlich das politische Machtgleichgewicht in Bezug auf die jeweilige Frage verschiebt.<sup>19</sup> Kampagnen von sozialen Bewegungen – die vielerlei Mittel einsetzen, wie Petitionen, Tür-zu-Tür-Aktionen, Versammlungen, Demonstrationen, Streiks, Mahnwachen, Sit-ins und Boykotte – können die öffentliche Meinung umstimmen und die Berichterstattung der Medien verändern.

Und soziale Bewegungen können die wahltaktischen Überlegungen von Politikern beeinflus-

<sup>15</sup> Vgl. Aziz Rana, *The Constitutional Bind. How Americans Came to Idolize a Document That Fails Them*, Chicago 2024.

<sup>16</sup> Levinson (Anm. 7), S. 20.

<sup>17</sup> Vgl. Yascha Mounk/Roberto Stefan Foa, *This Is How Democracy Dies*, 29. 1. 2020, [www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/01/confidence-democracy-lowest-point-record/605686](http://www.theatlantic.com/ideas/archive/2020/01/confidence-democracy-lowest-point-record/605686).

<sup>18</sup> Vgl. Katherine Schaeffer, *On July Fourth, How Americans See Their Country and Their Democracy*, Pew Research Center, 30. 6. 2022.

<sup>19</sup> Vgl. Page/Gilens (Anm. 8), S. 239–263.

sen, indem sie reformwillige Wähler mobilisieren und die Verteidiger des Status quo diskreditieren. Im Fall der Bürgerrechtsbewegung stand die National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) an der Spitze des rechtlichen Kampfs, aber die Basiskampagne wurde von Organisationen wie der Southern Christian Leadership Conference mit ihrem riesigen Kirchennetzwerk und dem Student Nonviolent Coordinating Committee getragen.<sup>20</sup>

Politiker wie Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt und Lyndon B. Johnson wurden nicht von sich aus zu Reformern. Vielmehr setzten sie sich erst für inklusive Reformen ein, als große soziale Bewegungen ihr politisches Kalkül beeinflussten. Wilson sah sich dem Druck von Progressiven aus der Mittelschicht der Nordstaaten ausgesetzt, von denen viele seinen Gegner Theodore Roosevelt unterstützten. Zum Frauenwahlrecht „bekehrte“ er sich während seiner Präsidentschaft erst, nachdem Frauenrechtlerinnen in seinem Heimatstaat New Jersey 1915 ein Referendum zu dieser Frage durchgesetzt hatten.<sup>21</sup> Franklin D. Roosevelt setzte sich für Arbeiterrechte ein, als die Weltwirtschaftskrise und Wellen von Arbeitskämpfen, wie der Flint-Sitzstreik, der 1936/37 die Produktion in den General-Motors-Fabriken in Michigan zum Erliegen brachte, das Land erschütterten. Und Johnson wurde zum entschiedenen Verfechter der Bürgerrechte, als eine massive Mobilisierung der Bürgerrechtsbewegung die Schlagzeilen beherrschte.

Jede der genannten Reformepisoden war das Ergebnis eines langen, mühseligen Kampfs. Die Reformbewegungen brauchten Jahrzehnte, um ihr Ziel zu erreichen, und mussten dabei enorme Hürden überwinden. Erfolgreiche Bewegungen müssen lernen, mit Rückschlägen fertigzuwerden, einschließlich Wahlniederlagen, interner Streitigkeiten, unerwarteter Führungswechsel und die Meinungen spaltender ausländischer Kriege.

Was wir heute brauchen, ist also nicht nur eine demokratische Agenda, sondern auch eine demokratische Reformbewegung, die in der Lage ist, in einer unermüdlichen Kampagne landesweit die unterschiedlichsten Schichten und Gruppen

zu mobilisieren und so die Vorstellungskraft zu entzünden und die öffentliche Debatte neu auszurichten.

Das mag viel verlangt sein, aber die Anfänge einer solchen Bewegung sind bereits zu beobachten. Die Black-Lives-Matter-Kampagne, die 2013 nach dem Freispruch für den Mörder des unbewaffneten Schwarzen Teenagers Trayvon Martin entstand, hat Millionen von Amerikanern für ein Kernprinzip der Demokratie mobilisiert: die Gleichbehandlung vor dem Gesetz. Und die Ermordung von George Floyd durch die Polizei im Mai 2020 löste die größte Protestbewegung der amerikanischen Geschichte aus. Zwischen 15 und 26 Millionen Amerikaner – ein Zehntel der Erwachsenen – gingen auf die Straße. Im Frühsommer 2020 fanden mindestens 5000 Demonstrationen statt – rund 140 pro Tag. Die Proteste erfassten sämtliche Bundesstaaten, über 40 Prozent der Countys und sogar Kleinstädte. An ihrer Spitze standen zumeist junge Menschen, und sie waren auffallend multiethnisch: Über die Hälfte der Demonstranten (54 Prozent) waren weiß. Und im Gegensatz zu den 1960er Jahren, als in Umfragen regelmäßig eine Mehrheit die Bürgerrechtsdemonstrationen ablehnte, wurden die Black-Lives-Matter-Proteste von den meisten gutgeheißen. Fast drei Viertel der Amerikaner sympathisierten im Sommer 2020 mit den Demonstranten. Obwohl die Zustimmung anschließend abnahm, standen 2021 immer noch 55 Prozent der Amerikaner hinter der Kampagne.<sup>22</sup>

Aber es war nicht nur Black Lives Matter. Donald Trumps Präsidentschaft rief eine massive Bürgerbewegung zur Verteidigung der Demokratie hervor.<sup>23</sup> Neue Organisationen – viele von ihnen überparteilich – entstanden, um Bürger- und Wahlrechte zu verteidigen, Wahlen zu schützen und die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, und schlossen sich vorhandenen Organisationen an, wie der American Civil Liberties Union (ACLU), der League of Women Voters und der NAACP. Nach der Präsidentschaftswahl

<sup>20</sup> Vgl. Thomas J. Sugrue, *Sweet Land of Liberty. The Forgotten Struggle for Civil Rights in the North*, New York 2008.

<sup>21</sup> Vgl. Christine A. Lunardini/Thomas J. Knock, *Woodrow Wilson and Woman Suffrage. A New Look*, in: *Political Science Quarterly* 4/1980, S. 655–671.

<sup>22</sup> Vgl. Juliana Menasce Horowitz, *Support for Black Lives Matter Declined After George Floyd Protests, but Has Remained Unchanged Since*, Pew Research Center, 27.9.2021.

<sup>23</sup> Vgl. David S. Meyer/Sidney Tarrow (Hrsg.), *The Resistance. The Dawn of the Anti-Trump Opposition Movement*, New York 2018; Theda Skocpol/Caroline Tervo (Hrsg.), *Upending American Politics. Polarizing Parties, Ideological Elites, and Citizen Activists from the Tea Party to the Anti-Trump Resistance*, New York 2020.

von 2016 entstanden Dutzende neuer landesweiter Organisationen zum Schutz der Demokratie.

Auch junge Wähler schlossen sich in den Trump-Jahren dem Kampf für die multiethnische Demokratie an. Die Generation Z ist die diverseste Generation in der amerikanischen Geschichte. Es ist die am meisten vom Zustand der amerikanischen Politik beunruhigte und die bei Weitem am stärksten für die Prinzipien der multiethnischen Demokratie engagierte Generation. Laut einer Umfrage des Harvard Institute of Politics von 2022 waren zwei Drittel der Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren der Ansicht, dass die Demokratie „in Schwierigkeiten“ stecke oder „gescheitert“ sei, und eine weitere Umfrage ergab, dass zwei Drittel der Amerikaner derselben Altersgruppe 2021 die Black-Lives-Matter-Bewegung unterstützten.<sup>24</sup> Junge Amerikaner stehen der Einwanderung positiver gegenüber als ältere Generationen und bevorzugen Wohnviertel mit diverser Einwohnerschaft.<sup>25</sup> Dies ist die Generation, die die multiethnische Demokratie in Amerika festigen wird.

## DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Dass unser Verfassungssystem vier Jahre Trump-Präsidentschaft überlebt hat, könnte als Beweis dafür genommen werden, dass die Gefahr gar nicht so groß und die Warnung vor einem Niedergang der Demokratie übertrieben war – und ist. Doch das wäre ein Missverständnis. Die Demokratie hat überlebt, weil amerikanische Bürger, die sich um das Überleben ihrer Demokratie sorgten, sich zusammaten, um sie zu verteidigen. Die Amerikaner sind verständlicherweise von den letzten sieben Jahren erschöpft. Die Demokratie zu verteidigen, ist anstrengend. Menschen bei einer Wahl nach der anderen, trotz aller um sie herum aufgetürmten Hindernisse, dazu zu bewegen, wählen zu gehen, kann selbst die Kräfte des eifrigsten Aktivisten überfordern.

Da Trump – vorläufig – nicht mehr im Weißen Haus ist, könnte man versucht sein, den Schluss zu ziehen – oder sogar zu hoffen –, dass wir uns

jetzt ausruhen können, dass unsere Demokratie nun wieder im Gleichgewicht ist. Doch wir sollten die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen, indem wir uns erschöpft aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Prodemokratische Kräfte haben 2020 und 2022 bedeutende Siege errungen, aber die für Amerikas jüngsten Rückschritt verantwortlichen Faktoren – eine radikalisierte parteiliche Minderheit und Institutionen, die sie schützen und stärken – sind weiterhin vorhanden.

Um die Demokratie zu verteidigen, braucht es keine Helden. Für die Demokratie einzustehen, bedeutet, für sich selbst einzustehen. In welcher Art von Gesellschaft wollen wir leben? Man denke an die Millionen von Amerikanern – junge und alte, religiöse und säkulare und aller möglichen Hautfarben –, die im Sommer 2020 im Namen der Gerechtigkeit auf die Straße gegangen sind. Die jungen Menschen, die damals demonstrierten, hätten sich vom System abwenden können, aber sie gingen stattdessen zur Wahl. Eine neue Generation von Amerikanern stand auf, um unsere unvollkommene Demokratie zu verteidigen. Aber sie haben uns auch das Bild einer besseren Demokratie vor Augen geführt – einer Demokratie für alle.

Während die Generation des Bürgerrechtskampfs in die Geschichte übergeht, ist es an uns, eine wahrhaft multiethnische Demokratie aufzubauen. Künftige Generationen werden Rechenschaft von uns verlangen.

Aus dem Englischen von Klaus-Dieter Schmidt. Der vorliegende Text ist ein gekürzter und leicht überarbeiteter Auszug aus dem Buch „Die Tyrannei der Minderheit. Warum die amerikanische Demokratie am Abgrund steht und was wir daraus lernen können“.

© 2024 Deutsche Verlags-Anstalt, München, in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH

### STEVEN LEVITSKY

ist Professor für Regierungslehre an der Harvard University in Cambridge, USA.

### DANIEL ZIBLATT

ist Professor für Regierungslehre an der Harvard University in Cambridge, USA, und Direktor der Abteilung „Transformationen der Demokratie“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

<sup>24</sup> Vgl. Harvard Youth Poll, Harvard Kennedy School, Institute of Politics, 27. 10. 2022; Horowitz (Anm. 22).

<sup>25</sup> Vgl. Shifting Public Views on Legal Immigration into the U.S., Pew Research Center, 28. 6. 2018; Juliana Menasce Horowitz, Americans See Advantages and Challenges in Country's Growing Racial and Ethnic Diversity, Pew Research Center, 8. 5. 2019.

## ESSAY

FREIHEIT, KAPITALISMUS  
UND DEMOKRATIE*Lea Ypi*

Es gibt einen Schlüsselbegriff, auf den sich alle Konzepte von Demokratie berufen, so unterschiedlich die Methoden und Ansätze weltweit auch sein mögen: die Freiheit. Allerdings ist die globale Linke bei diesem Thema in letzter Zeit etwas in Verlegenheit geraten. Freiheit ist ein Begriff, bei dem es der politischen Rechten viel leichter fällt, ihn für sich zu beanspruchen, indem sie die Individualrechte den allgemeinen gesellschaftlichen Normen gegenüberstellt.

Im Folgenden möchte ich darüber nachdenken, wie eine solide Idee von Freiheit für die Linke aussehen könnte und warum es notwendig ist, sie auf internationaler Ebene wieder zurückzugewinnen – anstatt zu versuchen, ohne sie auszukommen. Und ich möchte diese Frage in einer Art und Weise stellen, die uns dazu zwingt, sowohl über die Mikro- als auch über die Makroebene von historischen Entwicklungen nachzudenken: Inwiefern beeinflussen und beschneiden weltgeschichtliche Ereignisse das Leben einzelner Menschen, die mit ihnen konfrontiert sind? Inwiefern bemühen sich politische Institutionen um den Aufbau gewisser moralischer Ideale und scheitern dann an der Realisierung?

Wollen wir Fortschritte erzielen, müssen wir uns mit zwei verschiedenen Arten des Scheiterns auseinandersetzen: Die sozialistischen Staaten haben es nicht geschafft, die von ihnen versprochene Freiheit zu verwirklichen, und die liberalen kapitalistischen Institutionen schaffen es nicht, die Freiheit über privilegierte Eliten und eine Handvoll größtenteils westlicher liberaler Gesellschaften hinaus auszuweiten. Entgegen der landläufigen Meinung, dass es dem Sozialismus nur um Gleichheit und Gerechtigkeit gehe und der Liberalismus im Gegensatz dazu auf Freiheit ausgerichtet sei, ist die sozialistische Tradition seit Marx tatsächlich derselben Idee von Freiheit verpflichtet, die philosophisch gesehen den Kern des Liberalismus bildet. Sie versteht die Freiheit bloß

noch radikaler und zeigt in verschiedenen Hinsichten die Grenzen liberaler Theorien auf, die den Freiheitsbegriff auf bestimmte Kategorien von Menschen beschränken: auf die Bürgerinnen und Bürger eines bestimmten Staates oder auf die Vertreter einer bestimmten sozialen Klasse.

## FREIHEIT IN THEORIE UND PRAXIS

Wir sollten Sozialismus und Liberalismus jedoch nicht nur als reine Gedankengebäude betrachten, sondern auch über die Widersprüchlichkeiten in der Erfahrung von Freiheit nachdenken, über das Spannungsverhältnis zwischen den moralischen Idealen, die wir hochhalten, und der Interpretation dieser Ideale durch die bestehenden Institutionen.

Nehmen wir das Beispiel der Personenfreizügigkeit. Ich erinnere mich, wie ich zum ersten Mal mit meiner Großmutter aus Albanien in den Westen gereist bin. Ich war ungefähr elf Jahre alt, und es war etwas ganz Neues, dass Albaner ins Ausland reisen durften. Man hatte uns immer gesagt, dass wir nicht reisen konnten, weil unser Staat uns nicht reisen ließ und wir keinen Pass besaßen. Doch dann fiel die Berliner Mauer, der Kalte Krieg war zu Ende, der Staatssozialismus wurde aufgegeben. Fast über Nacht begann der Staat, jedem, der wollte, einen Reisepass auszustellen. Nur mussten wir feststellen, dass es mit dem Pass nicht getan war: Man brauchte außerdem ein Visum, für das nicht der eigene Staat zuständig war, sondern ein anderer. Plötzlich lag es also nicht mehr an *unserem* Staat, dass wir nicht reisen durften, sondern das Hindernis lag irgendwo außerhalb. Wir realisierten, dass wir auch deshalb nicht reisen konnten, weil ein *anderer* Staat es uns nicht erlaubte. Aber wenn Reisefreiheit ein sinnvoller Begriff sein soll, dann muss er sowohl in Bezug auf die Ausreise als auch in Bezug auf die Einreise gelten: Es muss die Freiheit sein, sowohl das eigene Land verlassen als auch ein anderes Land be-

treten zu dürfen. Wenn man mir sagt, es stehe mir ganz frei, meinen Hörsaal zu verlassen, ich aber auf den Flur gehe und feststelle, dass dort alle anderen Türen verschlossen sind, kann ich mich dann wirklich frei bewegen? In genau dem historischen Augenblick, in dem die sozialistischen Staaten des Ostens aufhörten, ihre Bürgerinnen und Bürger an ihren Grenzen zu erschießen, begannen die kapitalistischen Länder des Westens, mit Booten auf ihren Meeren zu patrouillieren. Die Migranten starben immer noch. Nur die Farbe der Uniformen hatte gewechselt, und die Flaggen, unter denen die Verbrechen verübt wurden.

Ich komme auf Migration zu sprechen, weil sich an diesem Thema in den heutigen liberalen Demokratien viele Debatten entzünden und weil Migration ein gutes Prisma ist, um zu untersuchen, was an den vorherrschenden Auffassungen von Freiheit falsch ist: dass die Freiheit nämlich für die einen gilt, für andere aber nicht. Migration ist aber auch ein Brennglas, mit dem sich ganz allgemein die Beziehung zwischen Freiheit und Fortschritt untersuchen lässt. Wir sind heute so stark miteinander verflochten, dass die Auswirkungen davon, dass Menschen in einem Teil der Welt unter Ungerechtigkeit leiden, auch in anderen Teilen der Welt zu spüren sind. Migrationsbewegungen sind nur eine Folge davon. Die Vorstellung, dass wir einfach die Grenzen dichtmachen oder die Freiheit nur an einem Ort, in einem einzelnen Staat oder einer Gruppe von Staaten, für eine bestimmte Gruppe von Menschen verwirklichen können, kann schon allein deshalb nicht funktionieren. Wir müssen die Freiheit als globale Freiheit und die Demokratie als globale Demokratie begreifen. Aber wie genau?

### FREIHEIT IN DER KRISE

Die Krise der Demokratie, die wir momentan erleben, hat eine merkwürdige Spannung ans Licht gebracht. Zum einen hat sie sämtliche Globalisierungstheorien infrage gestellt, die – oft mit einiger Vorfreude – das Ende des Nationalstaats und den Tod der nationalen Souveränität vorhersagten. Zum anderen zeigt sich nun, wie weit sich die Demokratie von der einzigen Vorstellung von Souveränität entfernt hat, die den Staat moralisch attraktiv macht und demokratisch legitimiert: der Volkssouveränität – der Vorstellung also, dass wir gleichberechtigte Urheber der Gesetze sind, denen wir uns unterwerfen müssen.

Das moderne Ideal der Demokratie beruht auf einem ganz besonderen Legitimationskonzept. Es unterscheidet sich sowohl von dem der Antike, in der die Stadtgemeinde der Ursprung der moralischen Normen war, als auch von dem des Mittelalters und der frühen Neuzeit, als man sich auf das göttliche Recht der Monarchen berief. Der moderne Begriff von Legitimation ist eng mit dem der Freiheit verbunden: Er wird für die Erklärung herangezogen, warum in Freiheit und Gleichheit geborene Individuen bereit sind, ihre gesetzlose Freiheit des Naturzustands aufzugeben und gegen eine Freiheit einzutauschen, die im Zusammenschluss mit anderen Menschen entsteht und durch Gesetze geregelt ist. Diese der Demokratie zugrunde liegende Legitimierung erklärt auch, warum der Staat, und nur der Staat, im Notfall die Befugnis hat, ausgerechnet jene Dinge vorübergehend auszusetzen oder einzuschränken, zu deren Schutz er doch eigentlich existiert: die Freiheit, sich zu bewegen, sich mit anderen zusammenzuschließen oder bei Wahlen seine Stimme abzugeben.

Solche Freiheiten sind in den Gründungsdokumenten der meisten bestehenden liberalen Demokratien rechtlich festgeschrieben. Um die Krisen zu bewältigen, die wir in jüngster Zeit erlebt haben – Finanzkrise, Pandemie, Kriege –, wurden die meisten dieser Freiheiten, wenn nicht sogar alle, im Rahmen von Notmaßnahmen zeitweise ausgesetzt oder eingeschränkt. Ausnahmezustände sind in der Regel Kurzzeitphänomene, aber sie sagen auch etwas Wichtiges über die allgemeine Lage aus. Notstandsregelungen schaffen einen Präzedenzfall für eine neuartige Machtkonzentration in den Händen einiger weniger: der wissenschaftlichen Experten, der Nachrichtendienste sowie der wirtschaftlichen und politischen Eliten, die sich auf die Autorität des Staates stützen, um den Gehorsam aller zu fordern, aber seinen Schutz nur wenigen zukommen lassen.

Die Frage der Freiheit stellt uns daher vor die Herausforderung, im Lichte unserer historischen Erfahrungen neu über die Grundlagen unserer Demokratie nachzudenken. Das Scheitern des Sozialismus in Osteuropa hat uns gelehrt, dass einige Freiheiten nicht verhandelbar sein sollten: Redefreiheit, Gedankenfreiheit, Demonstrationsfreiheit, Vereinigungsfreiheit, Bewegungsfreiheit. Aber wir müssen den Schutz dieser grundlegenden Freiheiten an solide Garantien für gesellschaftliche Freiheiten koppeln, wie zum

Beispiel die Entfaltungsfreiheit und die Freiheit, das eigene moralische Potenzial auszuschöpfen. Mit anderen Worten: Die erstgenannten Freiheiten dürfen nicht bedeutungsleer sein. Die Gedankenfreiheit ist wichtig, aber was ist sie wert, wenn die Menschen gar keinen Zugang zur Kultur haben? Was ist das für eine Gedankenfreiheit, wenn alles, worüber wir uns Gedanken machen, durch den Datenfluss von Algorithmen reguliert wird, die nur darauf ausgerichtet sind, dass private Unternehmen damit Gewinne erzielen?

Will man sich ernsthaft mit Freiheit auseinandersetzen, muss man also auch die Grundlagen der Demokratie neu denken. Zu diesem Zweck sollten wir uns die Beziehung zwischen Liberalismus und Kapitalismus ansehen und ihre Verbindung als ein geschichtliches Phänomen betrachten, samt der Versprechungen und Enttäuschungen, die sie mit sich gebracht hat.

## GRENZEN DES LIBERALISMUS

Unter Liberalismus kann man alles Mögliche verstehen, er darf nicht mit Kapitalismus in einen Topf geworfen werden. Der Kapitalismus ist ein Geflecht aus politischen und wirtschaftlichen Beziehungen; der Liberalismus hingegen ein Gerüst aus Ideen. Zwar wäre der Kapitalismus nicht der Kapitalismus, wenn er sich nicht auf liberale Theorien stützen könnte, aber nicht alle liberalen Theorien unterstützen den Kapitalismus. Es gab immer auch progressive Liberale, von John Stuart Mill bis John Rawls, die dem Kapitalismus kritisch gegenüberstanden und sich für alternative Formen der Gesellschaftsordnung wie die Eigentumsdemokratie oder den Sozialliberalismus aussprachen.

Dies bringt den Liberalismus in eine merkwürdige Position: Insofern er mit dem Kapitalismus Hand in Hand geht, ist er ein real existierendes historisches Phänomen. In dem Maße, in dem er von ihm abweicht oder ihm einen ideellen Überbau gibt, ist er hingegen ein gesellschaftliches Ideal. Mit der Politikwissenschaftlerin Judith N. Shklar gesprochen: Der Liberalismus hat eine Kernidee, nämlich die Freiheit, und er hat ein Kernversprechen: die Freiheit von Angst.

So wie ich es sehe, ist der Liberalismus nicht imstande, Angstfreiheit herzustellen, weil liberale Gesellschaften in ihrer Allianz mit kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen ihre ganz eigenen Pathologien hervorbringen. Zwar unterscheiden

sich diese Pathologien von den Ängsten vor Despotismus oder Intoleranz, denen sich der Liberalismus entgegenstellt, sie sind aber auf eigene Weise destruktiv.

Sozialisten erklären die Pathologien des Liberalismus gerne mit den materiellen Umständen, in denen die Idee des Liberalismus entstand. Aber schon lange bevor die Sozialisten ihre Kritik formulierten, standen die Spannungen des Liberalismus, selbst in seiner idealen Form, seinen scharfsinnigsten Beobachtern deutlich vor Augen. Die intellektuellen Ursprünge des Liberalismus liegen in den Religionskriegen des 16. und 17. Jahrhunderts und in der Kombination dreier Elemente: einer eigenen moralischen Anthropologie, einer Wirtschaftstheorie und einer politischen Theorie. Alle drei brachten die liberalen Visionäre dazu, eine klare Vorstellung davon zu entwickeln, was Macht ist und wie sie ausgeübt werden sollte; sie ließen eine liberale Utopie entstehen, auf deren Verwirklichung wir noch immer warten. Doch in allen drei Bereichen zeigten schon frühe Kritiker die Probleme auf, die liberale Versprechungen zu dem machten, was sie bis heute sind: nichts als Versprechungen.

Betrachten wir zunächst die Anthropologie des Liberalismus. Die Befreiung des einzelnen Individuums vom Joch der Obrigkeit fand viel Beifall, und es entstand ein gefeiertes neues Ideal: die Zivilgesellschaft. Ihre Grundlage war der „doux commerce“, wie Montesquieu es nannte, der allgemeine Beitrag des Handels zu materiellem Wohlstand und friedvollen Beziehungen zwischen den Menschen. Doch so sehr man auch begrüßte, dass nun das Individuum im Mittelpunkt stand (der Egoismus des Einzelnen sei sogar Quelle des Gemeinwohls, hieß es), gab es bereits im 18. Jahrhundert bedeutende Kritik an der Handelsgesellschaft und den von ihr hervorgebrachten zerstörerischen psychologischen Neigungen, die da wären: Selbstbezogenheit, Gier, Neid, Misstrauen, Gerangel um eigentlich überflüssige und luxuriöse Güter, Überbewertung des bloßen Scheins, Geltungsdrang, Bedürfnis nach äußerer Anerkennung, Rivalität, Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Schwächsten, ausbeuterisches Verhalten.

Schauen wir uns zweitens die Beziehung zwischen Wirtschaftstheorie und Staatstheorie an. Wie viele der frühen Kritiker feststellten, sangen die Liberalen zwar Hochgesänge auf die Handelsgesellschaft, brauchten aber den Staat, um ihr Fortbestehen zu gewährleisten. Die Liberalen

schrrieben sich die Erfindung der Menschenrechte und das universelle Ideal der Staatsbürgerschaft auf die Fahnen, die in der französischen und amerikanischen Revolution bejubelt wurden. Auch das Ende der an Grundbesitz gekoppelten Repräsentation und die Zerstörung der Autoritätsstrukturen des Adels und der Kirche verbuchten die Liberalen für sich. Doch dieses universelle Ideal war ständig durch den Konflikt zwischen den Anforderungen der Handelsgesellschaft und denen des Staates bedroht. Einerseits ist der Staat notwendig, um das Privateigentum und die Rechte und Pflichten sicherzustellen, die das Funktionieren der Handelsgesellschaft erst ermöglichen. Andererseits ist der Staat auf die Besteuerung und den Beitrag der Wohlhabenden zu seiner Finanzierung angewiesen, um Ordnung und Stabilität wahren zu können. Aber die Höhe der Besteuerung und der öffentlichen Ausgaben, die notwendig sind, damit die Ungleichheit nicht die Stabilität ins Wanken bringt, kann politisch eine derart spaltende Wirkung entfalten, dass das universelle Ideal bürgerlicher Solidarität Risse bekommt. Die alten Klassen- und Statusunterschiede treten wieder auf, nur in moderner Form. Um dieser Gefahr zu begegnen, lagert der Staat einen Teil seiner Probleme an das internationale Kredit- und Debitorenwesen aus, wodurch die Ungleichheit im eigenen Land notdürftig ausgeglichen werden kann, wenn auch um den Preis anarchischer Verhältnisse auf globaler Ebene.

### LIBERALE UNFREIHEIT

Dies bringt uns zur dritten Quelle von Angst, die der Liberalismus produziert. Die klassischen Liberalen versuchten, die Rolle des Staates einzudämmen, und feierten die Zivilgesellschaft als eine spontane, nicht-hierarchische Struktur, in der alle gleich sind. Dieses Lob auf die Zivilgesellschaft war eingebettet in eine Stufentheorie der geschichtlichen Entwicklung, die von vielen Proto-Liberalen, darunter Adam Smith, Adam Ferguson und John Millar, vertreten wurde. Für Denker wie Smith besteht die Geschichte im Wesentlichen aus einer Abfolge von materiellen Beziehungen, die sich in unterschiedlichen Produktionssystemen ausdrücken: Zuerst gab es Jäger und Sammler, dann Viehzüchter, dann die Bauerngesellschaft, und als Kulminationspunkt nun die überlegene Handelsgesellschaft. Ein solches Hoffnungsnarrativ und die ihm jeweilig zugrun-

de liegende geschichtliche Stufentheorie ist jedoch vom Wesen her hierarchisch. Der Preis der liberalen Verheißung eines Triumphs der Zivilgesellschaft besteht aus einer Aburteilung von alternativen Lebensformen (etwa der Jäger und Sammler und der Ackerbauern) als minderwertige Stufen der historischen Entwicklung. In der Folge werden Menschen, die an diesen Gesellschaftsformen festhalten, auf aggressive Weise als primitiv, rückständig und umerziehungsbedürftig diffamiert. Auch hier erzeugt der Liberalismus seine eigene, unverwechselbare Angst, nämlich die Angst vor Kolonialismus und Imperialismus. Das ist keineswegs ein Kollateralschaden, es handelt sich nicht bloß um eine inkonsequente Anwendung liberaler Normen (wie wenn man bestimmte Rechte und Freiheiten für Menschen auf der einen Seite des Planeten einfordert, während man sie anderen verweigert). Es ist vielmehr ein wesentlicher Bestandteil des liberalen Sendungsbewusstseins, die Errungenschaften der Zivilgesellschaft all jenen Menschen angedeihen zu lassen, die selbst vermeintlich nicht in der Lage sind, sie zu verwirklichen.

Liberalen zucken bei der Geschichte des Kolonialismus oft mit den Schultern, als hätte diese rein gar nichts mit ihren Idealen zu tun. Aber die Angst vor Kolonialisierung – wie auch vor Neokolonialismus in Form von Schuldenabhängigkeit, dem Diktat internationaler Institutionen, in denen liberale Länder des Westens das Sagen haben, oder „humanitären Interventionen“ – ist kein bedauerlicher Nebeneffekt. Diese Angst ist das Ergebnis einer Geschichtstheorie, in der die liberale kapitalistische Gesellschaft die höchste Stufe eines Prozesses darstellt, die es sich zum Ziel gesetzt hat, rückständige Menschen von ihrer eigenen Beschränktheit und Unterdrückung zu befreien.

All dies wirft die grundlegende Frage nach dem liberalen Verständnis von Freiheit auf und nach ihrem Verhältnis zur Macht. Liberale bemühen sich stets um eine Begrenzung von Staatsmacht, religiösen Autoritäten und jeder Form von kollektiver Organisation, die sich an die individuelle Freiheit heranmacht. In seinem steten Bestreben, Macht aufzuspalten, erzeugt der Liberalismus jedoch seine eigenen charakteristischen Machtstrukturen, seine eigenen Ängste und seine eigene Art von Unfreiheit. Liberale Machtstrukturen haben eher anonymen als personalen Charakter, sie treten eher spontan als geplant in Erscheinung, und die psychologischen Haltungen,

die sie festigen, fördern eher Selbstbezogenheit und Gleichgültigkeit anstelle von offener Aggression. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Ängste, die der liberale Kapitalismus erzeugt, weniger besorgniserregend oder weniger weit verbreitet wären als die Ängste, die der Liberalismus abzuschaffen versucht. Wenn überhaupt, dann sind sie vielleicht noch perfider. Wo Macht verteilt, spontan und anonym ist, ist es noch schwieriger, sich gegen sie zu behaupten.

Der politischen Rechten ist es gelungen, in diesen Diskursen die Themen zu setzen und uns glauben zu machen, dass die Konflikte, die wir erleben, auf den Gegensatz von *liberal-kosmopolitisch versus kommunitaristisch* reduzierbar sind. Bislang ist die Rechte damit durchgekommen, weil es ihr gelungen ist, Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass sich die Probleme des Kapitalismus auf Probleme der politischen Zugehörigkeit eindampfen lassen. Wenn man bloß eine Antwort auf die Frage fände, wer wo dazugehört, habe man die Konflikte unserer Zeit gelöst. Aber die Migrationsbewegungen sind, wie ich bereits ausgeführt habe, nicht Ursache der Probleme, sondern eher ein Symptom der Krise. Wenn politischer Fortschritt etwas mit der Herausforderung zu tun hat, die Fehler der Vergangenheit tunlichst zu vermeiden, dann kann Ausgrenzung nicht die Lösung sein. Eine progressive Alternative muss damit beginnen, die Begriffe infrage zu stellen, mit denen der Link zwischen Freiheit und Demokratie im alltäglichen Politikbetrieb diskutiert wird.

### WAS TUN?

Damit wären wir beim Versagen der politischen Linken. Unter politischem Fortschritt werden heute abstrakte Gesetze und Rechtsansprüche verstanden, das heißt die Frage danach, wer die Gesetze formuliert und erlässt, wer einbezogen und wer ausgeschlossen wird. Im Namen des Fortschritts wird nur noch auf die Bedingungen der politischen Mitgliedschaft oder der Zugehörigkeit zu einer Gruppe geblickt. Migration wird als Problem wahrgenommen, weil man die Frage der politischen Zugehörigkeit für die Lösung hält. Kulturkämpfe werden so erbittert geführt, weil es in ihnen um die Kontrolle von Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Gruppen geht. Wenn die Linke nicht über Rechtsansprüche und Kulturfragen hinauskommt, um die Verbindung zwischen De-

mokratie und Kapitalismus neu zu denken, lässt sich schwerlich ausmachen, wie die vorgeschlagenen Lösungen auf lange Sicht nicht alle in irgendeiner Weise auf den Ausschluss von Menschen hinauslaufen sollen (und damit den Rechten in die Hände spielen).

Wie ist eine Erneuerung möglich? Hier sitze ich ein wenig zwischen den Stühlen. Einerseits glaube ich an das Projekt der Aufklärung in Form kritischer Geistesarbeit, an das Aufzeigen moralischer Doppelstandards, an das Aufdecken von Widersprüchlichkeiten zwischen dem Ideal der Freiheit und seiner Verwirklichung in unseren Institutionen. Außerdem glaube ich, dass Freiheit mit moralischer Handlungsfähigkeit verbunden ist: Mir geht es nicht um die Freiheit der längst vergangenen sozialistischen Welt oder um die Freiheit des problembehafteten Kapitalismus, sondern um ein Bewusstsein für unsere moralische Verantwortung gegenüber anderen, um die Pflicht, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und anzuerkennen, was wir künftigen Generationen schulden – und zwar in einer Weise, die einer echten Demokratie, sowohl wirtschaftlich als auch politisch, auf globaler Ebene den Rücken stärkt.

Andererseits bin ich aber auch Materialistin. Wir leben in einer Welt der Ungerechtigkeit, die durch namenlose gesellschaftliche Strukturen stetig reproduziert wird, und in der die bestehenden Institutionen nur die vorherrschenden Machtverhältnisse widerspiegeln. Wenn wir also nicht kollektiv etwas an den materiellen Anreizen ändern, wenn wir den Markt nicht demokratisieren, wenn wir die politischen Institutionen nicht umgestalten, wird es immer eine Kluft geben zwischen der Welt, wie sie sich uns darbietet, und der Welt, wie sie sein sollte. Moralisch gesehen ist eine Welt voller Ungleichgewichte – in der Verteilung von Macht, von Bewegungsmöglichkeiten, von materiellen Ressourcen, von Wissensproduktion – keine freie Welt. Und eine Welt, in der nicht jeder frei ist, ist eine Welt, die für niemanden wirklich frei sein kann.

Aus dem Englischen von Birthe Mühlhoff, Dresden

### LEA YPI

ist Professorin für Politische Theorie an der London School of Economics (LSE) und Professorin für Philosophie an der Australian National University in Canberra.

# Alle haben sie gelesen!

Die **Informationen zur politischen Bildung** begleiten seit mehreren Generationen Lehrende und Lernende, Wissende und Wissbegierige.

Ein echter Klassiker, der immer wieder neue Leserinnen und Leser findet.



Mehr erfahren unter  
[www.bpb.de/shop/](http://www.bpb.de/shop/)



Herausgegeben von der  
Bundeszentrale für politische Bildung  
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Juni 2024

#### REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash  
Anne-Sophie Friedel  
Jacob Hirsch (Volontär)  
Julia Günther  
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Martin Schiller  
apuz@bpb.de  
www.bpb.de/apuz  
www.bpb.de/apuz-podcast  
twitter.com/APuZ\_bpb

Newsletter abonnieren: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)  
Einzelausgaben bestellen: [www.bpb.de/shop/apuz](http://www.bpb.de/shop/apuz)

#### GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

#### SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

#### DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,  
Mörfelden-Walldorf

#### ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung  
Das **Parlament** ausgeliefert.  
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme der Beiträge von Steven Levitsky/  
Daniel Ziblatt und Lea Ypi – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ  
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



## APuZ

Nächste Ausgabe  
28–29/2024, 6. Juli 2024

# REPUBLIK MOLDAU



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)